

# Editorial

Sabine Hödl

Ausgehend von der in Kooperation mit der „TangenteSt.Pölten“ 2024 am 1.–2. Juni in St. Pölten veranstalteten Konferenz „Erinnerungsbedarf“ widmet sich das vorliegende Heft einem besonderen Aspekt der Erinnerungskultur, nämlich dem Bedürfnis nach Erinnerung und Gedenken. Im Kontext der aktuellen Situation in Österreich stellt sich die Frage, warum fast 80 Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur in Österreich noch immer einige Opfergruppen der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik von Maßnahmen des kollektiven Gedächtnisses ausgeschlossen sind. So beschreibt Ursula Mindler-Steiner den langwierigen Weg für Roma und Romnija von der ersten gesellschaftlichen Wahrnehmung als Opfergruppe bis zur Anerkennung und zum öffentlich sichtbaren Gedenken. Einen ähnlich langen Weg zur hart erkämpften und immer wieder in Frage gestellten Anerkennung der slowenisch-sprachigen Kärntner Bevölkerung als NS-Verfolgte zeigt Brigitte Entner auf. Ihre Widerstandsleistung wurde lange Zeit negiert, ein öffentliches Bekenntnis zu den Opfern aus ihren Reihen fand erst spät statt.

Die NS-Behörden sahen die Jenischen als „schadhafte Elemente“, die leistungsunwillig seien, und versuchten, diese unangepasste Gruppe zu eliminieren: *Die Definitionen der Asozialität unter dem Vorwand präventiver Verbrechensbekämpfung öffneten jeglicher Willkür Tür und Tor*, erklärt Horst Schreiber. Doch auch nach 1945 setzte sich die Benachteiligung der jenischen Bevölkerung fort und eine Anerkennung als NS-Opfergruppe wie auch und vor allem als nationale Minderheit lässt weiter auf sich warten.

Zwar sind die Zeugen Jehovas seit 2009 in Österreich eine anerkannte Religionsgemeinschaft, doch die NS-Verfolgung dieser Gruppe wie auch schon ihre Diffamierung während des Austrofaschismus ist großteils unbekannt. Ebenso erhielt ihr hoher

Widerstandswille aufgrund ihrer religiösen Überzeugung bis heute nicht die gebührende Anerkennung. Harald Walser widmet sich dieser Gruppe und zeigt nicht nur einzelne Schicksale, sondern auch die zahlreichen Leerstellen auf, die noch zu erforschen sind. Ebenso wenig sind die Leiden der in NS-Kriegsgefangenschaft geratenen Rotarmisten bekannt, wie Helge Stromberger vor allem am Beispiel des Stalag XVIII A Wolfsberg beschreibt. *Den allermeisten Menschen in Kärnten sind die größten Massengräber der Region – die zu den größten in Österreich gehören – vollkommen unbekannt.* Die ausländischen zivilen Zwangsarbeitskräfte in den „Alpen- und Donaureichsgauen“ nahmen *eine wesentliche Rolle in der Wirtschaft ein*, verdeutlicht Marius Weigl-Burnautzki. Lange Zeit wurden diese für den Fortbestand des „Dritten Reiches“ Ausgebeuteten jedoch nicht als Opfergruppe wahrgenommen. Dies trifft in noch größerem Maße auf queere Menschen zu, deren Anteil an historischen Entwicklungen meist ausgeblendet wird. Jürgen Pettinger stellt dies am Beispiel der Schauspielerin Dorothea Neff dar und würdigt ihr mutiges Eintreten für ihre jüdische Freundin Lilli Wolf, die sie über Jahre in ihrer Wohnung versteckte.

Einer bisher von Forschung und Gesellschaft völlig übersehenen Gruppe widmet sich Anita Lackenberger: Die Geschichte der abrupten Auflösung der Gehörlosengemeinschaft von St. Pölten steht stellvertretend für den Umgang mit Menschen mit Beeinträchtigungen in der NS-Zeit.

Zuletzt befasst sich Martha Keil mit der Frage nach Erinnerungsbedarf am Beispiel der im April 2024 wieder eröffneten Ehemaligen Synagoge St. Pölten und stellt die Frage, ob sich aus dem Bedürfnis nach Erinnerung *ein Miteinander in Anerkennung und Empathie und eine demokratiebewusste Grundhaltung entwickeln* kann.

# Gedenken an den Genozid an

Ursula Mindler-Steiner

Im Jahre 2015 beschloss das Europäische Parlament, den 2. August als Gedenktag an den Samudaripen<sup>1</sup> (Roman für „Massenmord“), den nationalsozialistischen Genozid an der Romani-Bevölkerung, einzuführen. 2023 stimmte der österreichische Nationalrat ebenfalls für den 2. August als nationalen Gedenktag in Österreich. Im selben Jahr wurde bundesweit das 30-jährige Jubiläum der Anerkennung der Romani-Bevölkerung als österreichische Volksgruppe gefeiert. Initiiert durch österreichische Romani-Selbstorganisationen sowie Aktivistinnen und Aktivisten soll darüber hinaus in Wien bald ein eigenes, überregionales, zentrales Mahnmal zur Erinnerung an den Samudaripen geschaffen werden, mit dessen Errichtung der „Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus“ beauftragt wurde. Ferner widmet sich das Jahresthema 2024 von [erinnern.at](http://erinnern.at), dem bundesweiten Programm zum Lernen über Nationalsozialismus, diesem Genozid und bemüht sich insbesondere um eine schulische Vermittlung der Geschichte der österreichischen Roma und Romnija.<sup>2</sup> Deren Schicksal widmeten sich in den letzten Jahren vereinzelt Forschungsprojekte und eine Fülle an Veranstaltungen (Workshops, Fortbildungen, Sprachkurse, historische Vorträge, Studienreisen, Gedenkspaziergänge usw.), vor allem in Ostösterreich. In den letzten Jahren und Jahrzehnten sind darüber hinaus in verschiedenen Bundesländern Gedenkbäume gepflanzt, Stolpersteine, Gedenkwege, Gedenktafeln und -stätten zur Erinnerung an Roma und Romnija errichtet worden – allein auf dem Gebiet des Burgenlandes rund zwei Dutzend. So scheint

der NS-Genozid an der Romani-Bevölkerung mittlerweile fest im Bildungswesen, im öffentlichen Gedenken, im kollektiven Gedächtnis Österreichs verankert zu sein. Besteht also überhaupt noch „Erinnerungsbedarf“? Und was gilt es überhaupt zu erinnern?

## Rückblick

Betrachtet man die Entwicklung der Erinnerungskultur in Bezug auf die Romani-Bevölkerung, so ist festzustellen, dass vor allem in den letzten Jahrzehnten wichtige Initiativen gesetzt wurden. Es ist aber auch festzuhalten, dass Roma und Romnija lange Zeit eine vernachlässigte bzw. überhaupt ignorierte Opfergruppe waren, die im kollektiven Gedächtnis keine Berücksichtigung fanden – und das, obwohl die Romani neben der jüdischen Bevölkerung zu jenen Opfergruppen zählten, die in der NS-Zeit genozidal verfolgt wurden.

In der Zwischenkriegszeit hatten rund 11.000 Roma und Romnija in Österreich gelebt, die Mehrheit von ihnen (circa 8.000) im Burgenland. Von den damals bestehenden 120 Romani-Siedlungen des Burgenlandes existieren fast keine mehr – an den meisten Orten erinnert nicht einmal ein Gedenkzeichen daran, dass hier einst Romani lebten.

Doch schon lange vor der NS-Zeit war das Leben der österreichischen Roma und Romnija von Diskriminierung und Verfolgung geprägt gewesen, waren sie doch jahrhundertlang als „Zigeuner“<sup>3</sup> stigmatisiert und verfolgt worden. Dies radikalisierte sich im Nationalsozialismus:

# der Romani-Bevölkerung



Sie wurden gedemütigt, ihres Eigentums beraubt, enteignet, zur Zwangsarbeit gezwungen, kriminalisiert, deportiert, ermordet. Rund 90 Prozent überlebten die NS-Zeit nicht. Ihre Diskriminierung setzte sich nach dem Kriegsende fort. Die wenigen Überlebenden, die in ihre Heimatorte zurückgekehrt waren, wurden an den Rand der Gesellschaft gedrängt, als Kriminelle und „Asoziale“ stigmatisiert sowie (bildungs-)politisch marginalisiert. Ihre Geschichte wurde von der Politik, Gesellschaft und Wissenschaft vielfach nicht gehört bzw. nicht ernst genommen, eine Anerkennung als NS-Opfer blieb ihnen lange verwehrt.

*„Porajmos“-Mahnmal neben der Wallfahrtskirche in Weiz, Steiermark (2012), Künstler: Walter Kratner © DERLA, Foto Sabrina Melcher*

## Empowerment ab den 1980er-Jahren

Erst in den 1980er-Jahren, rund vierzig Jahre nach Kriegsende, sollte sich die Situation langsam bessern. So initiierten Opferverbände 1984 in Lackenbach, in der Nähe jenes mittelburgenländischen Ortes, in dem sich in der NS-Zeit das österreichweit größte

„Zigeuneranhaltelager“ befand, eine Gedenkstätte, an welcher jährlich eine Gedenkfeier abgehalten wird. 1985 errichtete die Stadt Salzburg an der Stätte eines ehemaligen „Zigeunerlagers“ ein „Mahnmal für Roma und Sinti“. Diese zwei Denkmäler waren in Österreich lange Zeit die einzigen Gedenkstätten für die Opfer der Romani, gleichwohl Ende der 1980er-Jahre ein Emanzipationsprozess einsetzte, der die weitere Entwicklung der Romani-Communities nachhaltig beeinflussen sollte: Roma und Romnija begannen, ein politisches Selbstbewusstsein zu entwickeln und öffentlich aufzutreten. Mit ihrem Buch „Wir leben im Verborgenen“ rückte die Lovariza Ceija Stojka (1933–2013) den Samudaripen in das öffentliche Blickfeld. Ausgehend vom Burgenland, das die größte Anzahl an NS-Opfern unter den Romani zu beklagen hatte, kam es zur Gründung von Romani-Vereinigungen (z. B. 1989 „Romaverein

Oberwart“ als erste Romani-Organisation überhaupt; 1991 „Romano Centro“ sowie der „Kulturverein Österreichischer Roma“ in Wien; 1998 „Ketane“ in Linz), die sich für eine Verbesserung der Lebensbedingungen für Roma und Romnija einsetzten. Aktivistinnen und Aktivistinnen wie dem burgenländischen Rom und Obmann des „Kulturvereins Österreichischer Roma“, Rudolf Sarközi (1944–2016), ist es zu verdanken, dass 1993 im Volksgruppengesetz eine Anerkennung als „Volksgruppe der Roma“ in Österreich erfolgte. Dies war und ist nicht nur mit einer erhöhten Sichtbarkeit, sondern auch mit konkreten Förderungen verbunden, welche unter anderem dazu beitragen soll(t)en, die Kultur und Sprache der Volksgruppe zu erhalten. So wurde beispielsweise in den 1990er-Jahren das Roman kodifiziert und didaktisiert, um die Sprache vor dem Aussterben zu retten. Das Volksgruppengesetz bezieht sich allerdings nur auf die autochthonen, also die „alteingesessenen“ Roma und Romnija – „allochthone“, also jene, die zugezogen sind, finden keine Berücksichtigung. Dabei ist die Mehrzahl der rund 50.000 Roma und Romnija, die heute in Österreich leben, „allochthon“.

Stolpersteine „Arbeitserziehungslager“/„Zigeuneranhaltelager“ Weyer, Oberösterreich © commons.wikimedia.org/wiki/File:Stolpersteine\_Gemeinde\_St.Pantaleon7.JPG





Das Bombenattentat von Oberwart/Felsőőr (Roman: Erba), bei dem vier Roma ermordet wurden, lenkte 1995 österreichweit den Blick der Öffentlichkeit erneut auf die nach wie vor prekäre Situation der österreichischen Romani-Bevölkerung. Seither wurden nicht nur zahlreiche Maßnahmen getroffen, um die Lebenssituation für Roma und Romnija zu verbessern, sondern es wurden auch zunehmend Gedenkprojekte entwickelt und umgesetzt. Gleichwohl ist festzuhalten, dass die Romani-Bevölkerung in der österreichischen Erinnerungslandschaft nach wie vor eindeutig unterrepräsentiert ist. Seit der Jahrtausendwende ist jedoch im Burgenland beinahe eine Art „Gedenktafelboom“ feststellbar. Dieser dürfte allerdings wohl auch mit dem Beschluss der burgenländischen Landesregierung 2001 in Zusammenhang stehen, durch den verstärkt die Errichtung von Gedenktafeln und Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus und für Widerstandskämpferinnen und -kämpfer unterstützt wurde. So beziehen sich nicht alle errichteten Gedenksteine ausschließlich auf die Romani-Opfer – viele gedenken aller NS-Opfer, inklusive jener aus den Romani-Communities.

*Mahnmal zum „Zigeunerlager“ Lackenbach, Burgenland [1984], Künstler: Matthias Szauer, 2022 © Manuela Horvath*

## Wer trägt das Gedenken?

In diesem Kontext ist es wichtig festzustellen, wer dieses Gedenken trägt, insbesondere seitdem es kaum mehr Samudaripen-Überlebende gibt. Mit ihrem Ableben verschwand in vielen Orten die Erinnerung an die Romani und ihr Schicksal. Und dennoch gibt es insbesondere seit den 1980er-Jahren Menschen, die sich öffentlich für eine aktive Gedenkpolitik einsetzen und dafür plädieren, dass Gesellschaft und Politik eine historische Verantwortung übernehmen müssen. Es handelt sich hierbei um engagierte Menschen aus den Communities oder auch außerhalb dieser, um Personen aus dem Bereich der Opferfürsorge, des Schulwesens, der Forschung, der Kunst, der Politik, um Vertreterinnen und Vertreter von Religionsgemeinschaften sowie von Fortbildungseinrichtungen (z. B. Volkshochschulen) und nicht zuletzt aus Romani- und nicht-Romani-Vereinen. Ihnen ist es zu verdanken, dass



Mahnmal für Roma und Sinti in Salzburg (1985), Künstler: Zoltan Pap  
© Friedensbüro Salzburg

eine vollständige Auslöschung der Erinnerung an die Geschichte und das Schicksal der Romani-Bevölkerung bis heute nicht gelungen ist.

## Welchen Gedenkbedarf gibt es in den Communities?

Die nun in Wien geplante zentrale Gedenkstätte für die Romani-Opfer des NS-Genozids ist ein wesentlicher Meilenstein in der Gedenkpolitik. *Sie soll die Geschichte erzählen und näherbringen, was im Nationalsozialismus mit Roma und Sinti passiert ist, und gleichzeitig soll es ein Ort für die Community sein, wo wir hingehen und gedenken können und wo wir auch eine Blume ablegen können*, wünscht sich Mirjam Karoly, Mitglied des „Volksgruppenbeirats der Roma“.<sup>4</sup>

Unabhängig von einer geplanten zentralen Gedenkstätte in Wien, deren Bedeutung auch auf einer symbolischen Ebene nicht zu unterschätzen ist, verankert sie doch die Opfer nachhaltig in der österreichischen kollektiven Erinnerung, ist es ebenso wichtig, auf lokaler und regionaler Ebene an die Opfer zu erinnern, wie die Communities betonen. Die burgenländische Romni Manuela Horvath, Leiterin von „Roma Pastoral“ und engagierte Volksgruppenvertreterin, ist überzeugt: *Jeder Gedenkstein trägt ja etwas zum Geschichtsbewusstsein der Roma im Burgenland bei, aber natürlich auch zur eigenen Ortsgeschichte.*<sup>5</sup> Gleichwohl sieht sie eine gewisse Ambivalenz: Nicht nur werden Roma und Romnija mit Denkmälern „zwangsbeglückt“, sondern auch lokale Gemeinden, wenn Romani-Communities mit diesem Anliegen an sie herantreten. Hier Ängste und Unsicherheiten abzubauen, ist nicht immer einfach. Der langjährige Vorsitzende des „Volksgruppenbeirates der Roma“, Emmerich Gärtner-Horvath, betont im Gleichklang mit Manuela Horvath, dass das Gedenken mit einer „Sensibilisierungs- und Vermittlungsarbeit“ in den Ortschaften einhergehen muss, wenn es nachhaltig sein soll.<sup>6</sup> Dass es jedoch nicht immer so einfach ist, einen passenden Ort für die Errichtung von Erinnerungsstätten zu finden, sieht man unter anderem an den verschiedenen Bedürfnissen: Während sich Manuela Horvath dafür ausspricht, *dass Gedenksteine an die NS-Opfer an zentralen, sichtbaren öffentlich gut frequentierten Plätzen der Ortschaft errichtet werden,*<sup>7</sup> würde Emmerich Gärtner-Horvath in lokalen Kontexten eine Errichtung auf Friedhöfen bevorzugen, da die Mehrheit der Romani-Opfer in der NS-Zeit an unbekanntem Orten, meist in Massengräbern, verscharrt wurde: *Weil das [der Friedhof] auch der Ort ist, wo ich eben den Opfern sozusagen ihre Stätte wiedergebe, die sie nicht haben.*<sup>8</sup>

Dass der Ort, an dem ein offizielles Gedenken stattfinden kann, das Produkt – oft mühsamer – Ausverhandlungen ist, sollte nicht davon abhalten, aktiv zu werden und Gedenken, in welcher Form auch immer, zu initiieren. Für die Etablierung eines nachhaltigen Gedenkens ist allerdings die Berücksichtigung aller Beteiligten wichtig: Bevölkerung, Lokalpolitik, Romani-Organisationen und ggf. weitere wichtige Einrichtungen und Multiplikatoren vor Ort, wie Schulen, Religionsgemeinschaften etc. Zentral ist insbesondere die Einbindung der Romani-Communities. Lange Zeit wurde Romani-(Gedenk-)Politik von Gadsche, also von Personen außerhalb der Romani Communities, getragen. Sie unterstützten Romani, weil wir einfach keine Ahnung gehabt haben. Und das war auch notwendig. Und jetzt ist es so, dass die Community Personen hat, die sagen können: „Okay, wir können für uns selber sprechen!“, so Gärtner-Horvath.<sup>9</sup> Er plädiert dafür, die Communities auf gleicher Ebene einzubinden, da es nicht mehr nötig sei, für sie den Vormund [...] zu übernehmen.<sup>10</sup> Dies ist für Hannah Lessing, Generalsekretärin des „Nationalfonds“, welcher mit der Umsetzung der zentralen Gedenkstätte für die Romani-Opfer beauftragt wurde, selbstverständlich: Es ist uns ganz wichtig, dass wir wirklich alle von der Community mitnehmen – alle Roma-Organisationen, alle Sinti-Organisationen, alle Organisationen, die sich hier angesprochen fühlen, um einen gemeinsamen Plan zu erstellen.<sup>11</sup> Die Community werde über Ort und Form des Gedenkens entscheiden, verspricht Lessing.<sup>12</sup>

Dass nach wie vor Gedenkbedarf besteht, auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene, steht außer Zweifel. Gärtner-Horvath betont: Wir sind unseren Opfern verpflichtet.<sup>13</sup> Das Wissen um die Vergangenheit sei wichtig, um die Zukunft gestalten zu können. Letztlich gehe es bei allen Formen des Gedenkens stets auch um die Gegenwart und Zukunft. Es gehe darum, ein anderes Bild [zu] schaffen, um den Abbau von Vorurteilen und um ein „Niemals wieder“. Dass man damit mahnt. Das ist unsere Botschaft. Und ein Miteinander auch damit schafft.<sup>14</sup> Nur mit diesem Miteinander kann schließlich Gedenken im kollektiven Gedächtnis nachhaltig verankert werden.

## Anmerkungen

- 1 Der Begriff wird auch von der International Romani Union verwendet. Zu den Begrifflichkeiten siehe Karola Fings, *Völkermord, Holocaust, Porajmos, Samudaripen: romarchive.eu/de/voices-of-the-victims/genocide-holocaust-porajmos-samudaripen/* (1. 3. 2024).
- 2 Der Beitrag folgt der Terminologie der Europäischen Union und dem österreichischen Volksgruppengesetz. „Roma“ und „Romnija“ bezeichnet als Oberbegriff die verschiedenen in Österreich beheimateten Gruppen (Roma und Romnija, Sinti und Sintizze, Lovara und Lovarkinji etc.). Ich danke Dieter Halwachs für seine Hilfe.
- 3 Zur Konstruktion des „Zigeuners“ bzw. zur Problematik des Begriffs siehe v. a. Florian Freund, *Der polizeilich-administrative Zigeunerbegriff: Ein Beitrag zur Klärung des Begriffes „Zigeuner“*. In: *zeitgeschichte* 2/2003, S. 76–90.
- 4 Karoly zitiert in: Tatjana Koren, *Warten auf zentrales Denkmal für Roma und Sinti*: <https://volksgruppen.orf.at/diversitaet/stories/3242260/> (4. 2. 2024).
- 5 Interview mit Manuela Horvath, Oberwart/Felsdör, 20. 5. 2023.
- 6 Interview mit Emmerich Gärtner-Horvath, Oberwart/Felsdör, 22. 5. 2023; Interview mit Manuela Horvath, Oberwart/Felsdör, 20. 5. 2023.



**VIDEOARCHIV:  
ÖSTERREICHS ZEITZEUG:INNEN**

**MEHR ALS HUNDERT PERSÖNLICHE ERINNERUNGEN**  
ÖSTERREICHISCHER UND INTERNATIONALER ZEITZEUGINNEN UND ZEITZEUGEN – MULTIMEDIAL AUFBEREITET FÜR ÖSTERREICHS SCHULEN – BIETEN EINEN EINZIGARTIGEN ZUGANG ZUR ZEITGESCHICHTE ÖSTERREICHS.

 Bundeskanzleramt
  Mauthausen Komitee  
Österreich
  ZukunftsFonds  
der Republik Österreich
  on.ORF.at
  tvthek.ORF.at

- 7 Interview mit Manuela Horvath, Oberwart/Felsőőr, 20. 5. 2023.
- 8 Interview mit Emmerich Gärtner-Horvath, Oberwart/Felsőőr, 22. 5. 2023.
- 9 Ebda.
- 10 Ebda.
- 11 Lessing zitiert in Tatjana Koren, Warten auf zentrales Denkmal für Roma und Sinti: <https://volksgruppen.orf.at/diversitaet/stories/3242260/> [4. 2. 2024].
- 12 Ebda.
- 13 Interview mit Emmerich Gärtner-Horvath, Oberwart/Felsőőr, 22. 5. 2023.
- 14 Ebda.

### Literatur (Auswahl):

- Gerhard Baumgartner, Herbert Brettl, „Einfach weg!": Verschwundene Romasiedlungen im Burgenland. Wien-Hamburg 2020.
- Stefan Benedik, Non-committal memory: The ambivalent inclusion of Romani suffering under National Socialism in hegemonic cultural memory. In: *Memory Studies* 6/2020, S. 1097-1112.
- Herbert Brettl, Sichtbar Machen: Erinnerungslandschaft – Orte und Zeichen des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus im Burgenland. Oberwart 2024.
- Andrea Härle (Hg.), *Romane Thana: Orte der Roma und Sinti*. Wien 2015.

Ursula K. Mindler-Steiner, *Controversies Regarding Memorials to Romani Victims of National Socialist Violence in Burgenland (Austria)*. In: *OeZG* 1/2023, S. 301-311.

Lisa Rettl, *Erinnerungskultur im Burgenland: Tendenzen und aktuelle Entwicklungen*. In: *DÖW-Jahrbuch 2006*, S. 66-79.

Rudolf Sarközi, *Roma – österreichische Volksgruppe: von der Verfolgung bis zur Anerkennung*. Klagenfurt 2008.

### Webseiten (Auswahl):

Digitale Erinnerungslandschaft DERLA: [gams.uni-graz.at/context/derla](https://gams.uni-graz.at/context/derla)

Gedenkorte für Sinti und Roma: [gedenkorte.sintiundroma.de](https://gedenkorte.sintiundroma.de)

Kulturverein österreichischer Roma: [www.kv-roma.at/](https://www.kv-roma.at/)

RomArchive: [www.romarchive.eu/de/](https://www.romarchive.eu/de/)

Roma\_2020: [www.burgenland-roma.at/](https://www.burgenland-roma.at/)

Romano Centro: [www.romano-centro.org/](https://www.romano-centro.org/)

„Denkmal der Namen“ [inkl. Romani Opfer] in der Widmannngasse in Villach, Kärnten (1999)

© [upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/5/53/Villach\\_-\\_Widmannngasse\\_-\\_Denkmal\\_für\\_die](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/5/53/Villach_-_Widmannngasse_-_Denkmal_für_die_Opfer_des_Nationalsozialismus.jpg)

[Opfer\\_des\\_Nationalsozialismus.jpg](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/5/53/Villach_-_Widmannngasse_-_Denkmal_für_die_Opfer_des_Nationalsozialismus.jpg)



**ERSTE **

**Unser Land  
braucht  
Menschen,  
die an sich  
glauben.**

**Und eine Bank,  
die an sie  
glaubt.**

**#glaubandich**

# Die Jenischen

## Eine vergessene

Horst Schreiber

**D**ie Jenischen haben eine eigenständige Sprache, Kultur und Lebensweise hervorgebracht. Seit Jahrhunderten leben sie in Österreich und anderen europäischen Staaten, vor allem in Deutschland, Frankreich, Luxemburg und der Schweiz. Ihre Herkunft ist Gegenstand von Diskussionen, die enge Verbindung zu den marginalisierten Schichten, die sich im Frühkapitalismus herausbildeten, augenscheinlich. Sie stehen in der Tradition einer Armut, die als Ergebnis eines jahrhundertlangen Prozesses gesellschaftlichen Ausschlusses zu verstehen ist. Kunstfertig im Handwerk, hochtalentiert in der Musik und Schaustellerei, erfolgreich im Pferdehandel und Jahrmarktgewerbe waren sie von Frühjahr bis Herbst mit einem Plachenwagen, meist eher zwei- als vierrädrig, unterwegs, um ihre Waren und Dienstleistungen feilzubieten. Die andere Jahreszeit verbrachten sie in ihren Heimatgemeinden, wo sie in der Regel sozial und räumlich randständig lebten, ungeachtet des vielfältigen sozialen Austausches mit der Mehrheitsgesellschaft, die die fahrende bzw. halbnomadische Lebensweise der Jenischen zutiefst ablehnte – obwohl sie deren Fertigkeiten nachfragte und die Unterhaltungskünste gerne in Anspruch nahm. Die Fremdbezeichnungen für die Jenischen in Österreich, speziell in Tirol, sind abwertend gemeint und wurden als Schimpfworte verwendet: Kar(r)ner ebenso wie Laninger, Dörcher und Storchen. Die Geschichte der Jenischen ist geprägt vom Ansinnen der jeweiligen Obrigkeit, sie mit Zwang sesshaft zu machen und die jenische Kultur zum Verschwinden zu bringen. Daher schränkten die Behörden die Jenischen

schon in Zeiten der Monarchie in der Ausübung des Hausier- und Wandergewerbes ein. Dieser Entzug der existenziellen Grundlage beschleunigte den Prozess der Verelendung, vergrößerte die Abhängigkeit von der Armenfürsorge und setzte eine ständige Kriminalisierung in Gang. Das Bild der „Karrner“ als Vagabunden und Kriminelle, Raufbolde und Säufer, Almosenempfänger und Degenerierte, Arbeitsscheue und Asoziale war längst vor Beginn der NS-Herrschaft allgegenwärtig.<sup>1</sup>

### Verfolgung als „zigeunerähnliches Gesindel“

Die Nationalsozialisten setzten die traditionellen Verfolgungsmaßnahmen gegen die Jenischen fort, sahen sie in ihnen doch „schadhafte Elemente“, die – leistungsunwillig und leistungsunfähig – den gesunden „Volkkörper“ bedrohten. Die Verfolgung der Jenischen ist bis Ende 1939 eng mit jener der Roma und Sinti verbunden. In seinem Erlass zur „Bekämpfung der Zigeunerplage“ vom 13. Mai 1938 ordnete der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei Heinrich Himmler an, dass im Juni 1938 von *sämtlichen über 14 Jahre alten Zigeunern und nach Zigeunerart umherziehenden Personen* in Österreich Fingerabdrücke abzunehmen waren. Mit letzteren waren die Jenischen gemeint. Himmlers nächster Rund-erlass vom 8. Dezember 1938 wollte die „Zigeunerfrage“ künftig *aus dem Wesen der Rasse heraus* regeln. Er schloss aber weiterhin die Jenischen als „nach Zigeunerart umherziehende Menschen“ mit ein und zielte darauf ab, das Reisen und Lagern in Gruppen von Einzelperso-

# Opfergruppe des Nationalsozialismus



nen oder Familien zu unterbinden. Die Behörden sollten die Ansuchen um Hausierpässe bzw. Wandergewerbe-scheine ablehnen und die Jenischen erkenntnisdienlich behandeln und rassenbiologisch untersuchen. Wer ohne Lizenz hausierte und seinem Wandergewerbe nachging oder Tauschhandel trieb, machte sich strafbar oder wurde gar als Bettler eingestuft. Nun schien die Gelegenheit gekommen, sie loszuwerden und sich als Gemeinde der Versorgungspflichten zu entledigen.

*Tiroler Jenische in bayrischer Tracht, um 1925 © Horst Schreiber, Foto Alois Lucke*

Der Zugriff der Diktatur auf die Jenischen und andere unangepasste Gruppen folgte einer weiteren Logik. Sie benötigte billige Arbeitskräfte für die Kriegsvorbereitung und den Ausbau der Konzentrationslager zu Produktionsstätten der SS. Im Juni 1938 führten die

KL.: 47234 Häftl.-Nr.: 1123

### Häftlings-Personal-Karte

Fam.-Name: <u>Ul</u>	Überstellt:	Personen-Beschreibung:
Vorname: <u>Franz</u>	am: _____ an KL:	Grösse: <u>179</u> cm
Geb. am: <u>17.1.18</u> in <u>Walterzklofen</u>		Gestalt: <u>schlank</u>
Stand: <u>led.</u> Kinder: <u>2</u>	am: _____ an KL:	Gesicht: <u>oval, gesund</u>
Wohnort: <u>Hall, Tirol</u>		Augen: <u>grün</u>
Strasse: <u>Waisenbachgasse 7</u>	am: _____ an KL:	Nase: <u>gradig, gross</u>
Religion: <u>T.K.</u> Staatsang.: <u>P. R.</u>		Mund: <u>gross, dicke Lippen</u>
Wohnort d. Angehörigen: <u>Eltern:</u>	am: _____ an KL:	Ohren: <u>keine, absteig.</u>
<u>Hugo, Veronika geb. Herzog</u>		Zähne: <u>lückenh.</u>
<u>Wie Obern</u>	am: _____ an KL:	Haare: <u>d. blond</u>
Eingewiesen am: <u>15.9.41</u>		Sprache: <u>deutsch</u>
durch: <u>ex-ripo Innsbruck</u>	am: _____ an KL:	Bes. Kennzeichen: <u>narbe</u>
in KL.: <u>76.11.41, Dal 12.2.42, Gru.</u>		<u>am Kopf links</u>
Grund: <u>soziales Element</u>	Entlassung:	Charak.-Eigenschaften:
Vorstrafen: <u>6 X</u>	am: _____ durch KL.:	
mit Verfügung v.:		
Strafen im Lager:		
Grund:	Art:	Bemerkung:
HOLLERIT! - ERFASST!		
Sicherheit b. Einsatz:		
Körperliche Verfassung:		
I T21087		

Erlerner Beruf: <u>Korbmacher</u>	zuletzt ausg. Beruf:	Arbeitsbuch Nr.:
Ausgebildet in der Zeit		Berufsgruppe:
als	im KL.	(Ausbildungslehrgang)
Eingesetzt		
1. vom <u>70.2.43</u> bis <u>16.11.43</u> als <u>H. A.</u> bei <u>Schottersilze</u>		
2. " <u>17.11.43</u> " " <u>H. A.</u> " <u>Sagenküllanne</u>		
3. " <u>2. 12. 44</u> " " <u>H. A.</u> " <u>Leubachmann ando 11.9</u>		
4. " <u>2. 12. 44</u> " " <u>H. A.</u> " <u>Winkl. 11.9</u>		
5. " <u>5. Dez. 1944</u> " " <u>H. A.</u> " <u>Quarz</u>		
6. " " " " " " " " " " " "		
7. " " " " " " " " " " " "		
8. " " " " " " " " " " " "		
9. " " " " " " " " " " " "		
10. " " " " " " " " " " " "		
11. " " " " " " " " " " " "		
12. " " " " " " " " " " " "		
13. " " " " " " " " " " " "		
14. " " " " " " " " " " " "		
15. " " " " " " " " " " " "		
16. " " " " " " " " " " " "		
17. " " " " " " " " " " " "		
18. " " " " " " " " " " " "		
19. " " " " " " " " " " " "		
20. " " " " " " " " " " " "		

Häftlings-Personal-Karte von Franz M. im KZ Gusen © Arolsen Archives, Bestand Häftlingsunterlagen KZ Mauthausen

Geheime Staatspolizei und die Kriminalpolizei in ganz Deutschland die Aktion „Arbeitsscheu Reich“ durch und deportierten rund 9.500 Menschen, die sie als Asoziale und als „Zigeuner und nach Zigeunerart umherziehende Personen“ bezeichneten.

Im Juli 1938 kam es unweit der Stadt Imst im Gasthaus des Bürgermeisters der Gemeinde Rietz zu einer Rauferei, in deren Verlauf einige Jenische den Bürgermeister attackierten; besonders seine Zugehörigkeit zur SA war ihnen zuwider. Der Bürgermeister wollte sie in

einem Arbeitslager sehen, denn: *Im Reiche Adolf Hitlers darf es für Untermenschentum und arbeitsscheues Gesindel keinen Platz mehr geben.* Bezirksgendarmeriekommando und Bezirkshauptmannschaften regten an, das *Karrnerunwesen in Tirol [...] mit radikaleren Mitteln einer Lösung zuzuführen.*<sup>2</sup> Doch die rechtliche Handhabung fehlte. Die Gestapo schlug einen Ausweg vor: Die jenischen Männer sollten zu Gewohnheitsverbrechern erklärt werden, dann konnte die Kriminalpolizeileitstelle Innsbruck einen Antrag auf Einweisung in ein KZ stellen.

Was die Auseinandersetzungen in Rietz so beispielhaft macht, sind die Initiativen von unten. Nicht die Zentralstellen in Berlin forderten die rasche Deportation der Jenischen als Gesamtgruppe. Es waren Bürgermeister, Verwaltungs- und Exekutivbeamte vor Ort, die als Scharfmacher auftraten. So schlug Josef Albert, der Kommandeur der Gendarmerie des Gaues Tirol-Vorarlberg, dem Landeshauptmann im Mai 1939 vor, *dass Zigeuner und ähnliche nicht wie die übrigen Staatsbürger, nach den allgemeinen Gesetzen, behandelt werden dürfen! Sie gehören, wenn man sie mit Erfolg bekämpfen will, wie die Juden, unter Ausnahmegesetze gestellt.* Er forderte, sie *rücksichtslos in eigenen Arbeitslagern zu sammeln und zur Arbeit zu zwingen. Alle Zigeuner und ähnliche wären, ihrer frühen Reife entsprechend, zeitgerecht unfruchtbar zu machen.*<sup>3</sup>

## Rassenhygienisch motivierte Diskriminierung und Zwangssterilisierungen

Im Oktober 1939 verabschiedete das Reichssicherheitshauptamt in Berlin den sogenannten Festsetzungserlass. *Zigeuner und Zigeunermischlinge* sollten nach rassistischen Kriterien behandelt werden und ihren aktuellen Wohn- und Aufenthaltsort bis zum „Abtransport in besondere Sammellager“ nicht mehr verlassen dürfen. Die *nach Zigeunerart umherziehenden Personen* wurden erstmals nicht angeführt. Damit war die Entscheidung gefallen, dass die Jenischen vorerst nicht als „Fremdrassige“ eingestuft und in ihrer Gesamtheit deportiert werden sollten. Sie waren als potenziell kriminelle Einheimische zu verfolgen, die aufgrund minderwertigen Erbguts zu asozialem Verhalten neigten. Folglich verweigerten die Gesundheitsbehörden zahlreichen jenischen Familien die Zuerkennung von Kinderbeihilfen und Ehestandsdarlehen. Die Fürsorge nahm vielen die Kinder ab, um sie in den Fürsorgeheimen einer gewalttätigen Umerziehung zuzuführen oder sie gar unfruchtbar zu machen. Zu diesem Zweck durchforstete Friedrich Stumpf, Facharzt für Psychiatrie und Kriminalbiologie, Leiter des Erb- und Rassenbiologischen Instituts der Universität Innsbruck, ab Juli

1941 systematisch die Erziehungsanstalten. Nach einer kurzen Befragung diagnostizierte er die 17-jährige Maria Schöpf im Heim St. Martin, Schwaz, als sexuell gefährdeten Prostituiertentypus, der für keine ordentliche Arbeit zu gebrauchen sei. Seine Schlussfolgerung: *Angesichts des erheblichen Schwachsinn und der nachweislichen erblichen psychopathischen Minderwertigkeit ist Sterilisation zu fordern, weil ein erbgesunder Nachwuchs nicht zu erwarten ist.*<sup>4</sup> Die Zwangssterilisierung wurde an der Universitätsfrauenklinik Innsbruck durchgeführt.

Stumpfs Forschungsgegenstand waren die Jenischen. An ihnen wollte er den Zusammenhang zwischen erbologischer Minderwertigkeit und kriminellen Verhalten untersuchen, um Sozialprognosen zur Bekämpfung von Asozialität und zur Neigung zum Verbrechen erstellen zu können.

**OBB**

**Neue Weichenstellerinnen gesucht!**

**& WAS MACHST DU?**

Gestalte mit unseren Kolleginnen die Mobilität und werde Teil der #joboffenSIEve. Informiere dich jetzt.

HEUTE. FÜR MORGEN. FÜR UNS.

## Opfer der „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“

Der im Dezember 1937 von Reichsinnenminister Wilhelm Frick unterzeichnete „Grundlegende Erlass über die vorbeugende Verbrechensbekämpfung“ gab der Polizei die Handhabe, präventiv Festnahmen zu veranlassen, ohne dass eine Straftat vorlag. Die Verhängung einer solchen Vorbeugehaft bedeutete Einweisung in ein Konzentrationslager. Der Erlass nahm zwei Gruppen ins Visier: *Berufs- und Gewohnheitsverbrecher* und jeden, der, *ohne Berufs- oder Gewohnheitsverbrecher zu sein, durch sein asoziales Verhalten die Allgemeinheit gefährdet*. Die Kriterien, um Menschen in die Kategorie der Asozialen einzureihen, blieben vage. Ein Merkblatt der Kriminalpolizeileitstelle Innsbruck vom August 1938 definierte diejenigen als gemeinschaftsfremd, die sich nicht in die Ordnung des Regimes fügen wollten. Merkmale der Asozialität waren *geringfügige, aber sich immer wiederholende Gesetzesübertretungen* und die Missachtung der Pflicht zur Arbeit. Nach den 1940 erlassenen „Richtlinien für die Beurteilung der

Erbgesundheit“ des Reichsinnenministeriums konnten Personen bereits als asozial eingestuft werden, wenn sie nach Konflikten mit Polizei und Behörden aktenkundig geworden waren, für sich und ihre Kinder staatliche oder private Unterstützungsleistungen in Anspruch nahmen oder sich unfähig zeigten, ihre Kinder zu erziehen.

Die Definitionen der Asozialität unter dem Vorwand präventiver Verbrechensbekämpfung öffneten jeglicher Willkür Tür und Tor. Viele Jenische hatten Vorstrafen – wegen Verwaltungsübertretungen, Auseinandersetzungen mit Autoritäten und Diebstählen. Nun konnten sie deshalb als Berufs- oder Gewohnheitsverbrecher kategorisiert und, häufig ohne Gerichtsverfahren, in Zwangseinrichtungen und Lager eingewiesen werden. Immer mehr Männer und Frauen konnten zudem ihre Familie nicht mehr ernähren. Infolgedessen wuchs die Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung, was wiederum als schlagender Beweis galt, dass jenische Familien asozial waren. Der NS-Staat führte einen Kampf gegen alle unbotmäßigen Angehörigen der unteren Klassen, nicht nur gegen die Jenischen, doch die Jenischen waren schon seit langem als Lumpenproletariat gebrandmarkt.



„Arme Leut, fromme Leut“.  
Originalzeichnung von Mathias Schmidt, München. In: *Die Gartenlaube*. Illustriertes Familienblatt, hg. von Ernst Keil, Heft 38, Leipzig 1873, S. 621 © commons.wikimedia.org/wiki/File:Die\_Gartenlaube\_[1873]\_619.JPG



*Eine jenische Familie aus Innsbruck in den 1960er Jahren © Horst Schreiber, Foto Alois Lucke*

Der Korbflechter Peter Mungenast, verwitwet und Vater von zwei Kindern, kam inmitten drückender Armut früh mit dem Gesetz in Konflikt, meist wegen kleinerer Diebstähle. Im Zuge der Aktion „Arbeitsscheu Reich“ wurde er ohne Verschulden am 14. Juni 1938 ins Polizeigefangenenhaus in Innsbruck überstellt. Obwohl er einer regelmäßigen Arbeit nachging, galt er als arbeitsunwillig. Er hatte das Arbeitsamt umgangen und sich seinen Arbeitsplatz selbst gesucht. Am 8. August 1938 deportierte ihn die Innsbrucker Kriminalpolizei ins KZ Mauthausen, er hatte gegen kein Gesetz verstoßen und alle seine Straftaten verbüßt. Zwei Monate später wollte die Kripo ihn entlassen, was der Gendarmerieposten Zams zu verhindern wusste. Die Familie sei „moralisch verkommen“ und würde „nach Zigeunerart“ umherziehen: *Das hiesige Kommando ist der vollen Überzeugung, dass Mungenast Keime in sich trägt, die ihn als unverbesserlichen Gewohnheitsverbrecher stempeln. Daher sei eine langwährende Vorbeugungshaft das zweckmäßigste Mittel um die Gemeinschaft vor dem Verbrecher und Asozialen zu schützen.* Die Gestapo überstellte Peter Mungenast mehrmals in die Konzentrationslager

Dachau und Buchenwald. Als die Kriminalpolizeileitstelle Innsbruck ihn im Juli 1940 abermals entlassen wollte, hielt sie fest: *Bemerkt sei noch, daß ein Bruder namens Hugo Mungenast im Lager verstorben ist.* Der Gefangene kam dennoch nicht frei und als er schließlich arbeitsunfähig war, fiel er der Aktion „14f13“ zum Opfer. „14f“ stand für Tod im KZ, „13“ für die Todesart Vergasung. Er wurde von Buchenwald in die ehemalige Heilanstalt Pirna-Sonnenstein deportiert, wo die Nationalsozialisten den Massenmord an kranken Menschen durchführten. Am 26. Juli 1941 meldete das KZ Buchenwald den Tod des 40-jährigen Peter Mungenast.<sup>5</sup>

Der Nationalsozialismus setzte alles daran, die Identitäten und das Selbstverständnis der Jenischen als eigene Volksgruppe zu zerstören. Das Ziel, die Jenischen kulturell auszulöschen, hat die NS-Diktatur nicht zur Gänze, aber in hohem Maß erreicht. Hatten Industrialisierung und Diskriminierung das fahrende Leben schon bis in die 1930er Jahre stark zurückgedrängt, war nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs die Zahl der nicht-sesshaften und zeitweise wandernden Jenischen auf ein Minimum geschrumpft.



## Der Kampf um Anerkennung und Würde

Die Auswirkungen der Nazizeit waren verheerend. Viele Jenische wurden getötet, Existenzen vernichtet, berufliche Zusammenhänge zerstört, Familien systematisch auseinandergerissen, soziale Beziehungen aufgelöst. Nach dem Krieg existierte weder ein Schuldbewusstsein noch ein Bemühen um Wiedergutmachung – in den Ämtern und Behörden ebenso wenig wie in der Politik, Medizin und Wissenschaft. Die systematische Benachteiligung der Jenischen setzte sich nahtlos fort. Fast alle Überlebenden litten unter einer kollektiven Traumatisierung, die sie intergenerationell weitergaben. Leistungen aus der Opferfürsorge erhielten nur wenige, denn die Jenischen wurden nicht als Opfer der NS-Diktatur anerkannt. Sie waren als Kriminelle und Asoziale ermordet, zwangssterilisiert und in Lager oder Gefängnisse eingeliefert worden, so die Sicht der Republik Österreich und des Landes Tirol, die damit die Verfolgungspraxis der Nationalsozialisten rechtfertigten. Die Wissenschaften legitimierten weiterhin die Ausgrenzung der Jenischen mit rassistischen und erbbiologischen Begründungen.

Ihre Kinder waren daher in der Zweiten Republik von den systematischen Verbrechen gegen Minderjährige in Fremdbetreuung besonders betroffen. Staatliche und ordensgeführte Heime sorgten bis in die 1980er Jahre für die Anpassung der jenischen Kinder an die bürgerlichen Werte der gesellschaftlichen Mitte: mit exzessiver psychischer, körperlicher und sexueller Gewalt.

Die NS-Täter wurden nicht zur Verantwortung gezogen, sie konnten ihre Karrieren mit der einen oder anderen kurzen Unterbrechung fortsetzen und weiter Einfluss auf das Leben Jenischer nehmen. Den Opfern blieb Hilfe und Anerkennung versagt, in den Familien wurde geschwiegen: Weil die Betroffenen traumatisiert waren; weil sie keinen öffentlichen Raum zum Sprechen hatten; weil ihnen kaum jemand zuhörte; weil sie weiterhin als defizitäre Mangelwesen behandelt wurden; weil die Täter-Opfer-Umkehr fatale Folgen hatte. Die von den Nazis Gepeinigten fühlten sich am Leid, das ihnen angetan wurde, mitschuldig, wie auch an der Gewalt gegen sie in den Erziehungsheimen. Daher hielten viele Jenische ihre Identität geheim und waren bemüht, nicht aufzufallen, um dem Teufelskreis von Ausgrenzung und



Linke Seite: Abschlusskonzert am 4. Jenischen Kulturtag 2019 in Innsbruck © Alena Klinger

Die Jenische Therese „Resi“ Monz dankt 1943 (!) auf einer Votivtafel an der Theresienkirche auf der Hungerburg in Innsbruck, dass sie das KZ Auschwitz überlebt hat. © Horst Schreiber, Foto Selina Mittermeier

 Bundesministerium  
Europäische und internationale  
Angelegenheiten

# IHRE VOR DER REISE, FÜR DIE REISE-APP.

Sie fahren weg, wir informieren. Jetzt kostenlos und bequem über den QR-Code oder den App-Store die Auslandsservice-App downloaden und gut vorbereitet ins Ausland fahren.

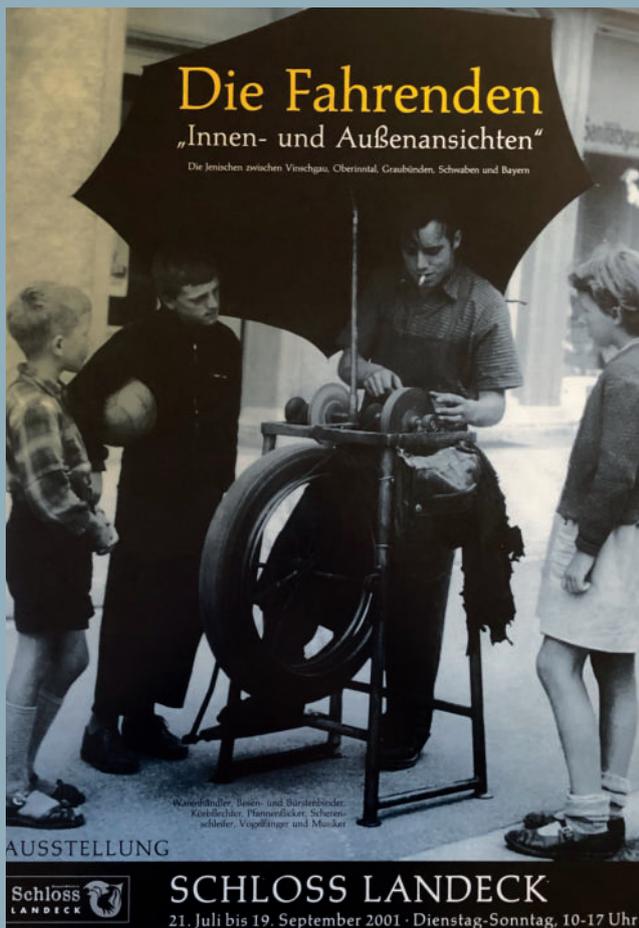
Registrieren Sie sich vor Ihrer Reise für Ihre Reise. Wir informieren Sie über die aktuelle Lage in dem Land, in dem Sie sich aufhalten, und helfen, sollten Sie Unterstützung brauchen.

– Ihr Außenministerium



ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG





Plakat von Willi Pechtl für die Ausstellung „Die Fahrenden“ auf Schloss Landeck 2001  
© Willi Pechtl

und Marina Lucke. Es gibt inzwischen nennenswerte Forschungen und Ausstellungen zu den Jenischen in Österreich, einen regelmäßigen „Jenischen Kulturtag“ in Innsbruck, und auch ein Jenisches Archiv ist im Entstehen. In der Schweiz sind die Jenischen als nationale Minderheit anerkannt. Nicht so in Österreich, wo die Regierung in ihrem Programm von 2020 zwar die Prüfung einer Anerkennung in Aussicht gestellt hat, Taten aber missen ließ. Der in Tirol beheimatete „Verein zur Anerkennung der Jenischen in Österreich und Europa“ wird sein Ziel weiterhin verfolgen, denn *bei der offiziellen Anerkennung der jenischen Volksgruppe seitens der Republik Österreich geht es vor allem um Immaterielles: Um Wertschätzung. Um Respekt. Und um Würde. Um die Restitution von Menschenwürde für diese in Österreich stets „vergessene“ Minderheit.*<sup>6</sup>

Armut zu entkommen. Bis heute ist das offene Bekenntnis zur Volksgruppe keine Selbstverständlichkeit, ist die Angst vor Diskriminierung groß, wissen viele nicht mehr um ihre Wurzeln, droht die Sprache der Jenischen verloren zu gehen. Die Lebensweise des ehemals „fahrenden Volkes“ drückt sich in mündlicher Überlieferung aus. Es ist eine Erzählkultur, die nach der langen Verfolgungsgeschichte Förderung braucht, wenn ihr Bestand in Zukunft gesichert sein soll. Die Jenischen sind eine bis heute unsichtbare Opfergruppe des Nationalsozialismus, sie haben keinen Platz in der lokalen, regionalen und nationalen Gedenkkultur. Die Verbrechen gegen sie sind in Österreich nicht im kollektiven Gedächtnis verankert.

Seit den 1980er Jahren trat der „Jenische Kulturverein Österreich“ mit Sitz in Tirol für die Rechte von Jenischen ein, die Pioniere waren Romedius Mungenast sowie Alois

## Anmerkungen

- 1 Der Beitrag basiert auf folgender Literatur: Horst Schreiber, *Die Jenischen im Nationalsozialismus*. In: Michael Haupt, Edith Hessenberger (Hg.), *Fahrend? Um die Ötztaler Alpen. Aspekte jenischer Geschichte in Tirol*. Innsbruck-Wien 2021, S. 124–155; Ders., *Restitution von Würde. Kindheit und Gewalt in Heimen der Stadt Innsbruck*. Innsbruck 2015; Ders., *Die Jenischen im Nationalsozialismus – Verfolgung und Familiengedächtnis*. In: Horst Schreiber, Elisabeth Hussl (Hg.), *Gaismair-Jahrbuch 2022. Demokratie*. Innsbruck-Wien-Bozen 2021, S. 151–160; Toni S. Pescosta, *Die Tiroler Karrner. Vom Verschwinden des fahrenden Volkes der Jenischen*. Innsbruck 2003; Oliver Seifert, *Roma und Sinti im Gau Tirol-Vorarlberg. Die „Zigeunerpolitik“ von 1938 bis 1945*. Innsbruck-Wien-München-Bozen 2005.
- 2 Zit. nach Pescosta, *Tiroler Karrner* (wie Anm. 1), S. 152f. und 160.
- 3 Zit. nach Seifert, *Roma und Sinti* (wie Anm. 1), S. 61.
- 4 Zit. nach Schreiber, *Die Jenischen im Nationalsozialismus* (wie Anm. 1), S. 141.
- 5 Vgl. ebda, S. 148–150.
- 6 Verein zur Anerkennung der Jenischen in Österreich und Europa: <https://www.jenische-oesterreich.at/> [2. 1. 2024].

# Kriege gehören ins Museum®

HEERESGESCHICHTLICHES MUSEUM

[www.hgm.at](http://www.hgm.at)



UNSER HEER

# Impressionen zu einem

Brigitte Entner

Unmittelbar nach dem sogenannten „Anschluss“ begannen Verhaftungen von kulturpolitischen Akteuren und Kritikern aus der slowenisch-sprachigen Bevölkerung. Bereits 1938 gab es Todesopfer zu beklagen. Eine erste große Verhaftungswelle setzte im April 1941, parallel zum Überfall auf Jugoslawien, ein. Nahezu alle zweisprachigen Priester,<sup>1</sup> Kulturaktivisten und -aktivistinnen und Journalisten wurden verhaftet. Ein Jahr später erfolgte die zwangsweise Aussiedlung von 227 Familien mit über 1.075 Personen, die Hälfte davon Kinder und Jugendliche. Ihr Vergehen war, dass

sie an ihrer Muttersprache festhielten. Mindestens 53 kehrten nach 1945 nicht mehr zurück.<sup>2</sup> Wenig später fasste der bewaffnete Widerstand in der Region Fuß und blieb trotz der brutalen Verfolgung bis zum Kriegsende aktiv. Ohne die breite Unterstützung der in der Legalität lebenden Bevölkerung, und hier vor allem von Frauen

*In Anwesenheit von alliierten Vertretern, Diplomaten und politischen Funktionsträgern wurden 1946 die sterblichen Überreste von 83 zum Teil namentlich nicht bekannten Partisanen und Partisaninnen am Friedhof von St. Ruprecht bei Völkermarkt/Šentrupert pri Velikovcu bestattet. © Archiv Slovenski znanstveni inštitut*



# schwierigen Erinnern

und Jugendlichen, hätte sich dieser Widerstand nicht bis zum Kriegsende halten können.<sup>3</sup> Laut Wolfgang Neugebauer handelte es sich dabei um den effizientesten und am längsten andauernden bewaffneten Widerstand auf österreichischem Gebiet.<sup>4</sup>

Ein am Slovenski znanstveni inštitut (Slowenisches wissenschaftliches Institut, SZI) in Klagenfurt durchgeführtes Projekt eruierte die Namen und Kurzbiographien von ca. 530 slowenisch-sprechenden Kärntnern und Kärntnerinnen, die im Zuge von NS-Verfolgung und Widerstand ihr Leben lassen mussten. Wir finden unter

den Opfern auch wenige Tage alte Säuglinge sowie weit über 80-jährige Frauen und Männer. Fast 10 Prozent der Opfer waren Kinder und Jugendliche.<sup>5</sup> Nicht erhoben wurden die Opfer der NS-Euthanasiemaßnahmen. Laut den Arbeiten von Helge Stromberger ist hier von weiteren 150 Personen auszugehen.<sup>6</sup>

*Die feierliche Umbettung bot auch jenen Raum zur individuellen Trauer, deren Angehörige kein Grab hatten. © Archiv Slovenski znanstveni inštitut*



Anlässlich der Volkszählung von 1939 hatten 7.715 Personen angegeben, sich dem slowenischen Volkstum zugehörig zu fühlen, insgesamt ca. 43.000 bzw. 10 Prozent der Kärntner Bevölkerung gaben Slowenisch als Umgangssprache an.

Wie ungleich widerständiger slowenisch-sprachige Kärntnerinnen und Kärntner im Vergleich zu den deutschsprechenden waren, aber auch wie ungleich brutaler sie verfolgt wurden, zeigt ein Projekt, das am Institut für Konfliktforschung in Wien durchgeführt wurde. Von den 138 im KZ Ravensbrück internierten Kärntnerinnen, die als „Politische“ geführt wurden, waren 80 Prozent bzw. 110 Frauen slowenisch-sprechende Kärntnerinnen. Jene, die die Internierung nicht überlebten, machten sogar 90 Prozent aus.<sup>7</sup>

## Ablehnung

Unmittelbar nach Kriegsende und unter dem Eindruck der offenen Grenzfrage erkannte die provisorische Kärntner Landesregierung im Mai und Juni 1945 sowohl die Opfer als auch die Verdienste der slowenisch-sprachigen Bevölkerung bei der Bekämpfung der NS-Herrschaft an.<sup>8</sup> Doch schon bald setzten sich in Kärnten wieder anti-slowenische Kräfte durch. Die umfassende Entnationalisierungspolitik war keine Erfindung des NS-Regimes gewesen. Der Wunsch der politischen Eliten nach einem „deutschen Kärnten“ fand sich bereits in den letzten Jahrzehnten der Monarchie.<sup>9</sup> Der Grenzfindungskonflikt nach dem Zerfall der Monarchie 1918/1919 und die Gebietsansprüche des SHS-Staates (des späteren



*Das Grabdenkmal in Ebenthal/Žrelec bei Klagenfurt erinnert an die hier gefallenen Partisanen und ermordete Zwangsarbeiter. Nach der Neugestaltung 1971 wurde die Stätte innerhalb eines halben Jahres dreimal verwüstet. © Archiv Zveza koroških partizanov in prijateljev protifašističnega odpora*

*Rechte Seite: Gedenkmarsch durch das zerstörte Klagenfurt am 15. 4. 1946. Die demonstrierenden Kärntner Sloweninnen und Slowenen trugen Tafeln mit antifaschistischen Parolen bzw. den Opferzahlen der einzelnen Gemeinden. © Archiv Slovenski znanstveni inštitut*



Jugoslawien) trugen maßgeblich zu dieser Entwicklung bei. Das Slowenische wurde als bedrohlicher Faktor verstanden, den es zu eliminieren galt. Vereine wie der Deutsche Schulverein Südmark, der Heimatdienst bzw. Heimatbund, die Kärntner Landsmannschaft, aber auch der Deutsche Alpenverein beteiligten sich massiv an den Germanisierungsbestrebungen. Unterstützt wurden sie durch Wissenschaftler vor Ort, wie beispielsweise Martin Wutte, langjähriger Sekretär des Kärntner Geschichtsvereins, Redakteur der Zeitschrift Carinthia und Direktor des Landesarchivs.<sup>10</sup> Personelle und ideelle Kontinuitäten überdauerten bis in die Zweite Republik alle politischen Brüche. Und mit der nach dem Zweiten Weltkrieg neuerlich ungelösten Grenzfrage und den Ansprüchen des jugoslawischen Staates gelang es, die slowenischsprachige Bevölkerung zu diskreditieren. Ihre Kooperation mit der slowenischen Widerstandsbewegung diente als Vorwand, sie alle im Klima des beginnenden Kalten Krieges als Kommunistinnen und Kommunisten zu diffamieren. Auch wurde die NS-Terminologie weitergetragen

und von den Widerständigen als „Banditen“ gesprochen. Bald nach dem Kriegsende wurden Überlebende und sogar deren Kinder wieder verfolgt. Tätliche Übergriffe forderten Verletzte und Todesopfer.<sup>11</sup>

Die Bemühungen der Überlebenden, Interessensvereine zu gründen, wurden von den Behörden durch bürokratische Einwände erschwert und deren Erinnerungsarbeit massiv eingeschränkt. Als Beispiel sei hier die große Gedenkveranstaltung vom 15. April 1946 genannt. Alle Zufahrtswege nach Klagenfurt wurden restriktiv kontrolliert, um die Zahlen der Teilnehmenden möglichst gering zu halten. Der Priester, der die Gedenkrede halten sollte, wurde auf dem Weg verhaftet, und die Gedenkmesse im Klagenfurter Dom kurzfristig untersagt.<sup>12</sup> Die dennoch zahlreichen Teilnehmenden des Gedenkmarsches – ein Beobachter sprach von mehr als 1.000 – wurden von den Sicherheitskräften mit Wasserwerfern und Knüppeln in Empfang genommen. Deren Brutalität erschütterte sogar den britischen Beobachter.<sup>13</sup>



*Partisanendenkmal in Ferlach/Borovlje  
© Archiv Slovenski znanstveni inštitut*

## Erinnern

Künftig organisierte vor allem der Partisanenverband (Zveza koroških partizanov, ZKP) das Erinnern. Bereits im Sommer 1945 wurde begonnen, die während des Kriegs verscharrten Opfer umzubetten und ihnen ein würdiges Gedenken zu bereiten. Erste Denkmäler wurden auf den Friedhöfen errichtet. 1946 wurden 83 Gefallene von der Saualm (Saualpe) noch unter Anwesenheit von Vertretern der Alliierten und politischen Funktionsträgern aus Kärnten am Friedhof St. Ruprecht bei Völkermarkt/Šentrupert pri Velikovcu bestattet. Das 1947 eingeweihte Denkmal<sup>14</sup> wurde 1953 von unbekanntem Tätern gesprengt und die Zerstörung von Teilen der Bevölkerung gutgeheißen. Obwohl Österreich gemäß Staatsvertrag zu einer Wiedererrichtung verpflichtet

gewesen wäre, wurde von staatlicher Seite nichts mehr unternommen.<sup>15</sup> Es sollte nicht das einzige zerstörte Denkmal bleiben. Um 1970 hatte der Partisanenverband damit begonnen, alte Grabstätten zu sanieren und zum Teil auch neue Gedenksteine zu errichten. Bald danach kam es zu Zerstörungen und Vandalismus. Beispielsweise wurde das Denkmal in Ebenthal/Žrelec bei Klagenfurt nach seiner Errichtung 1971 innerhalb eines halben Jahres drei Mal geschändet.

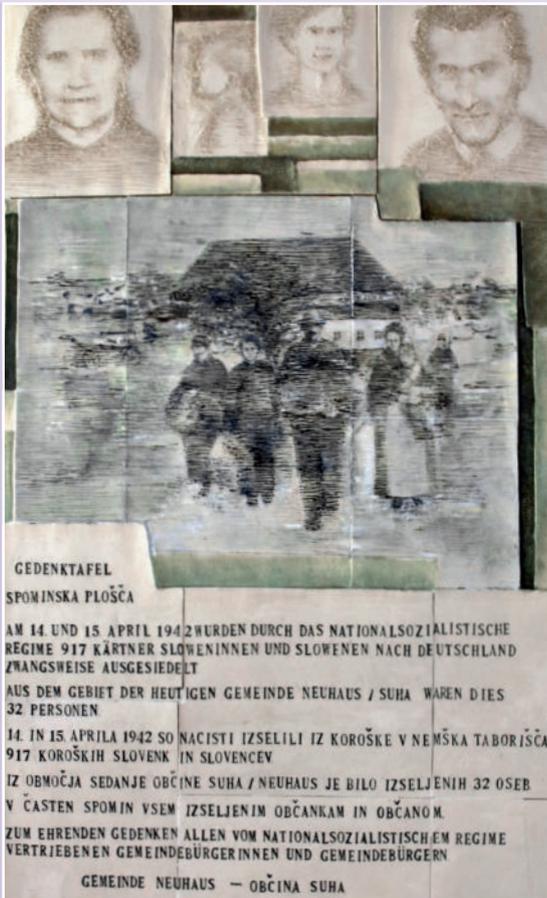
Doch wie stand das offizielle Kärnten zum Erinnern? Noch 1995 hatte sich der damalige Landeshauptmannstellvertreter Karl-Heinz Grasser geweigert, an einer Ehrung von ehemaligen Widerstandsaktivistinnen und -aktivisten durch den Bundespräsidenten teilzunehmen.



*Vandalismus am Ferlacher Partisanendenkmal im September 1972 © Archiv Zveza koroških partizanov in prijateljev protifašističnega odpora*

Laut Medienberichten hatte er die zu Ehrenden als „Feinde Kärntens“ bezeichnet.<sup>16</sup> Im Gedenkjahr 2005 feierte Kärnten bei offiziellen Festakten die „Selbstbefreiung Kärntens“, doch darunter wurde nicht der antifaschistische Widerstandskampf verstanden, sondern die Übergabe der Machtbefugnisse von Gauleiter Rainer an eine neue, nach Absprachen mit der NS-Führung gebildete provisorische Kärntner Landesregierung. Bereits im Mai 1946 gelang es der Volkszeitung, Organ der Volkspartei, hinsichtlich der Befreiung Kärntens die Widerstandsleistung der slowenisch-sprachigen Bevölkerung und deren Opfer auszublenden. Erst nach dem Ortstafelkompromiss von 2011 kam es zu einer spürbaren Veränderung. Anlässlich der Gedenkfeier im Dom 2012 in Erin-

nerung an die zwangsweise Aussiedlung 80 Jahre zuvor bat Bischof Alois Schwarz für die Haltung der Kirche um Verzeihung. Wenig später wurde im Landesarchiv eine Ausstellung zur zwangsweisen Aussiedlung eröffnet. Sie wurde – ein Novum – in Kooperation mit dem SZI erarbeitet. Der damalige Landeshauptmann Gerhard Dörfler vom BZÖ wünschte bei der Eröffnung anwesend zu sein und einige Worte zu sprechen. Das wäre wenige Jahre zuvor wohl noch nicht möglich gewesen. Unter seinem Nachfolger Peter Kaiser veränderte sich das Klima gegenüber der slowenisch-sprachigen Bevölkerung in großem Umfang. Das Slowenische darf wieder präsent sein, und auch die Erinnerung an ihre Opfer – allerdings nicht an alle Opfer.



Am Nationalfeiertag 2017 wurde auf Initiative der Gemeindevertretung Neuhaus/Suha ein Erinnerungszeichen an die aus der Gemeinde zwangsweise ausgesiedelten Familien und deren Todesopfer enthüllt. © Rosina Katz-Logar

1996 wurde das erste Denkmal, das an die zwangsweise Aussiedlung vom April 1942 erinnert, in Radsberg/Radiše eingeweiht. © Madlin Peko

## Opfer ist nicht gleich Opfer

Generell sind in einer groben Einteilung vier Opfergruppen zu unterscheiden, die unterschiedlich erinnert werden: individuelle Opfer, die zwangsweise Ausgesiedelten, die Partisanen und Partisaninnen sowie deren Unterstützerinnen und Unterstützer aus der Legalität.

Die individuellen Opfer sind außerhalb ihrer Familien beinahe in Vergessenheit geraten. Die zwangsweisen Ausgesiedelten wurden, auch von den slowenischsprachigen Verbänden, erst relativ spät erinnert. Ihr

Interessenverband kämpfte Jahrzehnte lang vor allem um die umfassende Anerkennung als Opfer nach dem Opferfürsorgegesetz. Im Gedenkjahr 1995 bemühte sich der Verband um ein Denkmal in Klagenfurt. Es durfte jedoch nicht in der Landeshauptstadt errichtet werden und steht nun im 13 km entfernten Radsberg/Radiše. Erst 2012 wurde, ebenfalls auf Initiative des Verbandes, in Erinnerung an das ehemalige Sammellager nahe der Klagenfurter Ebentaler Straße ein Denkmal eingeweiht. Bei der Eröffnung waren viele Vertreter aus Politik und Kirche anwesend. 2017 wurde schließlich in der Gemein-

de Neuhaus/Suha erstmals ein Erinnerungszeichen nicht von den Betroffenen, sondern von der Gemeinde selbst initiiert.

Am umfassendsten erinnert wurden die Partisanengruppen, also jene Männer und Frauen, die in der Illegalität, im Wald lebten und von dort aus operierten, aber auch ihre zahlreichen Unterstützer und Unterstützerinnen aus der Legalität. Doch gerade bei ihnen gibt es seitens der Mehrheitsbevölkerung und der Politik immer noch die größten Berührungspunkte, gelten sie doch als nicht wirklich „unschuldige“ Opfer, wie etwa die zwangsweise ausgesiedelten Familien. Als 2015 das bereits erwähnte Denkmal in St. Ruprecht erneuert wurde, sprach Landeshauptmann Peter Kaiser bei den Einweihungsfeierlichkeiten. Der lokale Bürgermeister, ebenfalls SPÖ, blieb der Veranstaltung fern. Parteiintern wurde der Landeshauptmann für sein Auftreten

mit Kritik konfrontiert. Den Kärntner Partisanen und Partisaninnen, die eng mit der slowenischen (Osvobodilna fronta) bzw. jugoslawischen Befreiungsbewegung verbunden waren, wurde und wird immer wieder zum Vorwurf gemacht, nicht für ein „freies Österreich“ gekämpft zu haben.<sup>17</sup> Diese Einstellung ist tatsächlich nur für die KPÖ feststellbar. Nicht nur in der Erinnerungspolitik, sondern auch in der Wissenschaft gab und gibt es massive Berührungspunkte, die weit über die vielzitierte Sprachenproblematik hinausgehen. Sie liegen vor allem in der „nationalen Frage“, der damals erfolgten sozialrevolutionären Umgestaltung Jugoslawiens sowie im bisweilen brutalen Umgang der Jugoslawischen Armee mit tatsächlichen oder vermeintlichen Gegnern zu Kriegsende begründet.<sup>18</sup> Im hegemonialen Kärntner Diskurs wird in diesem Zusammenhang nicht von der jugoslawischen Armee, sondern von den „Tito-Partisanen“ gesprochen



Make it happen

**Make  
your business  
banking  
happen**



Wir sind die Relationship-Bank für Spitzenunternehmen in Europa und eine führende Kommerzbank in Österreich.

**Vertrauen Sie auf unsere einzigartige Expertise.**

[rbinternational.com](http://rbinternational.com)

und so eine direkte Verbindung zu den Kärntnern und Kärntnerinnen, die Widerstand leisteten, gezogen.

Gleichzeitig werden diese damit auch kriminalisiert. Das Argument der tatsächlichen oder vermeintlichen Verbrechen der jugoslawischen Armee wurde in der Folge immer dann bedient, wenn es um die Umsetzung von international verbrieften Minderheitenrechten ging.

Außerhalb der slowenisch-sprechenden Bevölkerung begannen sich erst in den späten 1990er Jahren zivilgesellschaftliche Initiativen wie der Verein „Erinnern Villach“ mit der Aufarbeitung lokaler NS-Opfer, ohne allerdings explizit auf die jeweilige Sprachgruppe zu verweisen. 2014 wurde im Arkadengang des Klagenfurter Landhauses eine Gedenktafel in Erinnerung an sechs Landtagsabgeordnete angebracht. Auch hier wird nicht darauf hingewiesen, dass drei von ihnen aus der slowenischen Sprachgruppe stammten. Diese Auslassungen schmerzen immer noch.

## Anmerkungen

- 1 Avguštin Malle, *Koroški Slovenci in katoliška cerkev v času nacizma*. In: Ders., Valentin Sima (Hg.), *Narodu in državi sovražni. Pregon koroških Slovencev 1942 / Volks- und staatsfeindlich. Die Vertreibung von Kärntner Slowenen 1942*. Celovec/Klagenfurt 1992, S. 36–66.
- 2 Brigitte Entner, Avguštin Malle (Hg.), *Die Vertreibung der Kärntner Slowenen/Pregon koroških Slovencev. 1942*. Klagenfurt/Celovec 2012.
- 3 Brigitte Entner, *Verortung des slowenischen Widerstandes in Kärnten*. In: Dies., Avgustin Malle, Valentin Sima (Hg.), *Widerstand gegen Faschismus und Nationalsozialismus im Alpen-Adria-Raum / Odpor proti fašizmu in nacizmu v alpsko-jadranskem prostoru*. Klagenfurt-Wien/Celovec-Dunaj 2011, S. 51–65.
- 4 Wolfgang Neugebauer, *Zur Bedeutung des slowenischen Widerstandes in Kärnten*. In: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands, Klub Prežihov Voranc, Inštitut za proučevanje prostora Alpe-Jadran* (Hg.), *Spurensuche. Erzählte Geschichte der Kärntner Slowenen*. Wien 1990, S. 7–8.
- 5 Brigitte Entner, *Wer war Klara aus Šentlipš/St. Philippen? Kärntner Slowenen und Sloweninnen als Opfer der NS-Verfolgung. Ein Gedenkbuch*. Klagenfurt-Wien/Celovec-Dunaj 2014.
- 6 Dankenswerterweise durfte ich Einsicht in seine Arbeitsdatenbank nehmen. Siehe auch Helge Stromberger, *Ein Beispiel für „Rationalisieren“ und „Sparen“ im Nationalsozialismus. Die Todestransporte von Klagenfurt nach Hartheim im Jahr 1940/41*. In: *Kärntner Jahrbuch für Politik*. Klagenfurt 2002, S. 165–173; sowie Ders., Herwig Oberlerchner, *Sterilisiert, vergiftet und erstickt. Das Wüten der NS-Euthanasie in Kärnten*. Klagenfurt 2017.
- 7 Dankenswerterweise durfte ich die Arbeitsdatenbank von Brigitte Halbmayr und Helga Amesberger zur Auswertung nutzen. Die Ergebnisse ihres Projektes finden sich unter [www.ravensbrück-erinnen.at](http://www.ravensbrück-erinnen.at) [3. 3. 2024].
- 8 Kärntner Landesarchiv (KLA), AKL, LAD 1, *Regierungssitzungsprotokoll*, 8. 5. 1945; 3. Sitzung des Konsultativen Landesausschusses, 13. 6. 1945.
- 9 Janko Pleterski, *Slowenisch oder deutsch? Nationale Differenzierungsprozesse in Kärnten (1848–1914)*. Klagenfurt/Celovec 1996.
- 10 Siehe u.a. Martin Wutte, *Deutsch-Windisch-Slowenisch*. Klagenfurt 1927.
- 11 Am 20. 9. 1945 wurde die KZ-Überlebende Juliane Pettauer bei einem Protestmarsch der antifaschistischen Frauenbewegung von einem Auto angefahren und getötet, weitere Frauen wurden zum Teil schwer verletzt. Der für die britische Militärregierung tätige Autolenker wurde von den Briten zwar verurteilt, allerdings nur für die unbefugte Inbetriebnahme eines Militärfahrzeuges. Entner, *Wer war Klara* (wie Anm. 5), S. 337–338.
- 12 Brigitte Entner, *Ein Neubeginn oder ein Spiel mit der Zeit – Die ehemals Ausgesiedelten im ersten Nachkriegsjahr*. In: *Carinthia* 1/2012 [202 Jg.], S. 471–482, hier S. 480–481; National Archives, FO 1020/1077, 8, Memorandum der Kärntner Slowenen an den Alliierten Kontrollrat für Österreich in Wien: Der 15. April 1946. Ein Hinweis dafür, was die Kärntner Slovenen (sic) vom neuen Österreich zu erwarten haben.
- 13 Gedenktag für die Opfer des Naziterrors in Klagenfurt. Polizei und Feuerwehr gegen Antifaschisten – Zwei Schwerverletzte ins Krankenhaus eingeliefert. In: *Volkswille* 18. 4. 1946, S. 3; National Archives, FO 1020/2890, Subject: OF Meeting, 29. 4. 1946.
- 14 „Eine bronzene Figurengruppe aus drei vorwärtsstrebenden KämpferInnen auf einem steinernen Sockel erinnerte an den verlustreichen Kampf der PartisanInnen auf der Saualpe.“ Siehe dazu den Eintrag auf DERLA [Digitale Erinnerungslandschaft] [gams.uni-graz.at/o:derla.car156](http://gams.uni-graz.at/o:derla.car156) [28. 3. 2024].
- 15 Lisa Rettl, *PartisanInnenendenkmäler. Antifaschistische Erinnerungskultur in Kärnten*. Innsbruck 2006.
- 16 *Beispielloser Skandal. Nazi-Opfer als Feinde Kärntens bezeichnet*. In: *Kärntner Tageszeitung*, 9. 5. 1995, S. 2f.
- 17 *Die Partisanen in Kärnten. Kämpfer gegen den Faschismus. Kämpfer für ...? Eine Ausstellung des Kärntner Landesarchivs*. Katalog. Bearbeitet von Wilhelm Wadl und Alfred Ogris. Klagenfurt 2003.
- 18 Karl Stadler, *Österreich 1938–1945 im Spiegel der NS-Akten*. Wien-München 1966, S. 327; Entner, *Verortung* (wie Anm. 3); Dies., „Feinde Kärntens“. Zur Konstruktion des Bildes der PartisanInnen in der (Deutsch-)Kärntner Öffentlichkeit. In: Florian Wenninger, Paul Dvořak, Katharina Kuffner (Hg.), *Geschichte macht Herrschaft. Zur Politik mit dem Vergangenen*. Wien 2007, S. 259–274.

# nu

## Jüdisches Magazin für Politik und Kultur



Das Magazin NU erscheint seit April 2000. Aus einer kleinen, feinen Idee ist ein Magazin entstanden, das jüdische Kultur, Politik und Alltagsleben beschreibt und damit zu einer zeitgeschichtlichen Dokumentation des heutigen Judentums beiträgt.

NU erfüllt eine wichtige Brückenfunktion zwischen den österreichischen Juden und den vielen Menschen, die auf positive Weise am Judentum interessiert sind.

## nu – worauf wartest du noch?

### NU abonnieren und gewinnen.

Abonnieren Sie jetzt das NU Magazin und gewinnen Sie eine BELVEDERE Jahreskarte PLUS (gültig für Sie und eine Begleitperson). Ein ganzes Jahr lang Kunst genießen, an allen Belvedere Standorten! So oft Sie wollen, so lange Sie wollen.\*

Details unter [www.nunu.at](http://www.nunu.at)

\*All jene, die bis zum 30.06.2024 ein NU-Abo abschließen (für sich selbst oder als Geschenk für andere) nehmen automatisch an der Verlosung teil. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen, die Gewinner:innen werden schriftlich verständigt.

# Verscharrt und vergessen

Helge Stromberger

Unter dem Decknamen „Unternehmen Barbarossa“ setzte NS-Deutschland am 22. Juni 1941 im destruktivsten und mörderischsten Feldzug der Kriegsgeschichte zwischen dreieinhalb und vier Millionen Soldaten in hunderttausenden Kraftfahrzeugen, Panzern und Flugzeugen Richtung Osten in Bewegung. Ziel war die Eroberung des europäischen Teils der Sowjetunion für das „Volk ohne Raum“. Die rassistisch verachtete slawische Bevölkerung und weitere Ethnien („Untermenschen“) sollten den neu anzusiedelnden „rassisch hochwertigen“ Deutschen als Arbeitssklaven dienen und im Übrigen so behandelt werden, dass möglichst viele über den Ural nach Sibirien ausweichen.

Der Angriffsplan des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) ging davon aus, dass das vermeintlich morsche „jüdisch-bolschewistische Regime“ unter den Schlägen der Wehrmacht rasch in sich zusammenbrechen würde und noch im Sommer 1941 besiegt werden könnte. Die Rote Armee musste sich zunächst in exorbitant verlustreichen Abwehrschlachten zurückziehen, konnte aber im Herbst und Winter 1941/42 den deutschen Vormarsch vor Moskau und Leningrad (St. Petersburg) stoppen. Von Anfang an wurde die deutsche Invasion als Vernichtungskrieg geführt und traf die gefangenen Soldaten der Roten Armee mit so ungeheurerlicher Wucht, dass sie nach den europäischen Juden zur zweitgrößten Opfergruppe wurden. Von 5,7 Millionen Rotarmisten, die im deutsch-sowjetischen Krieg 1941–1945 von der Wehrmacht gefangen genommen wurden, haben 3,3 Millionen (oder 57%) die Kriegsgefangenschaft nicht überlebt.<sup>1</sup> Die Sterblichkeitsrate

bei Kriegsgefangenen aus anderen Staaten lag zwischen 0,3% (USA) und 1,7% (Polen).<sup>2</sup> 1941 und 1942 war die Zahl der Sterbefälle bei den Rotarmisten und die der Gefangennahmen am höchsten. Mit der zunehmend erfolgreichen Zurückdrängung der Wehrmacht vom Winter 1942/43 an ging die Anzahl der neu in Gefangenschaft geratenen sowjetischen Soldaten zusehends zurück.

## „Politruks“ und Verwundete

In den Einheiten der Roten Armee hatten Politische Kommissare im Offiziersrang (Politruks) dafür zu sorgen, dass Gesinnung und Haltung der Kommandeure und Mannschaften den extrem harten Vorgaben von Stalins KPdSU entsprachen. Gerieten sie in Gefangenschaft, wurden sie nach dem „Kommissarbefehl“ des Oberkommandos der Wehrmacht gleich nach der Gefangennahme ausgesondert und erschossen. Ebenso wurden jüdische Rotarmisten nach ihrer Gefangennahme erschossen oder in ein Konzentrationslager der SS gebracht und dort ermordet. In den bereits eroberten Frontabschnitten ging die Suche nach verschiedensten „Untragbaren“, die beseitigt werden sollten, weiter: Politruks und Juden, denen es zunächst gelungen war, ihre Identität zu verbergen, kommunistische „Hetzer“ und andere. *Auf der Halbinsel Krim wurden 1942/43 mindestens 7.000 als „untragbar“ ausgesonderte Kriegsgefangene, darunter auch Verwundete, ermordet, indem man sie auf alte Lastkähne verlud und diese versenkte.*<sup>3</sup> Schwerverwundete hatten kaum eine Chance, das Kriegsende zu erleben, auch dann nicht,

# Rotarmisten in deutscher Gefangenschaft

wenn sie die eigentliche Verwundung überlebten. Zu den verlustreichsten Schlachten in der Anfangsphase des „Unternehmens Barbarossa“ gehörte die Kesselschlacht bei Uman in der Zentralukraine. *Im Lager Uman lagen im August 1941 nach Aussagen kriegsgefangener Ärzte 15.000 bis 20.000 Verwundete unter freiem Himmel. Die Ärzte hatten kein Sanitätsmaterial.*<sup>4</sup>

## Durchgangslager und Epidemien

Für die bei einer Offensive in der Größenordnung des „Unternehmens Barbarossa“ zu erwartenden Massen von Kriegsgefangenen wurden von der Wehrmachtsführung keine Vorkehrungen getroffen. Weder Unterkünfte noch Nahrungsmittel zu deren Versorgung wurden



*Sowjetische Kinder während eines deutschen Luftangriffs in den ersten Tagen des Krieges. Weißrussland, 24. 6. 1941  
© RIAN archive 137811 Children during air raid.jpg*

*Bahnhof Witebsk, Transport kriegs-  
gefangener sowjetischer Soldaten in  
offenen Güterwaggons, 21. 9. 1941  
© Bundesarchiv 1011-267-0124-20A*



eingepplant. Alle Transportmittel und alle Kräfte wurden zur (letztlich verfehlten) Erreichung des Angriffsziels verwendet. Bei der Gefangennahme einer großen Zahl an Rotarmisten wurden diese zunächst rasch aus den militärischen Operationsgebieten entfernt und in Gewaltmärschen ins Hinterland getrieben. Erschöpfte Gefangene, die nicht mehr weiterkonnten, wurden am Wegrand erschossen. In hinreichender Entfernung zur Front angekommen, wurden sie in „Durchgangslagern“ (Dulag) unter freiem Himmel oft zu Zehntausenden zusammengepfercht und schutzlos der Witterung, der Nässe und Kälte ausgesetzt. In diesen „Lagern“ gab es keine sanitären Anlagen, keine medizinische Versorgung, keine oder bestensfalls geringwertige Verpflegung, so dass es bald zum Ausbruch von Seuchen wie Typhus, Fleckfieber oder Ruhr kam.

## Hungerplan und Hungerkalkül

Der Hunger war für die gefangenen Rotarmisten – unter ihnen auch viele Frauen – von Anfang an ein Problem, denn die Aneignung der sowjetischen Nahrungsquellen gehörte zu den wichtigsten Kriegszielen NS-Deutschlands. Der Bevölkerung in den besetzten Gebieten wurden Millionen Tonnen an Lebensmitteln entzogen. Dies diente zur Versorgung der im Land stehenden

Besatzungsarmeen und sollte es darüber hinaus ermöglichen, das deutsche Volk wie im Frieden zu ernähren, um die „Kriegsmoral“ zu sichern. Den Planern in den Ministerien und obersten Stäben der Wehrmacht war schon vor dem Start des „Unternehmens Barbarossa“ klar, dass durch den Entzug von Nahrungsmitteln Millionen Menschen verhungern würden. Als gezielte Strategie wurde das Aushungern bei der Blockade der drei Millionen Einwohner/innen zählenden Stadt Leningrad (St. Petersburg) eingesetzt, wo vom September 1941 bis Jänner 1944 bis zu einer Million Menschen verhungerten und erfroren. Dass es im Zusammenhang der „Germanisierung“ des Ostens einen schon vorab gefassten Hungerplan zur nachhaltigen Dezimierung der als „rassisch minderwertig“ angesehenen Bevölkerung gab, wird von einer Reihe von Historikern bejaht. Vom Oberkommando der Wehrmacht (OKW) wurde ein massenhaftes Hungersterben jedenfalls einkalkuliert, weshalb in der Literatur auch von „Hungerkalkül“ die Rede ist.

## Ins Innere des NS-Reichs

Ein Erlass Hitlers vom 8. August 1941 ordnete an, dass sowjetische Gefangene nicht ins Reichsgebiet überstellt werden sollten, um in der Zwangsarbeit eingesetzt zu werden. Es herrschte jedoch die Befürchtung, deutsche



*Ein deutscher Wachposten am Sammelplatz für 60.000 sowjetische Kriegsgefangene im Kessel von Potudan am Don/Ukraine, Juli 1942 © BPK Bildnr. 30042995, Foto Arthur Grimm*

Arbeiter könnten, wie am Ende des Ersten Weltkriegs, durch den Kontakt mit Rotarmisten wieder auf kommunistische Ideen kommen. Ende September wurde der Erlass zurückgezogen und sowjetische Kriegsgefangene auf endlosen Fußmärschen und in Güterwaggons wieder in das Innere des Reichsgebiets verlegt. Anfangs war nur die Verwendung offener Güterwaggons vorgesehen, was mit Einbruch des Winters enorme Verluste verursachte. Im Bereich der Heeresgruppe Mitte wurde die Verwendung geschlossener Waggons erst am 22. November 1941 erlaubt.<sup>5</sup> Bis Ende 1941 wurden etwa 500.000 Rotarmisten ins Reichsgebiet in die „Mannschafts-Stammlager“ (Stalag) für Kriegsgefangene überstellt, wobei sich jeweils etwa 50 Personen in einem Waggon befanden. Augenzeugen sprechen übereinstimmend von mehreren Toten pro Waggon.<sup>6</sup> Die Gefangenen konnten während der tage- und oft wochenlangen „Reise“ die Waggons nicht verlassen. Fleckfieber, Ruhr, Erschöpfung und Lungenentzündung sorgten dafür, dass viele bereits tot im Kriegsgefangenenlager ankamen.

### Am Beispiel Kärnten

Das Reichsgebiet war in sogenannte Wehrkreise gegliedert, in denen die Wehrmacht für Truppenaushebung, Kriegsgefangenenlager, militärische Sicherung und

**FSG** **Gerechtigkeit jetzt!**  
**Solidarity forever!**

Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen

[fsg.at](http://fsg.at) [@fsg\\_at](https://www.instagram.com/fsg_at) [/fsg.oegb](https://www.facebook.com/fsg.oegb)

*Doppelt belegte Särge gingen nach der „Entleerung“ ins Stalag XVIII A Wolfsberg zurück und wurden weiterverwendet. © Ian Brown – [www.stalag18a.org/eastwood/russcoff1.jpg](http://www.stalag18a.org/eastwood/russcoff1.jpg)*



*Rotarmisten im Stalag XVIII A Wolfsberg © Ian Brown – [www.stalag18a.org/riddle/riddle42.jpg](http://www.stalag18a.org/riddle/riddle42.jpg)*



anderes zuständig war. Den Wehrkreis XVIII bildeten die Reichsgaue Salzburg, Tirol-Vorarlberg, Kärnten und Steiermark, ab dem Überfall auf Jugoslawien im April 1941 kamen noch die Zivilverwaltungsgebiete Untersteiermark und Krain im heutigen Slowenien hinzu. Von 1939 bis 1945 existierten auf dem Gebiet Kärntens in den Städten Wolfsberg und Spittal an der Drau zwei große Kriegsgefangenenlager. In Wolfsberg wurden anfangs nur Offiziere festgehalten, die nach der Genfer

Konvention von 1929 keine Zwangsarbeit verrichten mussten. Im Februar 1941 wurde das Lager Wolfsberg in ein „Mannschafts-Stammlager“ mit der Bezeichnung Stalag XVIII A umgewandelt; ab dann wurden auch „einfache“ Soldaten und niedere Chargen eingeliefert. Auch das Lager in Spittal/Drau war anfangs ein Offizierslager (Oflag), wurde jedoch im Februar 1941 zum Stalag XVIII B umgewandelt, in dem ebenfalls Mannschaften interniert wurden.<sup>7</sup>

## Stalag XVIII A Wolfsberg

Im Ersten Weltkrieg gab es in Wolfsberg–Reding ein Barackenlager für bis zu 7.500 Menschen, die aus den von den Russen und Österreichern verwüsteten Kriegsgebieten in der Westukraine und aus dem südlichen Polen vertrieben worden waren. In diesem Lager wüteten dieselben Seuchen wie später in den „Russenslagern“ des Zweiten Weltkriegs. Mehr als 900 Menschen, der Großteil Kinder, kamen hier ab Herbst 1914 ums Leben. Sie wurden außerhalb der Stadt in einem Gräberfeld bei St. Johann begraben, das im Zweiten Weltkrieg weiterverwendet und mit den im Stalag umgekommenen Rotarmisten belegt wurde. Am 23. Oktober 1941 wurden im Stalag die ersten toten Rotarmisten erfasst:



Rotarmist im Stalag XVIII A Wolfsberg  
© Ian Brown – [www.stalag18a.org/  
riddle/riddle34.jpg](http://www.stalag18a.org/riddle/riddle34.jpg)

Pjotr Grigorjewitsch Soroka, 29 Jahre alt, aus dem Lwiwskaja Oblast in der Westukraine, und Boris Alexejewitsch Warsin, geb. 22. Juli 1919, aus einer kleinen Stadt namens Iwanowka (oder Granowka). Bis Ende Oktober gab es in nur einer Woche 26 weitere Verstorbene aus der Sowjetunion.

Das „Ludwig Boltzmann–Institut für Kriegsfolgenforschung“ hat 2010, nach intensiver Zusammenarbeit mit russischen Archivstellen, rund 60.000 Namen und Personendaten von Rotarmisten aus der Sowjetunion vorgelegt, die in Österreich umgekommen sind und hier begraben wurden.<sup>8</sup> Aus der Datensammlung geht hervor, dass im Massengrab Wolfsberg/St. Johann mindestens 331 Rotarmisten bestattet sind. In mehr als 200 Fällen ist auch bekannt, aus welchen Gliedstaaten der Sowjetunion sie kamen: aus allen mit Ausnahme der Baltischen Staaten.

Die Gesamtzahl der in Wolfsberg begrabenen sowjetischen Soldaten ist unsicher. Am Eingang zum Gräberfeld heißt es auf einer Tafel: *Hier ruhen 843 russische und 4 polnische Kriegsgefangene des 2. Weltkriegs und werden vom österreichischen Schwarzen Kreuz betreut.* Der Historiker Christian Klösch, der 2013 die Ausstellung „Lagerstadt Wolfsberg“ wissenschaftlich begleitete, schreibt: *es könnten hier nach Schätzungen zwischen 1.000 und 2.000 Russen bestattet sein.*<sup>9</sup>

Innerhalb der Lager waren die Gefangenen durch Stacheldrahtverhaue nach Nationalitäten voneinander getrennt. Gefangene der Westalliierten wurden im Großen und Ganzen nach den Bestimmungen der Genfer Konvention von 1929 behandelt – auch in Wolfsberg, wo die internationale Überwachungskommission des Roten Kreuzes (IKRK) bis Kriegsende die Einhaltung der Konvention kontrollieren konnte. Der Zugang zum „Russensektor“ wurde der Kommission allerdings verwehrt. Denn das desaströse Zusammenwirken von rassistischer Verachtung und antikommunistischem Hass reichte bis in die Lagerunterkünfte. Rotarmisten bekamen schmalere Essensrationen als Gefangene anderer Nationen, weniger Heizmaterial, ihre Baracken waren höher belegt, die medizinische Versorgung schlechter oder gar nicht vorhanden. Als die ersten

sowjetischen Kriegsgefangenen in Wolfsberg eintrafen, waren nach einem Augenzeugenbericht die übrigen Gefangenen bei ihrem Anblick derart empört, dass sich im halben Lager ein Protestgebrüll erhob. Sie erblickten eine Kolonne verhungelter Gestalten mit ausgemergelten Gesichtern, die sich nach einem horrenden Transport in geschlossenen Viehwaggons gegenseitig stützen mussten, um nicht zusammenzubrechen. blieb jemand stehen oder fiel hin, wurde er von brutalen Bewachern mit Peitschenhieben weitergetrieben. In der ersten Zeit konnten sowjetische Kriegsgefangene auch nicht in die Aussenkommandos des Stammlagers XVIII A, die über die ganze Steiermark, Kärnten und Teile des Burgenlands verstreut waren, zur Zwangsarbeit abkommandiert werden. Erst nach dem Abklingen der Epidemien im „Russensektor“ des Lagers wurde dies möglich.

### Ein „reines Russenlager“

Noch erschreckender müssen die Verhältnisse im Stalag XVIII B in Spittal/Drau gewesen sein. Es wurde vom November 1941 bis Sommer 1942 ausschließlich mit sowjetischen Kriegsgefangenen belegt und wegen Typhus und weiterer Erkrankungen nach außen abgeriegelt. Anfang Dezember 1941 wurden im einzigen „reinen Russenlager“ der „Ostmark“ 2.395 Rotarmisten festgehalten, in den folgenden Monaten stieg ihre Zahl steil an: Am 1. August 1942 wurden im Lager 11.961 Rotarmisten gezählt, danach ging die Zahl der Männer wieder zurück.<sup>10</sup> Anders als in Wolfsberg, wo es ein einziges Massengrab gibt, wurden bei Spittal zwei Massengräber ausgehoben. Im Oktober 1945 erschien in der Parteizeitung der KPÖ in Kärnten ein längerer Beitrag mit dem Titel „Das Massengrab der Russen in Spittal“, der sich unübersehbar auf Berichte von Augenzeugen stützte:

*Am Allerheiligentag des Jahres 1941 kam der erste Transport von russischen Kriegsgefangenen in Spittal/Drau an. Wachen zum Abtransport wurden aufgestellt. Die Waggontüren wurden geöffnet und widerlicher Gestank schlug den Soldaten entgegen [...] Menschenkot tropfte aus den Öffnungen der Waggontüren. Halbtote Menschen lagen zwischen Toten, bis zum Skelett*



*Kriegsgefangene sowjetische Soldaten mit „Judenstern“, August 1941, Aufnahme aus dem Bestand Propagandakompanien der Wehrmacht © Bundesarchiv 1011-267-0111-37A*

*abgemagerte Gestalten kauerten in den Winkeln der Waggons. Viele brachen beim Aussteigen vor Schwäche zusammen. Pferdewagen wurden bereitgestellt und Tote wie Halbtote wurden wie Holzklötze verladen. Soldaten schlugen auf die Menschen ein und endlich setzte sich der Trauerzug [...] mühsam in Bewegung. Die Kleidung dieser gequälten Menschen bestand meist aus Lumpen und Papiersäcken, in denen früher einmal Zement gewesen war. Von der Zivilbevölkerung blieben viele stehen und sahen zu, wie elend und traurig sich der Marsch ins Lager Stalag XVIII/A (!) vollzog. Viele von diesen Zuschauern konnten beim Anblick der Opfer ihren Hass und ihre Freude nicht deutlich genug zeigen und so mancher sah in diesen halbtoten Menschen nur ein Tier vom Osten, wie es ihnen der Nazifaschismus*

immer geschildert hatte. [...] Im Lager selbst herrschten die denkbar schlechtesten Zustände. Die Verpflegung bestand aus leerer Suppe. [...] Die Lagerwache, die aus faschistischen Ukrainern und Serben zusammengesetzt und mit Klopfpeitschen oder Knüppeln ausgerüstet war, schlug dauernd auf die Gefangenen ein. Aber auch Soldaten österreichischer Abstammung fanden ihre Lust darin, tagsüber im Wald Knüppel zu holen [...]. Täglich hörte man Schreie verprügelter Menschen. [...] Als einerseits die Zahl der Gefangenen, andererseits der Hunger [...] immer größer wurde, brachen Epidemien, vor allem Typhus aus. Nun starben sie wie die Fliegen. Jeden Tag fuhr ein Mistwagen mit Toten beladen, in das sogenannte „Aicherwaldle“. Ihre Kameraden, oft selbst schon im Sterben, mußten ihnen Gruben schaufeln, sie hineinwerfen und mit Kalk überschütten.<sup>11</sup> Ein Erlass des Reichsministerium für Inneres, wie mit dem Leichnam eines verstorbenen Rotarmisten zu verfahren sei,

bestimmte u. a.: Für die Überführung und Bestattung ist ein Sarg nicht zu fordern. Die Leiche ist mit starkem Papier (möglichst Öl-, Teer- oder Asphaltpapier) oder sonst geeignetem Material möglichst vollständig einzuwickeln. Die Überführung und Bestattung ist unauffällig durchzuführen. [...] Auf Friedhöfen ist als Begräbnisort ein entlegener Teil zu wählen. Feierlichkeiten und Ausschmückungen der Gräber haben zu unterbleiben. [...] Die Kosten sind so niedrig wie möglich zu halten.<sup>12</sup> Die bedrückendsten Aspekte des Lagerlebens und des Sterbens im Stalag XVIII B dürften in der KPÖ-Zeitung alles in allem realistisch beschrieben worden sein. Beim Dorf Aich liegen im kleineren Gräberfeld (Aich I) nach älteren Unterlagen des „Schwarzen Kreuzes“ 2.400 Rotarmisten, im größeren Feld (Aich II) 3.600. Wie in Wolfsberg ist auch in Spittal/Drau die Zahl der Opfer noch unsicher, die höchsten und niedrigsten Zahlenangaben und Schätzungen gehen weit auseinander.

# STABILITÄT & SICHERHEIT



goed.at



MITEINANDER MEHR  
GERECHTIGKEIT

## Fazit

Den allermeisten Menschen in Kärnten sind die größten Massengräber der Region – die zu den größten in Österreich gehören – vollkommen unbekannt. In Wolfsberg wurden ab 2013 zumindest ein paar Schritte gesetzt, um die Situation zu ändern, wobei die anfängliche Initiative von einem Nachfahren eines britischen Kriegsgefangenen ausging, der in Wolfsberg interniert gewesen war.<sup>13</sup> Anders die Situation in Spittal/Drau: Das größte Massengrab in der Region Kärnten (Aich II) liegt in der Nähe der Kläranlage der Stadt, ist auf drei Seiten von Wald umgeben und auf der vierten Seite von einer landwirtschaftlichen Nutzfläche begrenzt. Es führt nicht einmal ein Weg dorthin. Man muss sich durch das Unterholz schlagen, um das Grab zu besuchen, oder die Wiese eines Bauern durchqueren – der das wahrscheinlich nicht besonders schätzt.

## Anmerkungen

1 Christian Streit, *Das Schicksal der verwundeten sowjetischen Gefangenen*. In: Hannes Heer, Klaus Neumann (Hg.), *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1945*. Hamburg 1995, S. 78–91, hier S. 78. Die Zahlen sind unter Fachhistorikern noch

in Diskussion. Dieter Pohl bezifferte die Zahl der in deutscher Kriegsgefangenschaft umgekommenen Rotarmisten zuletzt auf 2,5 bis 3 Millionen. Dieter Pohl, *Nationalsozialistische Verbrechen 1939–1945*. Stuttgart 2022, S. 160.

2 Hubert Speckner, *In der Gewalt des Feindes. Kriegsgefangenenlager in der „Ostmark“ 1939 bis 1945*. Wien–München 2003, S. 207f.

3 Streit (wie Anm. 1), S. 78.

4 Ebda, S. 85.

5 Christian Streit, *Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen*, Text vor Anm. 8: [https://web.archive.org/web/20100728210602/http://www.kontakte-kontakty.de/deutsch/ns-opfer/kriegsgefangene/keine\\_kameraden.php](https://web.archive.org/web/20100728210602/http://www.kontakte-kontakty.de/deutsch/ns-opfer/kriegsgefangene/keine_kameraden.php) [7. 3. 2024].

6 Reinhard Otto, Rolf Keller, Jens Nagel, *Sowjetische Kriegsgefangene in deutschem Gewahrsam 1941–1945*. In: *Vierteljahrhefte für Zeitgeschichte* 56/4/2008, S. 557–606, hier S 681: [ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008\\_4.pdf](http://ifz-muenchen.de/heftarchiv/2008_4.pdf) [24. 2. 2024].

7 Speckner (wie Anm. 2), S. 51. Im Oktober 1942 und 1944 wurde das Lager Spittal/Drau abermals neu organisiert und umbenannt.

8 Peter Sixl (Hg.), *Sowjetische Tote des Zweiten Weltkrieges in Österreich. Ein Gedenkbuch unter Mitarbeit von Veronika Bacher und Grigorij Sidko*. Wien–Graz 2010, S. 9.

9 Christian Klösch, *Lagerstadt Wolfsberg. Flüchtlinge–Gefangene–Internierte. Dokumentation zur Ausstellung. Wolfsberg 2013*, S. 46.

10 Speckner (wie Anm. 2), S. 297.

11 *Volkswille – Organ der kommunistischen Partei Österreichs, Land Kärnten/Klagenfurt* 17. 11. 1945, 1. Jg., Nr. 4, S. 8.

12 Heinz Riedel, *Sowjetische Kriegsgefangene in Wien 1941 bis 1945*. In: *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (Hg.), *Jahrbuch 2001*. Wien 2001, S. 124–146, hier S. 129.

13 Siehe [www.stalag18a.org](http://www.stalag18a.org) [7. 3. 2024].



Massengrab Aich II  
bei Spittal an der Drau  
© Werner Überbacher

MEHR KULTUR.  
MEHR MÖGLICH.



**OÖ. KULTURSOMMER**  
Festivals landesweit genießen

**KUNST UND KULTUR ENTDECKEN**

Landestheater Linz  
OÖ. Landes-Kultur GmbH  
OÖ. Landesmusikschulwerk  
Bruckner Orchester Linz  
Anton Bruckner Privatuniversität OÖ  
StifterHaus

OÖ. Landesbibliothek

OÖ. Landesarchiv

Kunstsammlung des Landes OÖ



[www.facebook.com/ooe.gv.at](http://www.facebook.com/ooe.gv.at)



[www.instagram.com/landoberoesterreich](http://www.instagram.com/landoberoesterreich)

Facebook: @www.pphlipp.com  
E-Mail: Anzeiger

[www.land-oberoesterreich.gv.at](http://www.land-oberoesterreich.gv.at)

Kultur



# Verspätetes Gedenken

Harald Walser

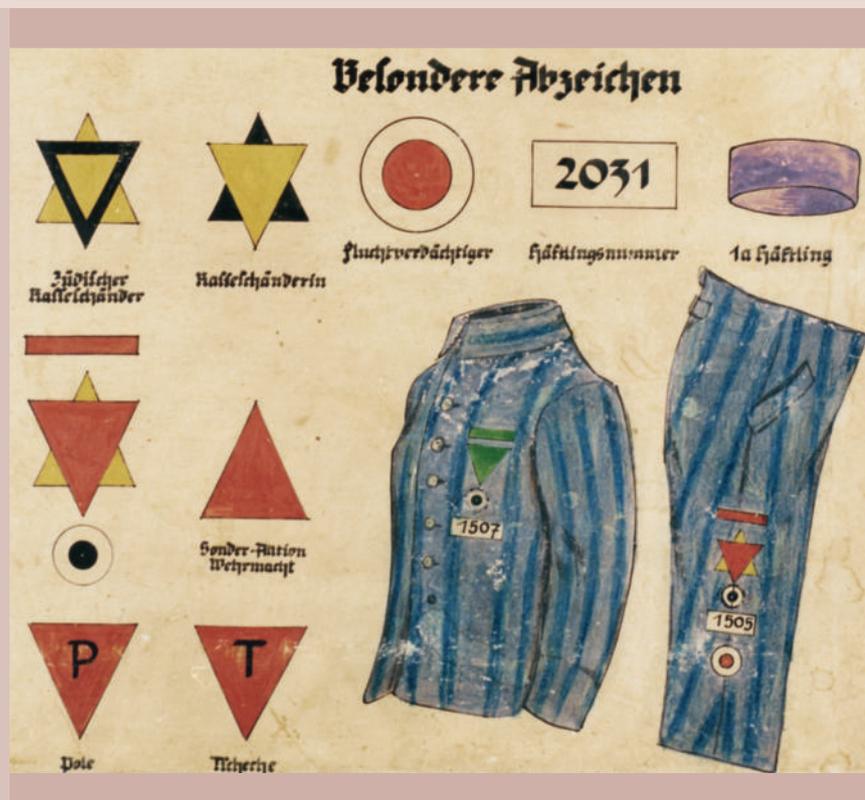


Lange Zeit wurde die Geschichte der Zeugen Jehovas (ZJ) in der Zeit der Diktaturen von der Öffentlichkeit und der Geschichtsforschung kaum beachtet. Das gilt für das Wirken der – bis heute auch als Bibelforscher bzw. –forscherinnen bezeichneten – Religionsgemeinschaft im katholisch geprägten Österreich vor und während des Austrofaschismus ebenso wie für die existenzielle Bedrohung der Gemeinschaft und ihrer Mitglieder in der NS-Zeit. Im kollektiven Gedächtnis fanden sie ebenso wenig Platz wie lange Zeit auch Roma und Romnija, Homosexuelle oder Deserteure. Das ist nicht

verwunderlich, denn sogar der Holocaust – das größte Menschheitsverbrechen – fand sowohl in Deutschland als auch in Österreich erst mit der Zeit Eingang in die Gedenkkultur der Nachkriegsgesellschaft.

Vor einem Vierteljahrhundert hat sich der Verfasser erstmals mit der Geschichte dieser Glaubensgemeinschaft in Vorarlberg während der NS-Zeit auseinandergesetzt.<sup>1</sup> Damals gab es kaum Literatur zum Thema. Inzwischen erschienen sowohl für Deutschland als auch für Österreich und die Schweiz mehrere fundierte Publikationen.<sup>2</sup> In Bezug auf die Zeugen Jehovas hat die

# Die Zeugen Jehovas und die österreichische Erinnerungskultur



*Die Bibelforscher mit dem „lila Winkel“ konnten sich als einzige gleichsam selbst aus dem Konzentrationslager entlassen, wenn sie eine „Willenserklärung“ unterschrieben und ihrem Glauben abschworen, was nur in Ausnahmefällen geschah. © Bundesarchiv 146-1993-051-07*

Forschung inzwischen einige Ergebnisse außer Streit gestellt. Dazu gehört etwa die Tatsache, dass ihre Religionsgemeinschaft die einzige war, die durch die Nationalsozialisten verboten und verfolgt wurde.<sup>3</sup> Deshalb waren die Zeugen auch die einzigen, die in den national-

sozialistischen Konzentrationslagern mit dem lila Winkel ein eigenes Abzeichen bekamen. Am Bemerkenswertesten aber ist wohl das Faktum, dass sich nur die Zeugen gleichsam selbst aus den Konzentrationslagern entlassen konnten, wenn sie in einer „Willenserklärung“ ihrem Glauben abschworen. Dies geschah aber nur in Ausnahmefällen.

Im gesamten Gebiet des damaligen Deutschen Reichs wurden in der NS-Zeit etwa 10.000 der insgesamt etwa 25.000 Bibelforscherinnen und Bibelforscher inhaftiert, 2.000 kamen in ein Konzentrationslager, etwa 1.200



Zweiter von Links stehend: Ludwig Cyranek (1907-1941), „Kopf“ der illegal tätigen Bibelforscher, mehrmals verhaftet, schließlich zum Tode verurteilt; Hinrichtung am 3. 7. 1941 © Harald Walser

starben oder wurden hingerichtet – 250 davon wegen Kriegsdienstverweigerung. In den Frauen-Konzentrationslagern Moringen, Lichtenburg und Ravensbrück waren die Zeuginnen Jehovas in den Vorkriegsjahren 1935 bis 1939 eine der größten Häftlingsgruppen.<sup>4</sup> Es hätte nach 1945 also einige handfeste Gründe gegeben, die konsequente Haltung der meisten Mitglieder zu würdigen. Das ist jedoch nicht geschehen.

## Repression von Anfang an

Schon seit den 1920er-Jahren wurde der österreichische Zweig der Watch Tower Society von staatlichen Stellen massiv behindert. In der Zeit des Austrofaschismus zwischen 1933 und 1938 wurden die Maßnahmen zur Einschränkung intensiviert. Dabei erstaunt, mit welcher Vehemenz die lange Zeit nur sehr kleine Gruppe sowohl

von Seiten der katholischen Kirche als auch von den Behörden vor allem bei ihrer Missionstätigkeit bekämpft wurde – bis in die kleinsten Gemeinden hinein. Der Kirche nahestehende regionale und überregionale Medien warnten ab den Zwanzigerjahren des vorigen Jahrhunderts immer wieder und teilweise mit Unterstellungen vor deren Tätigkeit und verhalfen der Gemeinschaft damit zu einer Publizität, die in keinem Verhältnis zu ihrer Bedeutung stand. Dies war etwa in Westösterreich so, wo es nur ein paar Dutzend Mitglieder der Gemeinschaft gab, die kaum Missionstätigkeit entfalten und schon gar nicht die dominierende Stellung der katholischen Kirche gefährden konnten.

So war etwa im Tiroler Anzeiger vom 9. März 1923 zu lesen, dass die Bibelforscher *wenig gediegene Bibelkenntnisse* hätten und man sich daher erst gar nicht mit ihren Aussagen beschäftigen sollte.<sup>5</sup> Und das Vorarlberger Volksblatt – die damals größte Tageszeitung des Landes – warnte: *Adventisten und ernste Bibelforscher treiben ihr Unwesen, verkaufen und verschenken fromme Bücher. Weist ihnen die Türe!*<sup>6</sup> Die von einem katholischen Geistlichen geführte und von der damals

im Land mit absoluter Mehrheit regierenden Christlich-sozialen Partei herausgegebene Zeitung warnte die Bevölkerung auch in den folgenden Jahren immer wieder: *Dornbirn, 17. Februar. (Warnung vor Bibelforschern.) Immer wieder suchen die Bibelforscher ihren Unsinn unter das Volk zu bringen.* Abschließend heißt es in diesem längeren Artikel: *Katholisches Volk, laß dich nicht um das Wertvollste in schlimmer Zeit berauben: um den katholischen Glauben!*<sup>7</sup>

Es ist erstaunlich, dass die mächtige katholische Kirche damals offensichtlich die Missionstätigkeit dieser kleinen und auch nach mehreren Jahren kaum gewachsenen Gruppe fürchtete. Nicht selten waren es Geistliche, die mittels Anzeigen die Staatsgewalt gegen missionierende Bibelforscher in Stellung gebracht haben. Das bekam beispielsweise der Dornbirner Johann Brotzge [1899–1992]<sup>8</sup> zu spüren, der schon während des Ersten Weltkriegs mit den Ideen der Religionsgemeinschaft Bekanntschaft machte, 1923 aus der katholischen Kirche austrat und sich den Zeugen anschloss. Die Behörden vermuteten, dass es etwa ab Mitte der

Zwanzigerjahre auch eine feste *Organisation der Bibelforscher in Dornbirn* mit regelmäßigen Treffen und Bibelstunden gegeben hat: *Brotzge war „Ältester“, das Versammlungslokal war die Küche der Frau Wegeler, es erschienen von auswärts Vorbeter.*<sup>9</sup>

Großen Anklang fand die Gruppe allerdings nicht. Die Behörden gingen davon aus, dass es bis Anfang der 1930er-Jahre in ganz Vorarlberg nur etwa 20 Bibelforscher gab – sie waren somit wie im übrigen Österreich nur eine winzige Randgruppe. Dennoch intervenierten Geistliche und Behörden vor allem ab dem Verbot der Gesellschaft am 7. Februar 1936 vehement, wenn sie Hinweise auf umherziehende Bibelforscher erhielten. Erst ab diesem Zeitpunkt hatte die schon zuvor feststellbare Behinderung und Verfolgung der Missionstätigkeit eine rechtliche Basis.

*Im KZ Neuengamme rutschten missionierte Häftlinge in den Entwässerungskanälen wie zufällig ins Wasser und wurden schnell getauft. © United States Holocaust Memorial Museum, courtesy of KZ-Gedenkstätte Neuengamme*



Der aus Deutschland stammende und in der NS-Zeit wegen seiner Tätigkeit bei der inzwischen verbotenen Glaubensgemeinschaft zum Tode verurteilte Ludwig Cyranek (1907–1941)<sup>10</sup> wurde beispielsweise gemeinsam mit Johann Brotzge im Austrofaschismus vom Pfarrer von Mellau angezeigt, weil sie im Bregenzerwald Schriften verkaufen wollten. Beide wurden daraufhin festgenommen und drei Tage lang inhaftiert. Brotzge wurde bis 1938 und 1940 dann von der Gestapo mehrfach eingesperrt.<sup>11</sup>

Ein interner SD-Bericht aus dem Jahre 1939 schilderte die Zeit nach dem „Anschluss“. Er stellte eine enge Kooperation zwischen der damaligen Systemregierung [und der] römisch-katholische[n] Kirche gegen die

IBV [Internationale Bibelforschervereinigung] fest.<sup>12</sup> Doch war diese „Kooperation“ weder auf die Zeit des Austrofaschismus noch auf die katholische Kirche beschränkt. Bekannt war, dass weder die evangelischen Kirchen noch die katholische Kirche die Verfolgung der „Bibelforscher“ durch die Nationalsozialisten verurteilten – abgesehen von wenigen Einzelaktionen. Weniger bekannt war lange Zeit, dass es sogar zur Zusammenarbeit der Kirchen und zur Unterstützung von staatlichen Repressionsmaßnahmen, aus denen das Verbot der „Bibelforschervereinigung“ resultierte, kam.

Der Münchner Kardinal Michael Faulhaber protestierte zwar ein knappes halbes Jahr nach der NS-Machtergreifung gegen die erschwerten Bedingungen für seine Kirche, bedankte sich aber gleichzeitig dafür, dass sich im öffentlichen Leben unter der neuen Regierung manches gebessert hat: Die Gottlosenbewegung ist eingedämmt, die Freidenker können nicht mehr offen

Die Gefängnis-Karteikarte von Giralta Böhler: Sie überlebte das KZ Ravensbrück, wo sie von 1939 bis Kriegsende inhaftiert war. © Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes

*Giralta*

Name: Böhler Geburtsdatum: 10.10.1882

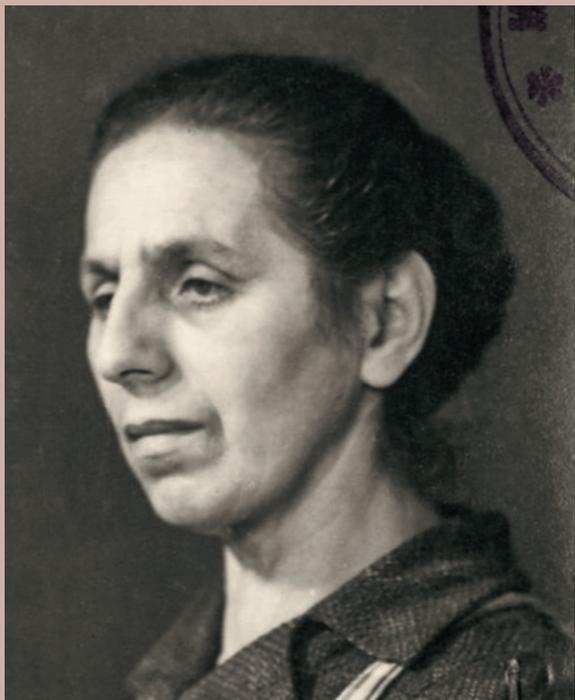
Beruf: Prinzipalbesetzungsk. Gastin Geburtsort: Wolfurt

Wohnung: W. Garastrasse 10 Geburtsort: Bregenz

Land: Vorarlberg

Bez.: Tirol

Aufnahme				Haftgrund	Abt.	Eingebracht durch	Endverfügung			Schub
Nr.	Jahr	Tag	Stde.				Tag	Stunde	wohin	
3443	22.2.	1939	20.15	Bibelforscher	B.	Gestapo Wld 30	7.30	Ravensbrück		



Die NS-Bürokratie hatte die Bibelforscherin Frieda Nagelberg (1889–1942) übersehen, der Bürgermeister aber wollte eine „judenreine“ Gemeinde und verlangte die Deportation der „Rassejüdin“. © Harald Walser

1937 gab es in Österreich offiziell nur 549 Zeugen, 445 davon wurden in der NS-Zeit eingesperrt, mindestens 145 zum Tode verurteilt und hingerichtet oder in einem Konzentrationslager zu Tode gebracht.<sup>15</sup>

Anlässe für diese massive Verfolgung waren für Mitglieder der Zeugen oft essentielle Glaubenspostulate. So verweigerten sie beispielsweise den „Hitler-Gruß“, da nach ihrem Bibel-Verständnis alles Heil nur von Gott kommen könne. Auch an Wahlen oder öffentlichen Bekundungsakten zum „Führerstaat“ nahmen sie nicht teil oder verweigerten den Eintritt in NS-Zwangskörperschaften wie etwa die „Deutsche Arbeitsfront“ oder die „Hitlerjugend“. In vielen Fällen wurde den Mitgliedern

gegen Christentum und Kirche toben, die Bibelforscher können nicht mehr ihre amerikanisch kommunistische Tätigkeit entfalten.<sup>13</sup>

Doch damit nicht genug. Beide Kirchen unterstützten sogar die Verfolgungsmaßnahmen und arbeiteten in diesem Zusammenhang mit der Gestapo zusammen. Dokumentiert ist ein Treffen von Vertretern der Kirchen mit der Gestapo und den zuständigen Ministerien am 9. Juni 1933. Dabei verlangte der katholische Domkapitular Ferdinand Piontek *strenge staatliche Maßnahmen* gegen die Religionsgemeinschaft, der evangelische Oberkonsistorialrat D. Fischer forderte ein Verbot der Zeugen Jehovas, weil sie eine Gefahr für das *deutsche Volkstum* seien. Zwei Wochen später wurde die Glaubensgemeinschaft in Preußen tatsächlich verboten.<sup>14</sup>

## Verfolgung nach dem „Anschluss“

Mit dem „Anschluss“ an das Deutsche Reich im März 1938 wurde die Unterdrückung der Zeugen Jehovas auf dem Gebiet des heutigen Österreich brutaler, gleichzeitig aber organisierte sich der Widerstand konsequenter.

**Sorg für morgen.**

Unsere Zukunftsvorsorge.  
Auf [wienersaetdtische.at](http://wienersaetdtische.at), telefonisch und natürlich auch persönlich.  
#einesorgeweniger  
Ihre Sorgen möchten wir haben.

**WIENER STÄDTISCHE**  
VIENNA INSURANCE GROUP



*Lagerkommandanten gehen – der Eingang seines Hauses war durch zwei Bluthunde bewacht; normalerweise konnte kein Mensch hindurch kommen. Die SS-Männer sahen von der Nähe zu, wie es der Bibelforscherin nun ergehen würde, [doch] sie wurden enttäuscht. Schwester Böhler kam ohne Schwierigkeiten vor den Lagerkommandanten. Der ihr anhaftende Geruch anderer Hunde hatte sie offenbar geschützt. Giralanta Böhler überlebte das KZ und wurde 1945 in Ravensbrück befreit.<sup>20</sup>*

Es gab auch immer wieder Solidarität zwischen sehr unterschiedlichen Häftlingsgruppen. So berichtet die Hamburger Kommunistin Charlotte Groß, dass sich die Zeuginnen im KZ Lichtenburg weigerten, eine „Führerrede“ anzuhören. Die Kommunistinnen wollten sie davon abhalten, weil das ja nichts bringe. In der Folge wurden die Zeuginnen von den Wachmannschaften dazu gezwungen und misshandelt, so wurden sie mit kaltem Wasser abgespritzt und geprügelt. Ihnen wurden Arztbesuche verweigert, Essensrationen für zwei bis drei Tage einbehalten und die Frauen mit einem Post- und Schreibverbot belegt. Kommunistische Mithäftlinge versorgten sie – obwohl sie die „Demonstration“ für unnötig hielten – daraufhin mit Nahrung.<sup>21</sup>

Am 15. September 1939 wurde der 39-jährige August Dickmann auf dem Appellplatz des KZ Sachsenhausen wegen Wehrdienstverweigerung vor den Augen der angetretenen Mithäftlinge erschossen. Die SS, die ein Exempel statuieren wollte, erreichte damit aber das Gegenteil – zwei Zeugen, die bereits eine „Erklärung“ unterschrieben hatten, sich von ihrem Glauben abzuwenden, zogen die Unterschrift wieder zurück.<sup>22</sup> Über den schrecklichen Tod mehrerer Zeugen nach dem Besuch einer Musterungskommission im Februar 1940 im KZ Mauthausen berichtet der Häftling Erwin Gostner: Die Kriegsdienstverweigerer mussten so lange schwere Granitsteine auf ihren Schultern tragen, bis sie tot zusammenbrachen.<sup>23</sup>

Das Schicksal von Frieda Nagelberg (1889–1942) aus Hohenems zeigt, dass der nationalsozialistische Vernichtungswahn gegenüber den Juden im Einzelfall auch Mitglieder anderer Religionsgemeinschaften treffen konnte. Die aus Galizien stammende Frau war am

3. April 1930 vom damaligen Prediger der Siebententags-Adventisten in Vorarlberg, Pastor Mühlbacher, getauft worden. 1940 gab sie der Gestapo zu Protokoll, dass sie seit längerer Zeit in dieser Glaubensgemeinschaft nicht mehr aktiv mitgewirkt habe. Augenzeugen berichten, dass sie sich im Laufe der 1930er-Jahre den Zeugen Jehovas zugewandt habe.<sup>24</sup> Als im Frühsommer 1940, wie überall in Deutschland, die Vorbereitungen zur zentralen Erfassung und „Zwangsumsiedlung“ der Jüdinnen und Juden in Angriff genommen wurden, protestierte Josef Wolfgang, Bürgermeister und NSDAP-Ortsgruppenleiter von Hohenems, gegen die Zurückbehaltung von Frieda Nagelberg an ihrem Wohnort. Der Vorstand der Israelitischen Kultusgemeinde Innsbruck, Theodor Elkan, der von den NS-Behörden mit der organisatorisch-technischen Abwicklung der „Umsiedlung“ beauftragt worden war, hatte die als „Rassejüdin“ eingestufte Frau in die Aktion nicht einbezogen, was der

ZUKUNFT  
GESTALTEN

EUROPAWAHL   
9. JUNI 2024

i vote

Wer bestimmt, wohin sich Europa in Zukunft bewegt? Du!  
Nutze deine Stimme und wähle, denn wir entscheiden gemeinsam in welchem Europa wir morgen leben möchten.

 INDUSTRIELLEN VEREINIGUNG  
www.iv.at

Bürgermeister nicht akzeptieren wollte: *Nachdem durch diese Umsiedlungsaktion nun alle anderen Juden aus Vorarlberg entfernt worden seien, halte ich es für angezeigt, dass auch Frieda Nagelberg aus dem Lande entfernt wird, trotzdem sie im Versorgungsheim regelmäßig als Wäscherin schon seit Jahren verwendet wird und ihr Verhalten zu keinerlei Klagen Anstoß gibt. Ich bitte Sie zu veranlassen, dass auch Frieda Nagelberg den Auftrag zur Umsiedlung nach Wien erhält.*<sup>25</sup>

Unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit wurde sie schließlich als so genannte „letzte Jüdin“ am 25. Februar 1942 nach Wien und am 9. April 1942 nach Izbica – einem sogenannten Durchgangsghetto weit des Vernichtungslagers Majdanek/Lublin – deportiert, von wo sie nicht mehr zurückkehrte.

Gegen Kriegsende verbesserte sich die Lage der Zeugen Jehovas, sie wurden zu begehrten Arbeitskräften, weil sie aus Glaubensgründen eine Flucht ablehnten. Somit konnten sie auch außerhalb der Lager an schwer zu überwachenden Arbeitsstellen eingesetzt werden.<sup>26</sup> Illegale Aktivitäten tauchen in den Quellen aber kaum mehr auf, zu viele Mitglieder waren von den Nationalsozialisten inhaftiert oder gar ermordet, etwaige Organisationsformen größtenteils zerschlagen worden.

## Fazit

Wie eingangs festgestellt, sind die Zeugen Jehovas in Sachen Gedenkkultur lange Zeit kaum in Erscheinung getreten. Dabei dürfte die Gegnerschaft zur katholischen Kirche die wesentlichste Rolle gespielt haben. Die Gemeinschaft wurde, wie oben ausgeführt, bereits in der Ersten Republik verfolgt und im Austrofaschismus sogar verboten. Und jetzt sollte man ihre Gegnerschaft zum Nationalsozialismus und ihre konsequente Haltung würdigen? Auch das historische Interesse an ihnen und an der Aufarbeitung ihrer Geschichte war gering und ist erst gegen Ende des vorigen Jahrhunderts erwacht.

Seit dem 7. Mai 2009 sind die Zeugen Jehovas in Österreich eine anerkannte Religionsgemeinschaft. Es ist kein Ruhmesblatt für die Republik, aber typisch für den Umgang mit der Gemeinschaft, dass diese Anerken-

nung nach einem über 30-jährigen Bemühen und einer Säumnisbeschwerde erst infolge eines Erkenntnisses des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte erfolgte.

Es bleibt noch einiges zu tun, um die „vergessenen Opfer“ der NS-Zeit – so der Titel eines Aufsatzes von Detlev Garbe über die Zeugen Jehovas – dem Vergessen zu entreißen. Das ist auch eine Aufgabe der Gemeinschaft selbst, ebenso aber eine der Forschung. Garbe stellte noch 1999 fest, dass der Anteil des Widerstands gegen das NS-Regime nur bei *größeren gesellschaftlichen Institutionen* erfolgt sei, nicht aber bei Randgruppen: *Es scheint kein ausreichendes öffentliches Interesse für ihr Verfolgungsschicksal zu geben, während im Gegensatz dazu die Nachfrage von größeren gesellschaftlichen Institutionen wie Parteien, Gewerkschaften und Kirchen nach ihrem Anteil am Widerstand Aufarbeitungen und Forschungen in großer Zahl initiierte.*<sup>27</sup>

## Anmerkungen

- 1 Siehe Harald Walser, *Die Zeugen Jehovas*. In: Johann-August-Malin-Gesellschaft (Hg.), *Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg*. Bregenz 1985, S. 127f.; Ders., Esther Martinet, *Die Zeugen Jehovas in Vorarlberg 1933–1945*. In: Gerhard Wanner (Hg.), *Vorarlberg und Europa (Schriftenreihe der Rheticus-Gesellschaft 80)*. Feldkirch 2019, S. 215–235.
- 2 Siehe zuletzt Esther Martinet, *Jehovas Zeugen in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein*. In: Gerhard Besier, Katarzyna Stoklosa (Hg.), *Jehovas Zeugen in Europa – Geschichte und Gegenwart*. Band 3. Berlin 2018, S. 571–702; siehe auch die im Internet abrufbaren Lebensberichte von Zeugen Jehovas: [wol.jw.org/de/wol/d/r10/lp-x/1200273453](http://wol.jw.org/de/wol/d/r10/lp-x/1200273453) [9. 3. 2024].
- 3 „Die Nationalsozialisten definierten Juden durch Rasse, nicht die Religion. Sie stellten die Behauptung auf, dass Juden eine eigene Rasse darstellen würden und gegenüber allen anderen Rassen minderwertig seien. Laut Definition der Nazis galten auch jene als Juden, die das Judentum nicht praktizierten.“ Siehe United States Holocaust Memorial Museum, *Holocaust Enzyklopädie: encyclopedia.ushmm.org/content/de/article/nazi-racism* [29. 3. 2024].
- 4 Hans Hesse, Einleitung. In: Ders. (Hg.), „Am mutigsten waren immer wieder die Zeugen Jehovas“. *Verfolgung und Widerstand der Zeugen Jehovas im Nationalsozialismus*. Bremen 1998, S. 9–13, hier S. 9.
- 5 *Tiroler Anzeiger* vom 9. 3. 1923.
- 6 *Vorarlberger Volksblatt* vom 4. 11. 1930.

- 7 Vorarlberger Volksblatt vom 20. 2. 1932.
- 8 Siehe Wachturm-Online-Bibliothek wol.jw.org, Johann Brotzge.
- 9 Vorarlberger Landesarchiv, Amt der Vorarlberger Landesregierung IVa-168/407, Opferfürsorgeakt Josef Berndorfer, Urteil des Sondergerichts am LG Feldkirch vom 4. 10. 1940.
- 10 Siehe Wachturm-Online-Bibliothek wol.jw.org, Ludwig Cyranek.
- 11 Walser, Die Zeugen Jehovas (wie Anm. 1), S. 127f.
- 12 Detlef Garbe, Widerstand aus dem Glauben. Die Verfolgung der Zeugen Jehovas in Deutschland und Österreich unter nationalsozialistischer Herrschaft. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Zeugen Jehovas. Vergessene Opfer des Nationalsozialismus? Wien 1998, S. 11–19, hier S. 12.
- 13 Akten Deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, Teil I. Mainz 1968, S. 259, Anm. 17. Zitiert nach Detlef Garbe, Widerstehen aus religiösen Gemeinschaften. In: Johannes Tüchel, Peter Steinbach (Hg.), Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Bonn 2004, S. 148–166, hier S. 149.
- 14 Garbe, Widerstand (wie Anm. 12), S. 12.
- 15 Siehe dazu Franz Aigner, Überblick über die Verfolgung der Zeugen Jehovas in Österreich 1938–45. In: DÖW (Hg.), Zeugen Jehovas (wie Anm. 12), S. 37–44.
- 16 Garbe, Widerstand (wie Anm. 12), S. 13.
- 17 Zitiert nach Jürgen Harder und Hans Hesse, Die Zeuginnen Jehovas im Frauen-KZ Moringen: ein Beitrag zum Widerstand von Frauen im Nationalsozialismus. In: Hesse, Am mutigsten (siehe Anm. 3), S. 35–62, hier S. 35.
- 18 Ebda.
- 19 Detlef Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium (Studien zur Zeitgeschichte 42, hg. vom Institut für Zeitgeschichte). München 1999, S. 488f.
- 20 Eine Kurzbiografie von Girlanta Böhler findet sich auf der Webseite des Vereins „Lila Winkel“; <https://www.lilawinkel.at/geschichtsarchiv/boehler-hirlanta-girlanta> [14. 3. 2024].
- 21 Siehe Hanna Elling, Frauen im deutschen Widerstand 1933–1945. Frankfurt/Main 1986, S. 104.
- 22 Siehe Garbe, Widerstand (wie Anm. 11), S. 420–425.
- 23 Zitiert nach Aigner, Überblick (wie Anm. 15), S. 39.
- 24 Laut Aussagen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen (R. K.-K., Hohenems; Lorly Hegetsweiler-Mayer, Bern) sowie den Memoiren von Johann Brotzge hatte sie in den Jahren vor der Deportation Verbindungen zu den Zeugen Jehovas in Dornbirn; Interviews von Esther Martinet, publiziert in Walser, Martinet, Die Zeugen Jehovas (wie Anm. 1), S. 232f.
- 25 Ebda.
- 26 Siehe Garbe, Widerstand (wie Anm. 12), S. 17.
- 27 Garbe, Zwischen Widerstand (wie Anm. 19), S. 9.

*kreativ.  
mutig.  
anders.*



**NEW DESIGN  
UNIVERSITY**  
PRIVATUNIVERSITÄT DER WKNÖ

#### **BACHELOR STUDIENGÄNGE**

- Management by Design: vollwertiges BWL Studium mit gestalterischen Elementen (Design Thinking)
- Event Engineering: Event Management ergänzt mit technischer Ausbildung in Ton und Licht
- Design, Handwerk & materielle Kultur
- Grafik- & Informationsdesign
- Innenarchitektur & 3D Gestaltung

#### **MASTER STUDIENGÄNGE**

- Innenarchitektur & visuelle Kommunikation
- Management by Innovation

**MEHR INFOS UNTER [NDU.AT](https://www.ndu.at)**



Die New Design University ist die Privatuniversität der Wirtschaftskammer NÖ und ihres WIFI

# NS-Zwangsarbeit und kulturelle

Marius Weigl-Burnautzki



„Chef, heute nix gut, heute kommen Amerikaner.“<sup>1</sup> Diesen Satz soll der französische Kriegsgefangene Jean Valette zu seinem Arbeitgeber Xaver Andorfer, Bauer und Bürgermeister von Untergriesbach, am 30. April 1945 gesagt haben. Andorfer hatte dies später so in seinen Memoiren festgehalten.<sup>2</sup> Es ist gut vorstellbar, dass sich ähnliche Episoden wie in Untergriesbach, eine Marktgemeinde im südlichen bayerischen Wald, in zahlreichen Orten im nationalsozialistischen „Großdeutschen Reich“ abgespielt haben. Warum? Weil Fremd- und Zwangsarbeitskräfte allgegenwärtig waren, in jeder Gemeinde, von der Industrie bis in Klein- und Mittelbetriebe, auf Bauernhöfen, auch in den abgelegenen Gebieten. Diese Fakten über die NS-Zwangsarbeit hat die von Arte und den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ab 2022 produzierte und ab Mai 2023 ausgestrahlte dreiteilige Dokumentation „Unter Deutschen“,<sup>3</sup> welche Österreicher und Österreicherin-

nen explizit einschloss,<sup>4</sup> prägnant in der Einleitung auf den Punkt gebracht: *Sie sind jung, in der besten Zeit ihres Lebens. Sie verbringen diese Zeit als Zwangsarbeiter unter Deutschen. Mehr als 13 Millionen Menschen aus halb Europa werden zwischen 1938 und 1945 unfreiwillig ins Deutsche Reich geholt, ausgebeutet, jahrzehntelang vergessen. Zwangsarbeit im Dritten Reich – für die einen ein abgeschlossenes Kapitel, für andere das wahrscheinlich größte der vergessenen deutschen Kriegsverbrechen. Lange haben die Deutschen das, was sie den Zwangsarbeitern und ihren Familien angetan haben, ignoriert. Bis heute wird die Zwangsarbeit gerne verklärt. Sätze wie „unsere Olga hatte es doch gut bei uns“ hört man oft – unter Deutschen. Hatte sie?*<sup>5</sup>

Dem ist nicht viel hinzuzufügen, jedoch bedarf es beim Thema NS-Zwangsarbeit konkreter Antworten für bestimmte Orte, Regionen oder Betriebe, in diesem Fall für die Stadt St. Pölten.

# Gedächtnislücken im öffentlichen Raum



*Zu den Personen siehe die Abbildungen auf den Folgeseiten. Alle Abbildungen dieses Artikels © Stadtarchiv St. Pölten*

## NS-Zwangsarbeit in St. Pölten

Für das NS-Regime war der Arbeitskräfte- und Rohstoffmangel in der Rüstungsindustrie ein Hauptproblem.<sup>6</sup> Der Einsatz von Zwangsarbeitskräften war einer der Stützpfeiler der deutschen Wirtschaft im Zweiten Weltkrieg.<sup>7</sup> In den „Alpen- und Donaureichsgauen“ nahmen ausländische zivile Arbeitskräfte eine wesentliche Rolle in der Wirtschaft ein. Insgesamt wurden Ende September 1944 580.640 zivile Zwangsarbeitskräfte registriert, 162.690 waren es im „Gau Niederdonau“.<sup>8</sup> Dazu kamen 47.600 Kriegsgefangene, weitere 20.000 Zwangsarbeitskräfte waren KZ-Häftlinge.<sup>9</sup>

In der Stadt St. Pölten waren nachweislich von November 1942 bis Jänner 1945 711 bis 2.969 Zwangsarbeitskräfte und weitere 160 bis 750 Fremdarbeiter und -arbeiterinnen aus verbündeten Staaten im Arbeitseinsatz. Die meisten Zwangsarbeitskräfte waren Ostarbeiter

Ziilarbeiter(in) polnischen Volkstums II-20.70/9/257  
Rusweis-Il.

Name: (bei Frauen auch Geburtsname)  
[REDACTED]

Bornamer: Heizer

Geburtsdag und -ort: 7.1.1916 Warschau

Beruf:  
früheres: Heizer  
jetziger: Maschinenarbeiter

Familienstand: led. Jahr der Kinder:

Religion: r.k. Fingerabdrücke (Jederringer)

Heimatort: (Dörfer bzw. Bezirk, Kreis, Ort, Straße, Nr.)  
wie oben

Bejondere Kennzeichen: keine

linke rechte

Ziilarbeiter(in) polnischen Volkstums: Rusweis-Il. II/2-3130-01

Name: (bei Frauen auch Geburtsname)  
Gorska

Bornamer: Karoline

Geburtsdag und -ort: 23. August 1901  
in Letouzcach, Brzesko, Polen

Beruf:  
früheres: Hausgehilfin  
jetziger: Landarbeiterin

Familienstand: ledig Jahr der Kinder: 1

Religion: röm. kath. Fingerabdrücke (Jederringer)

Heimatort: (Dörfer bzw. Bezirk, Kreis, Ort, Straße, Nr.)  
Letouzcach, Brzesko, Polen

Bejondere Kennzeichen: keine

linke rechte

Aufenthalt des Ziilarbeiter in

von	bis	Name, Ort, Straße (Arbeitgeber)	Umschunft (falls nicht bei Arbeitgeber wohnhaft)	Bemerkungen
1.12.1944	19.3.45	Fu. Voith, St. Pölten, Passauerstrasse 40	erfüllt	12.3.45-19.3.45

Aufenthalt des Ziilarbeiter in  
Gorska Karoline

von	bis	Name, Ort, Straße (Arbeitgeber)	Umschunft (falls nicht bei Arbeitgeber wohnhaft)	Bemerkungen
11.11.39	3.2.42	Franz Hubauer, St. Pölten, Unter-Zwischenbrunn 7	am 15.2.42 ab. Letowice.	

Der Heizer (geb. 7. 1. 1916) aus Warschau/Polen, war ab 1. 12. 1944 der Firma Voith als Maschinenarbeiter zugeteilt. Er floh am 19. 3. 1945.

Karoline Gorska (geb. 23. 8. 1901), Hausgehilfin aus Letouzcach im Kreis Brzesko/Polen, war als Landarbeiterin war von 21. 11. 1939 bis Februar 1942 in Unter-Zwischenbrunn beschäftigt. Am 13. 2. 1942 hat sie sich nach Lentowice abgemeldet.

und Ostarbeiterinnen 509 (1942) bis 1.267 (1945), die überwiegend aus der Ukraine kamen.<sup>10</sup> In St. Pölten starben wegen der schlechten Lebensbedingungen mindestens 170 Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, sechs waren Jugendliche, 19 waren jünger als 14 Jahre, auch hier kamen die meisten aus Osteuropa. Als Herkunft wurde relativ undefiniert aus „Russland“ bzw. der Sowjetunion (86), der Ukraine (46) und Polen (32) angegeben.<sup>11</sup>

Der bekannteste Arbeitsort war die Glanzstofffabrik St. Pölten-Viehofen. In St. Pölten hatte auch das Arbeitsamt sein Büro, wo allein zwischen dem 4. April und dem 27. November 1941 1.086 Polen und Polinnen

im Kreis St. Pölten und darüber hinaus „verteilt“ wurden.<sup>12</sup> Gegen Ende des Krieges wurden etwa 40.000 ungarische Juden und Jüdinnen durch den Gau „Niederdonau“ getrieben und zur Zwangsarbeit eingesetzt, wenn sie noch „arbeitsfähig“ waren.<sup>13</sup> Auch nach St. Pölten wurden Juden und Jüdinnen verschleppt. Bis zu 180 waren bis zum 8. April 1945 im Zwangsarbeiterlager St. Pölten-Viehofen, elf von ihnen starben. Nach dem 8. April wurden sie auf einen Todesmarsch Richtung Mauthausen gezwungen, wenige überlebten.<sup>14</sup>

So viel zu den wissenschaftlich gesicherten Fakten, die sicherlich nicht vollständig sind und noch ergänzt werden müssen. Inwiefern dieses Wissen für

mahn-, gedenk- und erinnerungspolitische Entscheidungen verwendet werden wird und wie sich mögliche Umsetzungen gestalten können, liegt außerhalb der geschichtswissenschaftlichen Forschung – jedoch nicht außerhalb von deren ethischer und moralischer Verantwortung.

## Von der „Entschädigung“ zum Erinnern?

Die sogenannte Entschädigung von NS-Zwangsarbeit, das heißt die Auszahlung von Geldbeträgen für die erlittene Gewalt in der Zwangsarbeit, wurde erst nach dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag 1991<sup>15</sup> Thema. Durch eine Regel im Londoner Schuldenabkommen 1952 sollte die Frage der Entschädigung der ausländischen Zwangsarbeitskräfte bis zu einem Friedensvertrag mit einem gesamtdeutschen Staat aufgeschoben werden. Dies trat 1991 ein, allerdings wurde der Begriff „Friedensvertrag“ absichtlich vermieden. Forderungen, vor allem aus den USA, wurden nun von der Jewish Claims Conference an die deutsche Wirtschaft herangetragen.<sup>16</sup>

In Deutschland wurde im Jahr 2000 für die Frage der Entschädigung die „Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (EVZ) eingerichtet. Bis 31. Dezember 2002 konnten ehemalige Zwangsarbeitskräfte Anträge einreichen, 1,7 Millionen Personen, davon 1,66 Millionen ehemalige Zwangsarbeitskräfte, erhielten eine einmalige Leistung. Insgesamt wurde eine Stiftungssumme von 4,37 Mrd. Euro an die ehemaligen Zwangsarbeitskräfte ausbezahlt. Ehemalige Häftlinge aus dem Lager- und Ghettosystem sowie ins Deutsche Reich deportierte Zwangsarbeitskräfte bekamen eine Einmalzahlung bis zu 7.669 Euro, andere Zwangsarbeitskräfte, wie etwa in der Landwirtschaft, erhielten bis zu 2.556 Euro. Ehemalige Kriegsgefangene, z. B. aus der Sowjetunion, die in der Zwangsarbeit eingesetzt gewesen waren, galten laut EVZ nicht als Zwangsarbeitskräfte und wurden daher nicht entschädigt.<sup>17</sup>

In Österreich wurde ebenfalls im Jahr 2000 für die Frage der Entschädigung der „Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit“ (Versöhnungsfonds) eingerichtet, der sich den ehemaligen Zwangsarbeits-

The top document is a form for a civilian worker from Soviet Russia. It contains the following information:

- Name (bei Frauen auch Nachnamen): [Redacted]
- Vorname: Lidia
- Geburtsort und -zeit: 17.4.1934 in Charkiw
- Beruf: früherer Schülerin
- Familienstand: led. Zahl der Kinder: [Redacted]
- Religion: r.Orth.
- Heimatort (Distrikt bzw. Bezirk, Kreis, Ort, Straße, Nr.): W. O.
- Umfassender Name: [Redacted]
- Photograph: A black and white portrait of a young woman with a placard reading '151188'.
- Fingerabdrücke (links/rechts): Two sets of fingerprints.

The bottom document is a 'Aufenthaltsbescheinigung' (Certificate of residence) for Lidia, issued on 22.9.1944. It includes the following details:

- Name, Ort, Straße (Geburtsort): Lidia, Charkiw, Ukraine
- Unterhalt (falls nicht bei Arbeitgeber vorliegt): [Redacted]
- Bemerkungen: Nicht ausgeschrieben im Fahrdienstbuch und Auftrags. Frau Lidia. Jan wurde aber meine Pflichterfüllung. 14. Sep. 1944. Kopack Lidia

Die Schülerin (geb. 17. 4. 1934) aus Charkiw/Ukraine, wurde am 22. 9. 1944 der Firma Voith zugeteilt.

kräften widmete: Bis 31. Dezember 2005 konnten ehemalige Zwangsarbeitskräfte Anträge einreichen, 132.000 Menschen bekamen eine Einmalzahlung, insgesamt wurden 352,6 Millionen Euro ausbezahlt.<sup>18</sup> Die Einmalzahlungen in der Höhe von 20.000 Schilling (1.453,46 Euro) gingen an ehemalige Zwangsarbeitskräfte in der Land- und Forstwirtschaft, 35.000 Schilling (2.543,55 Euro) an ehemalige Zwangsarbeitskräfte in Industrie, Gewerbe, Bau- bzw. Elektrizitätswirtschaft, gewerblicher Wirtschaft, öffentlichen Einrichtungen, bei der Reichsbahn oder Reichspost, 105.000 Schilling (7.630,65 Euro) wurden ehemaligen Zwangsarbeitskräften, die in einem Lagersystem inhaftiert waren, ausgezahlt. Zusätzlich

Zwangsarbeiter(in) polnisches Volkstums: <i>Tschaliber</i>		Rusweis-Nr.	
Name: (bei Frauen auch Geburtsname) <i>Gudkowata</i>			
Vorname: <i>Anastasia</i>			
Geburtsort und -zeit: <i>3.11.1921, Tuchertisch, Stanislaw</i>			
Beruf: fähiger: <i>Landarbeiterin</i> inaktiv: <i>Landarbeiterin</i>			
Familienstand: <i>led.</i> Sohn des Arbeiters: <input type="checkbox"/>		Fingerabdrücke (Stiefelring)	
Religion: <i>r.kath.</i>		links	rechts
Heimatort: (Düchse bzw. Bezirk, Kreis, Ort, Straße, Nr.) <i>Martin 277, Sydnowa</i>			
Besondere Kennzeichen: <i>fehlt</i>			

Aufenthalt bei Zwangsarbeiter			
von	bis	Name, Ort, Straße (Richtiger)	Bemerkungen
8.6.42		<i>Seibinger Josef, St. Pölten Unt. Rattersdorf 5.</i>	<i>Am 16.5.43 ertrunken aufgefunden worden.</i>

Anastasia Gudkowata (geb. 3. 11. 1921), Landarbeiterin aus Tuchertisch im Kreis Stanislaw/Ukraine, war ab 8. 6. 1942 in Unter Rattersdorf/St. Pölten als Landarbeiterin eingesetzt. Sie wurde am 16. 5. 1943 ertrunken aufgefunden.

war eine Einmalzahlung für Zwangsabtreibungen in der Höhe von 5.000 Schilling [363,36 Euro] vorgesehen.<sup>19</sup>

Nachdem die Zahlungen 2002 in Deutschland und 2005 in Österreich eingestellt wurden und Anträge nicht mehr möglich waren, blieb die Stiftung EVZ bestehen, der Versöhnungsfonds Österreich wurde in den „Zukunftsfonds der Republik Österreich“ überführt. Die Aufgaben der EVZ und des Fonds sind sehr ähnlich: Förderung von Projekten zur Erforschung des Nationalsozialismus, gegen Rassismus und Antisemitismus sowie zur Förderung der Toleranz, der Menschenrechte und der Demokratie. Die finanzierten Projekte der EVZ und des

Zukunftsfonds sind für die Demokratieförderung und die Thematisierung des Nationalsozialismus relevant und zentral.

Warum aber wurden und werden diese Projekte aus den Restbudgets bezahlt, die für die Einmalzahlungen ehemaliger Zwangsarbeitskräfte vorgesehen waren?

## Erinnerungskultur und kulturelle Gedächtnislücken

Die Entschädigungszahlen von ehemaligen Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen stehen in einer Schiefelage zur Erinnerungspolitik und zu NS-Mahnmalen in Österreich. Sie ergibt sich aus der Gegenüberstellung von einmaligen Entschädigungszahlungen bei gleichzeitiger Finanzierung von Forschungsprojekten über NS-Zwangsarbeit. Ähnliches gilt bei Mahnmalen, deren Finanzierung und Adressierung. Es steht die Frage im Raum, ob nicht an der NS-Zwangsarbeit doppelt verdient wird. Einmal in der NS-Vergangenheit und noch einmal mit der „Aufarbeitung“. Aber es geht auch darum, an wen, wie und für wen erinnert werden soll.

Die erinnerungspolitischen Schiefelagen entstanden durch politische Entscheidungen der post-nazistischen Gesellschaft und deren Beziehungen zu den Opfergruppen in ihrem jeweiligen kulturellen Gedächtnis. Das ist nicht neu, die Beziehung hat sich nur gewandelt. Es scheint in den Hintergrund gerückt zu sein, dass sich politisch linke Gruppen in den späten 1990er und frühen 2000er Jahren mit ehemaligen Zwangsarbeitskräften solidarisierten und für die Entschädigung von und die Erinnerung an NS-Zwangsarbeit mitdemonstrierten.<sup>20</sup>

Doch scheint ein Erinnern an NS-Zwangsarbeitskräfte (politisch) uninteressant geworden zu sein. Für Zwangsarbeitslager als Teil des KZ-Systems oder der Kriegsgefangenenlager<sup>21</sup> sowie für manche Orte, an denen ab 1944 jüdische Zwangsarbeitskräfte aus Ungarn inhaftiert waren,<sup>22</sup> gibt es wenige Mahnmale. Für jene Menschen aber, die aus halb Europa zur Zwangsarbeit in Österreich verschleppt wurden, gibt es so gut wie keine Mahnmale – St. Pölten-Viehofen ist eine der wenigen Ausnahmen.

Ziellarbeiter(in) polnischen Volkstums: <b>Ukrainer</b>		Rusweis-Nr. <b>B 8764</b>	
Name: (bei Frauen auch Geburtsname)			
Bersame: <b>Filip</b>			
Geburtsort und -ort: <b>6.12.1921 in Sichiw</b>			
Beruf: früher: <b>Schmiechelfer</b> jetzt: <b>Eisendreher</b>			
Familienstand: <b>ledig</b> Zahl der Kinder: <b>-</b>		Religions: <b>r.k.</b> Heimatort: (Düchzt beyw. Bezirk, Kreis, Ort, Straße, Nr.) <b>Sichiw 271, Stryj, Galizien</b>	
Fingerabdrücke (Zeigefinger): links  rechts 			
Besondere Anmerkungen:		Besondere Anmerkungen: <b>keine</b>	

Ziellarbeiter(in) polnischen Volkstums:		Rusweis-Nr.	
Name: (bei Frauen auch Geburtsname)			
Bersame: <b>Genovefa</b>			
Geburtsort und -ort: <b>17.12.1917 in Tomice, Polen</b>			
Beruf: früher: <b>Landarbeiterin</b> jetzt: <b>Landarbeiterin</b>			
Familienstand: <b>ledig</b> Zahl der Kinder:		Religions: <b>r.k.</b> Heimatort: (Düchzt beyw. Bezirk, Kreis, Ort, Straße, Nr.) <b>Tomice, Kreis Vadowice, Polen.</b>	
Fingerabdrücke (Zeigefinger): links  rechts 			
Besondere Anmerkungen:		Besondere Anmerkungen: <b>keine</b>	

Aufenthalt des Ziellarbeiter <sup>in</sup>				
von	bis	Name, Ort, Straße (Arbeitgeber)	Untersucht (falls nicht bei Arbeitgeber wohnend)	Bemerkungen
21.9.41	29.1.43	J.H. Voith, St. Pölten	Fassnerstr. 40 ab. 29.1.43 Jhb.	Pro. Alt. abgelesen 29.1.43. Gaud. Pötker Jhb.

Aufenthalt des Ziellarbeiter <sup>in</sup>				
von	bis	Name, Ort, Straße (Arbeitgeber)	Untersucht (falls nicht bei Arbeitgeber wohnend)	Bemerkungen
23.11.1939	2.7.1941	Anton Grießler, Landwirt in Unter-Zwischenbrunn Nr. 8.		am 2.7.1941 nach Kriegs-Id Nr. 787 verzoogen

Der Schmiedehelfer (geb. 6. 12. 1921) aus Sichiw im Kreis Stryi, Galizien/Ukraine, war ab 21. 9. 1941 als Eisendreher der Firma Voith in St. Pölten zugeteilt. Am 29. 1. 1943 wurde er nach Ybbs zugeteilt.

Die Landarbeiterin (geb. 17. 12. 1917) aus Tomice im Kreis Vadowice/Polen war von 23. 11. 1939 bis 2. 7. 1941 als Zwangsarbeiterin bei einem Bauern in Unter-Zwischenbrunn beschäftigt und ist im Juli 1941 in den Bezirk St. Pölten verzogen.

## „Jeder Name zählt“

Eigentlich liegt meine Expertise in der Geschichte der Lager in Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg, vor allem zu den „Zigeunerlagern“, des weiteren in historischen Aspekten der Polizeigeschichte der österreichischen Kronländer ab dem späten 19. Jahrhundert sowie in den Kriminalwissenschaften.<sup>23</sup> Ich führte Forschungen zur Zwischenkriegszeit und zum Nationalsozialismus, insbesondere der sogenannten „Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ durch. Später folgten größere und kleinere Forschungsaufträge zu zeitgeschichtlichen Themen, auch zur NS-Zwangsarbeit, mit dem Nieder-

österreichischen Landesarchiv und den Stadtarchiven in Zwettl, Amstetten und St. Pölten. Aktuell recherchiere ich im Auftrag von Yad Vashem NS-Quellen im Niederösterreichischen Landesarchiv.

Kulturelles Gedächtnis und Erinnerung an NS-Verbrechen sind somit eigentlich nicht meine Forschungsschwerpunkte. Meine Erfahrungen gehen auf die Forschungen in Archiven zum Thema Nationalsozialismus sowie auf Reaktionen bei Präsentationen und Diskussionen zurück. Es kann die Frage gestellt werden, auf welcher Grundlage ich mich zu diesem Thema basierend auf Wissenschaftlichkeit äußere.

Um Gesagtes zu wiederholen: Auf welche Weise geschichtswissenschaftliche Fakten für erinnerungspolitische Entscheidungen verwendet werden, liegt außerhalb der Wissenschaft – jedoch nicht außerhalb von deren ethischen und moralischen Verantwortung. Ferner könnte der Einwand erhoben werden, dass ich mich zu Unrecht in die Sprecherposition für NS-Zwangsarbeitskräfte und deren Nachkommen begeben, und dies in einer post-nazistischen Gesellschaft. Nur: Jean Valette war mein Großvater.

In nahezu jeder größeren Gemeinde in Österreich wie in Deutschland finden sich Kriegerdenkmale. Manche sind martialisch, andere noch vom Nationalsozialismus geprägt, aber auch antimilitaristische Ausdrucksformen sind zu finden. In nahezu jeder Gemeinde in Österreich wie in Deutschland waren Zwangsarbeitskräfte eingesetzt – aber es existieren keine Denkmale mit ihren Namen in diesen Gemeinden. Abgesehen von der Problemlage der Entschädigung und der Frage des Wer verdient daran bei Projektvergaben gilt doch: „Jeder Name zählt“. Diesem Leitsatz des Arolsen Archivs ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Und nicht jede Person kann es sich leisten, ein Doktorat abzuschließen, um rudimentäre Informationen über einen Großelternanteil herauszufinden, weil weder Historikerkommissionen noch stiftungsgeförderte Projekte gewillt waren, sich den Schicksalen angemessen zu widmen.

## Anmerkungen

- 1 Zitiert nach Volker Stutzer, *Griezpack am Hohen Markt. Das Heimatbuch der Marktgemeinde Untergriesbach*. Passau 1996, S. 468.
- 2 Vgl. ebda., S. 467f.
- 3 Vgl. „Unter Deutschen“ – Zwangsarbeit im NS-Staat (2023), Teil 1 – Verlorene Jugend, Teil 2 – Verbotene Liebe, Teil 3 – Vergessenes Trauma, Produktion: Matthias Schmidt, Drehbuch: Ders. und Vít Poláček, Produktionsfirmen: ARTE, Česká Televize, Deutsches Tschechischer Zukunftsfonds, Histoire TV, Looks, MDR/Arte, MDR Fernsehen, Mitteldeutsche Medienförderung (MDM), Mitteldeutscher Rundfunk (MDR), Österreichischer Rundfunk (ORF).
- 4 So wird unter anderem das Schicksal der österreichischen Widerstandskämpferin Irma Trksak (1917–2017) porträtiert und ihr Sohn Ludwig Trksak interviewt.
- 5 „Unter Deutschen“, Teil 1, Min. 00:03–00:58.

**Zwangsarbeiter(in) polnisches Volkstums:** *NSA* Ausweis-Nr. 1472

Name: (bei Frauen auch Geburtsname) [REDACTED]

Vorname: *Iwan*

Geburtsort und -ort: *6.6. 1926 in Nincre, Tarnopol*

Beruf: *Landarb.*  
Landarbeiter

Familienstand: *ldig* Jahr der Einb.

Religion: *gr.k.*

Heimatort: (Dörfer, Bezirke, Kreise, Gg., Städte, etc.)  
*Ninore Kreis Tarnopol*

Beizaher Kennzeichen:

Fingerabdrücke (Jugendling): *links* *rechts*

Aufenthalt des Zwangsarbeiters in		Untersucht (falls nicht bei Arbeitsgeber wohnend)	Bemerkungen
von	bis		
<i>25. Juli 1942</i>	<i>4.12.42</i>		<i>St. Pölten, Mauerbach</i>
<i>15.9.43</i>			<i>St. Pölten, Stattersdorf</i>
			<i>am 15.9.43 geflüchtet.</i>

Der Jugendliche (geb. 6. 6. 1926) aus Nincre im Kreis Tarnopol/Ukraine, war ab 25. 7. 1942 als Landarbeiter zuerst in Mauerbach/St. Pölten und dann in Stattersdorf/St. Pölten zugeteilt. Er floh am 15. 9. 1943.

- 6 Vgl. Ulrich Herbert, *Fremdarbeiter: Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes“ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*. Bonn 2009, S. 43.
- 7 Vgl. Walter Naasner, *Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942–1945. Die Wirtschaftsorganisation der SS, das Amt des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und das Reichsministerium für Bewaffnung und Munition/Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*. Boppard/Rhein 1994, S. 7 und 470.
- 8 Vgl. Fonds für Versöhnung, *Frieden und Zusammenarbeit, Zwangsarbeit in Österreich 1938–1945*: [www.versoehnungsfonds.at/](http://www.versoehnungsfonds.at/) [27. 2. 2024].
- 9 Vgl. Florian Freund, Bertrand Perz, *Die Zahlenentwicklung der ausländischen Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich 1939–1945*. In: Dies., Mark Spoerer,

- Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der Republik Österreich. Wien 2004, S. 141–146.
- 10 Vgl. Tanja Wünsche, *Lageberichte aus Niederdonau. Edition der monatlichen Lageberichte der NS-Landräte und Polizeidirektoren 1941 bis 1945*. St. Pölten 2023, Dokument 61, S. 143f., Dokument 75, S. 177, Dokument 94, S. 210, Dokument 102, S. 225, Dokument 130, S. 275f., Dokument 157, S. 321, Dokument 180, S. 363f., Dokument 204, S. 405f., Dokument 227, S. 444f., Dokument 250, S. 487f., Dokument 276, S. 527, Dokument 302, S. 570, Dokument 327, S. 612, Dokument 351, S. 652, Dokument 376, S. 703f., Dokument 399, S. 746f., Dokument 422, S. 791f., Dokument 438, S. 817f.
- 11 Stadtarchiv St. Pölten, *Kriegsgräberfürsorge; Sterbebücher St. Pölten 1939–1945*.
- 12 Vgl. *Namenlisten über Ausländer, die vom Arbeitsamt Sankt Pölten vermittelt bzw. umvermittelt wurden*, 4. 4. 41–7. 2. 45: [collections.arolsen-archives.org/de/search/topic/2-1-6-1\\_7390003?s=sanktpoelten](https://collections.arolsen-archives.org/de/search/topic/2-1-6-1_7390003?s=sanktpoelten) [27. 2. 2024].
- 13 Vgl. Stefan Eminger, *Ausländische Zwangsarbeit in Niederdonau. Ein Überblick*. In: Heinz Arnberger, Claudia Kuretsidis-Haider (Hg.), *Gedenken und Mahnen in Niederösterreich. Erinnerungszeichen zu Widerstand, Verfolgung, Exil und Befreiung*. Wien 2011, S. 165.
- 14 Vgl. Manfred Wieninger, „Wir leben eh nicht mehr lang.“ – Das Lager St. Pölten-Viehofen in Zeitzeugenberichten. In: Eleonore Lappin, Susanne Uslu-Pauer, Manfred Wieninger, *Ungarisch-jüdische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Niederösterreich 1944/45 [Studien und Forschungen aus dem Niederösterreichischen Institut für Landeskunde 45]*. St. Pölten 2006, S. 174–208; *memorbuch. Juden in St. Pölten, Das Zwangsarbeitslager in Viehofen*: [www.juden-in-st-poelten.at/de/ns-zeit/zwangsarbeitslager](http://www.juden-in-st-poelten.at/de/ns-zeit/zwangsarbeitslager) [27. 2. 2024].
- 15 „Der am 12. 09. 1990 abgeschlossene Zwei-plus-Vier-Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges (USA, UdSSR, F, GB) stellte die endgültige innere und äußere Souveränität des vereinten Deutschlands her.“: [www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/zwei-plus-vier-vertrag/](http://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/zwei-plus-vier-vertrag/) [26. 3. 2024].
- 16 Vgl. EVZ, „Class actions“ und „legal closure“ [1998–2000]: [www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/leistungen/leistungen\\_bis\\_2000/class\\_action/](http://www.bundesarchiv.de/zwangsarbeit/leistungen/leistungen_bis_2000/class_action/) [27. 2. 2024].
- 17 Vgl. Constantin Goschler, José Brunner, Krzysztof Ruchniewicz, Philipp Ther (Hg.), *Die Entschädigung von NS-Zwangsarbeit am Anfang des 21. Jahrhunderts. Die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ und ihre Partnerorganisationen*. 4 Bände. Göttingen 2012.
- 18 Vgl. Clemens Jabloner, Brigitte Bailer-Galanda, Eva Blimlinger, Georg Graf, Robert Knight, Lorenz Mikoletzky, Bertrand Perz, Roman Sandgruber, Karl Stuhlpfarrer, Alice Teichova, *Schlussbericht der Historikerkommission der Republik Österreich. Vermögenszug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich*. Wien–München 2003. Siehe auch *Österreichische Botschaft Paris, Opfer des Nationalsozialismus und Restitution, Stand Mai 2019*: [www.bmeia.gv.at/oeb-paris/oesterreich-in-frankreich/entschaedigung-der-opfer-des-nationalsozialismus](http://www.bmeia.gv.at/oeb-paris/oesterreich-in-frankreich/entschaedigung-der-opfer-des-nationalsozialismus) [27. 2. 2024].
- 19 Vgl. *Bundesgesetz über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes [Versöhnungsfonds-Gesetz]*, §§ 2, 3, 74.
- 20 Vgl. Karen König, *Geschichtsstunde bei Siemens*. In: *taz*, 11. 8. 1997: [taz.de/11387601/](https://taz.de/11387601/) [27. 2. 2024]; Pipe, *Nur 60 fanden: „Nichts ist erledigt“*. *Schlecht besuchte Demo für Zwangsarbeiter-Entschädigung*. In: *taz*, 16. 2. 2000: [taz.de/11248264/](https://taz.de/11248264/) [27. 2. 2024]; Nicole Maschler, *Protest um fünf nach zwölf*. *Ehemalige Zwangsarbeiter fordern vor dem Kanzleramt sofortige Entschädigung*. In: *taz*, 29. 3. 2001: [taz.de/Protest-um-fuenf-nach-zwoelf/11180126/](https://taz.de/Protest-um-fuenf-nach-zwoelf/11180126/) [27. 2. 2024].
- 21 Dazu zählen die Gedenkstätten *Loibl KZ/Nord, Krems (Flughafenstraße Gneixendorf), KZ Guntramsdorf/Wiener Neudorf, Denkmal Serbenhalle, Attnang-Puchheim/KZ Ebensee, Gunskirchen/KZ-Außenlager, KZ-Gedenkstätte Gusen, Frauen-KZ Lenzing/Pettighofen, KZ-Gedenkstätte Mauthausen, Vöcklabruck/Gedenkstein Arbeitslager Kommando Cäsar, Gedenkstein Zipf/Langwies (Zipfer-Brauerei), St. Johann im Pongau/Stalag XVIII C*.
- 22 *Etwas in Deutsch-Schützen, Rechnitz-Kreuzstadl, Strasshof und St. Pölten-Viehofen*.
- 23 Vgl. Marius Weigl-Burnautzki, *Internierung und Militärdienst. Die „Lösung der Zigeunerfrage“ in Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg*. Wien 2022.



**TOP INFORMIERT**

Servicetipps zu Arbeitsrecht, Beruf und Familie oder Konsumentenschutz. Mit dem Newsletter der AK Wien sind Sie immer top informiert.

**Hier geht's zur Anmeldung**  
[wien.arbeiterkammer.at/newsletter](http://wien.arbeiterkammer.at/newsletter)

© Valentin Ulsre – Unsplash









WIEN.ARBEITERKAMMER.AT




GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

# Wir sind

**W**ien ist von europäischen Bürger\*innen und Fachleuten zur „Europäischen Demokratiehauptstadt 2024/25“ gewählt worden. Die österreichische Bundeshauptstadt wird den Titel ab Oktober 2024 für ein Jahr lang tragen und ein vielseitiges Programm zur Stärkung der Demokratie gestalten. Organisationen, Vereine und alle, die sich für mehr Demokratie einsetzen, sind eingeladen das Programm mit zu gestalten.  
**Jetzt mitmachen!**

Einige Schwerpunkte stehen bereits fest:

- Weiterer Ausbau von Beteiligungsmöglichkeiten für Wiener\*innen
- Internationale Präsentation Wiener Pionierprojekte
- Innovative Veranstaltungsformate
- Internationaler Austausch

Interessierte können sich unter [demokratiehauptstadt@post.wien.gv.at](mailto:demokratiehauptstadt@post.wien.gv.at) melden.



*Wien ist ab Oktober Demokratiehauptstadt und alle können das vielseitige Programm mitgestalten.  
© Stadt Wien/Diana Drubig*

## Jetzt Förderung abholen

Ob Musik, Literatur, Tanz, Theater, ob Wissenschaft und Forschung oder Baukosten – die Kulturabteilung der Stadt Wien fördert unterschiedliche Projekte.

Interessierte können sich online für eine Förderung bewerben. Informationen finden Sie hier: [wien.gv.at/kultur/abteilung/foerderungen](https://wien.gv.at/kultur/abteilung/foerderungen)

# Demokratiehauptstadt



*Die Inhalte der Plattform  
Wien Geschichte Wiki können  
mitgestaltet werden.  
© pexels-kampus-production*

## Wien Geschichte Wiki mitgestalten

Wien Geschichte Wiki, ein Kooperationsprojekt der Wienbibliothek im Rathaus und dem Wiener Stadt- und Landesarchiv, führt Wissen von Expert\*innen aus Stadtverwaltung und Öffentlichkeit zusammen. In diesem Online-Lexikon gibt es mehr als 50.000 Beiträge und fast 17.000 Bilder. Interessierte sind eingeladen, Wiki-Einträge zu ergänzen. Die Grundlage

der Wissensplattform bildet das Historische Lexikon Wien von Felix Czeike. Seit 2014 ermöglicht das Wien Geschichte Wiki online ein gezieltes und vielfältiges Suchen in unterschiedlichen Kategorien, wie Personen, topografische Objekte, Bauwerke, Organisationen, Ereignisse, Erinnern, Karten, Begriffe und Sonstiges.

### Jetzt mitmachen!

Infos: [geschichtewiki.wien.gv.at/Erste\\_Schritte](https://geschichtewiki.wien.gv.at/Erste_Schritte)

## Entschädigung für Opfer des Nationalsozialismus

Sowohl auf nationaler Ebene als auch im Bereich der Wiener Stadtverwaltung gibt beziehungsweise gab es verschiedene Maßnahmen zur Entschädigung.

Ausführliche Informationen dazu finden Sie hier: [wien.gv.at/verwaltung/restitution/](https://wien.gv.at/verwaltung/restitution/)

# Liebe ist alles.

Jürgen Pettinger

**Q**ueere Menschen haben keine Geschichte. Sie wurde ihnen systematisch genommen, ausradiert. Die Akten über das Schicksal schwuler NS-Opfer etwa sind in den Archiven vielfach mit dem Zusatz „Nicht von historischer Bedeutung“ gekennzeichnet, viele sind bereits vernichtet und für immer verloren. Queere Zeitzeuginnen und Zeitzeugen haben nie öffentlich über ihr Schicksal gesprochen, weil das lange Zeit entweder strafrechtliche Verfolgung oder gesellschaftlichen Ausschluss bedeutet hätte. Bis heute wachsen queere Menschen mit dem Gefühl auf, allein zu sein. Ein Coming-out ist für viele immer noch mit dem Gedanken verbunden, der einzige Mensch auf der Welt zu sein, der so empfindet, der so ist. Die Rechtslage hat sich in den letzten Jahrzehnten zwar stark geändert und im Sinne einer Gleichstellung verbessert, gleichgeschlechtliche Paare dürfen Kinder adoptieren und heiraten und behördliche Geschlechtseinträge können einfacher geändert werden. Dennoch gibt es nach wie vor nur wenige Vorbilder, an die sich junge queere Menschen halten können.

Trans sei ein Phänomen unserer modernen Gesellschaft, eine Art Jugendkult, kritisieren manche heute. Wieso sonst sollte es so viel mehr queere Menschen geben als noch vor ein paar Jahren. Jugendliche würden sich plötzlich massenhaft als „non-binary“ definieren, mit Geschlechtsidentitäten experimentieren, das biologische Geschlecht rücke in den Hintergrund, Geschlechtsidentitäten seien der neue Trend unserer Zeit, sagen viele und sprechen von „Gender-Wahn“ und einem schlechten Einfluss einer (zu) starken „Queer-

Lobby“ auf die Gesellschaft. Viele stellen sich auch die Frage, warum Regenbogenfahnen trotz der „Ehe für Alle“, Adoptionsrechten und anderer Errungenschaften im öffentlichen Raum immer noch derart präsent sein müssen. – Die Antwort ist einfach: Die Gleichstellung queerer Menschen steht auch heute noch auf tönernen Füßen.

Mit Ausnahme der Abschaffung des Totalverbots für Homosexualität im Jahr 1971 unter Bundeskanzler Bruno Kreisky und dem damaligen Justizminister Christian Broda, beide SPÖ, war kaum ein Gleichstellungsschritt je wieder politischer Wille. Immer waren es Höchstgerichte, der Verfassungsgerichtshof oder der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, die aufgrund von Klagen und Beschwerden queerer Menschen die jeweilige Regierung im Laufe der folgenden Jahrzehnte dazu gezwungen haben, die gesetzliche Lage zu ändern. Die Ehe für Alle etwa musste im Jahr 2019 ausgerechnet die damals von Bundeskanzler Sebastian Kurz und Vizekanzler Heinz-Christian Strache geführte ÖVP/FPÖ-Regierung nach einem VfGH-Entscheid umsetzen. Für queere Menschen ist es also immer noch wichtig, mit wehenden Regenbogenfahnen sichtbar und laut in der Mitte der Gesellschaft zu stehen, um nicht eines Tages wieder an den Rand gedrängt zu werden.

## Queere Geschichte

Menschen brauchen eine Geschichte. Sie ist wie ein Anker, eine Verwurzelung, die es ermöglicht, die Zukunft aktiv mitzugestalten, auf die Erfahrungen, das Wissen, die

# Die Entdeckung queerer Geschichte



Portrait von Dorothea Neff am deutschen Volkstheater, ca. 1942 © Bildarchiv der KPÖ

Kultur derer, die vor ihnen waren, zurückzugreifen, die gleichen Fehler nicht zu wiederholen und gesellschaftliche sowie politische Tendenzen frühzeitig zu erkennen.

Die große Schauspielerin Dorothea Neff ist so ein Anker, eine Vorkämpferin und ein Vorbild für heute lebende queere Menschen, auch wenn sie sich selbst nie als „queer“ bezeichnet oder identifiziert hätte. Dorothea Neff hat getan, was getan werden musste: ihrer jüdischen Freundin Lilli Wolff das Leben gerettet, indem sie sie jahrelang während des NS-Terrors in ihrer Wiener Wohnung versteckt hat. Heute ist sie eine „Gerechte unter den Völkern“, vielfach geehrt und bewundert. Von Mut, großer Menschlichkeit und Opferbereitschaft ist die Rede, wenn es um Dorothea Neff geht. Selten aber von „Liebe“. Die Freundschaft zwischen Dorothea Neff und Lilli Wolff wird in biografischen Darstellungen kleingeredet, wenn etwa der Neff-Biograf Peter Kunze über deren gemeinsame Zeit in Köln von wenig mehr als vom *herzlichen Kontakt mit Lilli Wolff* erzählt. Hier wirkt die Diffamierung einer Liebe nach, die es auch Dorothea Neff unmöglich machte, offen über ihre Beziehung zu Lilli Wolff, aber auch jene zu Eva Zilcher, mit der sie bis zu ihrem Tod zusammenlebte, zu sprechen.<sup>1</sup> Homosexualität war bis 1971 verboten und wurde von den österreichischen Behörden auch nach Ende des NS-Terrors aktiv verfolgt. Dies führte dazu, dass keine der Frauen jemals von sich aus über Dorothea Neffs Heldinnen-taten sprechen konnte. Erst als die Journalistin Nadine Hauer von der Wochenzeitung „Die Furche“ die Holocaust-Überlebende Lilli Wolff in Texas aufspürte, wurde deren Geschichte öffentlich bekannt und Dorothea Neff für ihre Taten geehrt. *Sie hat nur ganz wenigen Menschen erzählt, dass sie während des Krieges vier Jahre lang eine jüdische Frau versteckt hielt. Warum?*

*Weil sie noch heute, wenn sie darüber spricht, so stark berührt ist, als läge diese Zeit nicht mehrere Jahrzehnte zurück.<sup>2</sup>*

## Unsichtbar

Der wahre Grund, warum weder Dorothea Neff noch Lilli Wolff oder Eva Zilcher, die seit Ende 1944 eingeweiht war, über das Erlebte sprachen, wurde über viele Jahre hinweg verschleiert. Nicht unbedingt aus Homophobie oder Ignoranz, sondern vermutlich aus Respekt vor den Frauen, zu ihrem Schutz, um sie nicht in die Gefahr eines unfreiwilligen öffentlichen Outings zu bringen. Queere Menschen, Schwule, Lesben oder Transpersonen, wurden oft auch aus Rücksicht unsichtbar gemacht, sie mussten sich tarnen, verstecken, um einerseits nicht strafrechtlich verfolgt beziehungsweise andererseits aus der Gesellschaft ausgeschlossen zu werden. Dennoch waren sie immer da, in der Antike, im Mittelalter, während des NS-Regimes, in der Nachkriegszeit und heute.

Dorothea Neff war 1903 in München geboren worden. Sie stammte auch einem bürgerlichen Elternhaus. Der Vater, Direktor eines Gymnasiums, pflegte enge Kontakte zu Cosima Wagner. Die große, alte Dame aus Bayreuth war es auch, die sie früh zur Schauspielerei brachte. Als Kind durfte sie im Zuge eines Konzerts für Kriegsveteranen des Ersten Weltkriegs im Kostüm einer antiken Muse ein Gedicht vortragen. Cosima Wagner gefiel dies derart, dass sie dem Mädchen empfahl, ans Theater zu gehen. Dorothea Neff begann ihre Karriere als Elevin am Bayerischen Staatstheater in München, wechselte nach Gera, Königsberg und später nach Köln, wo sie Lilli Wolff kennenlernte.

Lilli Wolff, 1896 in eine jüdisch-orthodoxe Familie geboren, betrieb mit zwei Freundinnen, Meta Schmitt und Mati Drießen, seit 1920 ein Modegeschäft in bester Lage im Zentrum von Köln. Die angeschlossene Schneiderei beschäftigte zeitweise dutzende Mitarbeiterinnen. Das Geschäft florierte, die Frauen hatten einen lukrativen Auftrag des Kölner Stadttheaters an Land gezogen und waren für die Bühnenkostüme zuständig. Als jedoch Do-



*Lilli Wolff in Jugendtagen, undatiert © United States Holocaust Memorial Museum*

rothea Neff im Jahr 1937 zu ihrer ersten Anprobe kam, mieden bereits immer mehr Kundinnen den Salon der Jüdin. Dorothea Neff war es gleichgültig. Nach dem Novemberpogrom 1938 wurde Lilli Wolff enteignet, ihre Anteile den Partnerinnen überschrieben. Diese unterstützten Wolff zwar weiterhin nach Kräften finanziell, die Lage für Jüdinnen und Juden wurde aber immer gefährlicher. Dorothea Neff bekam schließlich ein Engagement am Volkstheater in Wien. Österreich existierte zwar nicht mehr, das Theater hieß nunmehr bereits „Deutsches Volkstheater“, dennoch hofften die Frauen, in der nunmehrigen „Ostmark“ eine etwas lockerere Stimmung vorzufinden. Die Österreicher waren bekannt für ihre Weinseligkeit, einen etwas schludrigeren Um-

gang mit den Dingen und dem Leben im Allgemeinen, und so hofften sie, dass sich Lilli als Jüdin in Wien irgendwie durchlavieren könnte. Weit gefehlt! Jahrzehnte später erinnerte sich Dorothea Neff in der Radio Wien-Sendung „Plauderei um Drei“ an ihren ersten Eindruck vom Wien des Jahres 1939:

*Mein erster Eindruck von Wien war, dass ich erschüttert war: die rücksichtslos heruntergerissenen Rollläden an einzelnen Geschäften mit den aufgeklebten Plakaten über die Rassenfrage. Das alles hat mich sehr erschüttert, denn ich kam ja aus einem schon sehr gefestigten nationalsozialistischen Deutschland. Und ich muss dazu sagen, dass ich das Engagement nach Wien und nach Österreich eigentlich mit der besonderen Freude angenommen habe, aus dieser noch dazu sehr deutschen nationalsozialistischen Atmosphäre wegzukommen, in die Aufgelockertheit der österreichischen Atmosphäre. Es war für mich ein trauriger Anblick, diese Stadt.<sup>3</sup>*

Schon an ihrem allerersten Tag stellten Dorothea Neff und Lilli Wolff fest, dass von der Leichtigkeit, der Nonchalance, auf die sie so gehofft hatten, nichts mehr übrig war. Lilli musste sich als Jüdin registrieren und wurde einer Wohnung im zweiten Bezirk in der Ferdinandstraße 4 zugewiesen, wo sie die Nächte auf einer Matratze verbrachte. Tagsüber hielt sie sich in Dorothea Neffs Wohnung in der Annagasse im 1. Bezirk auf, bis sie im Oktober 1941 den Deportationsbefehl erhielt. Darin stand, dass sich alle Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers an einem bestimmten Datum zu einer bestimmten Uhrzeit mit einem Gepäck von maximal 20 Kilogramm am Aspangbahnhof einzufinden hätten, sie würden dann in ein Judenreservat oder ein Arbeitslager in den Osten, vermutlich nach Polen gebracht. Lilli Wolff bereitete sich umsichtig auf diese Reise ins Ungewisse vor. Dorothea Neff besorgte, wie sie später selbst erzählte, alles nur erdenklich Notwendige: Da es schon in einen nasskalten Herbst hineinging, würde Lilli warme Stiefel brauchen, eine Reiseapotheke, einen Petroleumkocher und Konservendosen. Später erzählte die Schauspielerinnen in der Radiosendung, was sich am Vorabend des Abtransports in ihrer Wohnung in der Annagasse abspielte:

*Diese drei Dinge Arbeitslager, Transport, Polen haben mich sehr erschreckt und sehr stutzig gemacht: Was kommt da jetzt auf die Juden zu? Aber ich habe trotzdem versucht, das nur überhaupt denkbar Notwendige für diesen Rucksack mit zwanzig Kilo aufzutreiben. Und dann haben wir zusammen alles abgewogen in meiner Wohnung, auf meiner Küchenwaage. Dazu sind wir auf dem Boden nebeneinander gekniet. Ich werde das Bild von Lilli damals in meinem ganzen Leben nicht mehr vergessen: Den Kopf über die Waage geneigt, das blasse Gesicht, diese stumme Ergebnisheit. Und da ergriff mich das Gefühl dieser Ungeheuerlichkeit, dieser Hilflosigkeit, Ohnmächtigkeit der Brutalität diesem Regime gegenüber – das kann nicht sein, das darf nicht sein! Und ich habe zu ihr gesagt: So, wir räumen das alles weg! Von jetzt an bleibst du bei mir! Sie hat mir ihr Gesicht zugewandt – auch das werde ich nie vergessen –*



**AK Vital**  
Die Lebenskraft der AK Niederösterreich

**AK VITAL**  
DIE *Lebenskraft* DER  
AK NIEDERÖSTERREICH

Insgesamt  
9 SEMINARE  
und  
WORKSHOPS für  
Ihr Wohlbefinden  
schon ab  
379 €\*

Von Yoga bis Pilates. Von Qi Gong bis hin zum Musicalworkshop für Kids und Teens. Hier ist für jede und jeden ein Angebot dabei!

**UND JETZT NEU:** „Yoga kennt kein Alter!“ mit **Monika Schuberth**

Alle Veranstaltungen im  
**PARKHOTEL HIRSCHWANG**  
Trautenberg-Straße 1, 2651 Reichenau an der Rax

**GLEICH ANMELDEN!**

**INFOS UND BUCHUNG**  
noe.arbeiterkammer.at/akvital oder  
akvital@parkhotelhirschwang.at

\* Für AK Niederösterreich-Mitglieder

Mit freundlicher Unterstützung:



*dieses blasse Gesicht mit den ganz groß gewordenen Augen, in denen es nass wurde. Und dann der Mund, der zitternd ein Lächeln produziert hat.*<sup>4</sup>

Dorotheas Entschluss fiel im Oktober 1941, ausgerechnet in jenen Tagen, als auch der bloße freundschaftliche Kontakt zwischen „Ariern“ und Juden verboten wurde. Später stellte sich heraus, dass die Menschen, mit denen Lilli in dem Judenquartier gelebt hatte, am selben Abend von SS-Leuten abgeholt worden waren. Nach Lilli Wolff wurde gesucht. Es wurde sogar ein Beamter vor der Türe des Quartiers abgestellt, falls sie zurückkomme. Dorothea Neff griff zu einer List, um die Behörden glauben zu machen, Lilli Wolff habe sich das Leben genommen. Mit Hut und dickem Schal bekleidet,

um nicht erkannt zu werden, ging sie zu dem Haus im zweiten Bezirk und läutet wahllos bei verschiedenen Wohnungen an. Allen erzählte sie, dass sie sich große Sorgen um eine entfernte Bekannte mache, die ihr gegenüber angedeutet hätte, aus Angst vor der Deportation in die Donau zu gehen. Das Gerücht sprach sich schnell herum, der Beamte wurde bald abgezogen, die Suche nach der abgängigen Jüdin aufgegeben.

Bis zum April 1945 verließ Lilli Wolff die Wohnung in der Annagasse nicht mehr. Es wurden Jahre voller Angst und Panik vor dem Entdecktwerden, des Hungers und der Entbehungen für beide Frauen. Als Lebensmittel kriegsbedingt rationiert wurden, mussten sie sich eine Lebensmittelkarte teilen. Dorothea und Lilli magerten ab, litten an Mangelerscheinungen. Wenn Dorothea außer Haus war, konnte sich Lilli in der Wohnung kaum mehr bewegen, musste aufpassen, dass der Parkettboden nicht zu laut knirschte, durfte Räume nicht mehr betreten, von denen aus man sie von den gegenüberliegenden Fenstern hätte sehen können. Dorothea wie-

Fotostory „Angela v. Courten und Dorothea Neff vor dem Volkstheater“, Wiener Illustrierte, Das interessante Blatt, 58. Jg, Nr. 5, 11. 10. 1939, S. 19; Fotos: Lucca Chmel © Österreichische Nationalbibliothek/Anno





Lilli Wolff (3.v.l. hinten) und ihre Angestellten in der Näherei in Köln, ca. 1936 © LABO Berlin

derum musste die ganze Zeit über den Schein aufrechterhalten, eine alleinstehende Schauspielerin zu sein. Das führte dazu, dass sie als Person des öffentlichen Lebens weiterhin gezwungen war, Gäste zu sich einzuladen: Schauspielkollegen, Regisseure, Theatermacher. Lilli Wolff wurde jedes Mal in das hinterste Zimmer der Wohnung verbannt. Einsamkeit und Abgeschiedenheit wurden ihr bald zu viel, sie bestand auf ein neues Versteck, den Kaminschacht hinter einem großen barocken Kachelofen im Salon. Von dort aus konnte sie wenigstens mitverfolgen, was gesprochen wurde, und einen Eindruck von menschlichem Umgang, Gesprächen und normalem Leben erhalten. Ein hochriskantes Unterfangen: wäre sie entdeckt worden, wären sowohl Lilli als auch Dorothea verhaftet und beide in ein KZ verbracht worden.

*Jeden Abend, nachdem Dorothea in irgendeinem Stück am Volkstheater gespielt hat, habe ich die Minuten gezählt, wie lange es dauern würde, bis sie wieder zuhause war. Es waren genau 32 Minuten. Jeden einzelnen Tag bewies Dorothea eine Fürsorge, die weit über das hinausging, was der Alltag normaler Menschen erforderte. Sie wiederholte zum Beispiel oft ganze Gespräche, die sie am Theater oder sonst wo geführt hatte, um mir ein Gefühl dafür zu vermitteln, wie das Leben außerhalb der Wohnung war. Manchmal schaffte sie es, Töpferton aufzutreiben, um mich zu beschäftigen, in der Hoffnung, ich könnte mein Gefängnis für wenige Stunden vergessen, meine Angst, den Hunger und den Terror, der uns umgab, schrieb Lilli Wolff Jahre in einem Brief an die Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem, damit Dorothea Neff in die Liste der „Gerechten unter den Völkern“ aufgenommen werden konnte.<sup>5</sup>*



*Das Haus in der Annagasse 8 (mittig), 1942:  
Lilli Wolff ist bereits seit einem Jahr in der  
Wohnung im ersten Stock eingesperrt.  
© Wien Museum, Foto Bruno Reiffenstein*

## Geheime Hilfe

Mitte 1944, knapp drei Jahre nachdem sie den Entschluss gefasst hatten, Lilli zu verstecken, war Dorothea gezwungen, Hilfe zu holen. Lilli Wolff bekam starke Schmerzen in der Brust, zusätzlich zu den Magenbeschwerden, die sie aufgrund der Mangelernährung schon lange quälten. Ein Knoten hatte sich in ihrer Brust gebildet. Im obersten Stock des Hauses in der Annagasse lebte ein Medizinstudent von etwa 20 Jahren. Dorothea kannte ihn von nachbarschaftlichen Gesprächen im Hausflur und sie wusste, dass auch er kein Nazi war, war er doch 1939 selbst einmal wegen des Verdachts, dem katholischen Widerstand anzugehören, verhaftet worden. Der junge Mann hieß Erwin Ringel. Er willigte

sofort ein, Lilli Wolff zu helfen, trieb Medizin auf und versorgte die Kranke, so gut er konnte. Schließlich half er dabei, Lilli in einem Krankenhaus behandeln zu lassen. Dorothea nutzte einmal mehr ihre Berühmtheit und all ihr schauspielerisches Talent, um nicht aufzufliegen. Sie bestach das Spitalspersonal mit Theaterkarten und gab Lilli als Freundin aus Deutschland aus, die ausgebombt worden war und seither bei ihr in Wien lebte. Ihre Dokumente seien im Feuersturm verbrannt, behauptete sie. Man nahm es ihr ab. Zwei Wochen lang lag Lilli Wolff unter falschem Namen im Krankenhaus, sie teilte sogar mit einer Hitler-Verehrerin ein Zimmer. Der Tumor wurde entfernt und stellte sich als gutartig heraus.

Erwin Ringel bezeichnete in der Nachschau die heimlichen Treffen mit Lilli Wolff als eine erste Psychotherapie, die er zu bewältigen hatte, ohne noch recht zu wissen, was Psychotherapie eigentlich war.<sup>6</sup> Jahre später wurde er zu einem der bekanntesten und angesehensten Vertreter dieses Fachs und gelangte unter anderem als Begründer der Suizidforschung zu Weltruhm. Lilli, berichtete er, habe sich in all den Jahren so sehr an das Leben zu zweit mit Dorothea gewöhnt, dass es ihr nach der Befreiung schwer fiel, wieder ihren eigenen Weg zu finden. Aufgrund der gemeinsam erlittenen NS-Herrschaft habe sich eine Schicksalsgemeinschaft, eine Art Dualunion gebildet, deren Auflösung Lilli nur schwer ertragen konnte. So wurde der Tag des größten Triumphs und Glücks, nämlich jener im April 1945, an dem sich Lilli zum ersten Mal wieder im Sonnenlicht zeigen konnte, zugleich auch der Tag, an dem ihr zweiter Leidensweg begann. Sie musste sich mühevoll wieder ein eigenes Leben aufbauen.<sup>7</sup>



Erwin Ringel (rechts) als junger Medizinstudent mit Freunden, ca. 1942/43 © Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes

## Getrennte Wege

Tatsächlich trennten sich die Wege von Dorothea Neff und Lilli Wolff im Frühjahr 1945. Ihre Liebesbeziehung war schon vor der Befreiung zerbrochen, zu ungleich war das Verhältnis der beiden Frauen. Die eine, ursprünglich eine erfolgreiche Unternehmerin, eine Macherin, in vollständiger Abhängigkeit, eingesperrt und hilflos, die andere, eine einfühlsame Schauspielerin und Künstlerin, vollumfänglich verantwortlich für die andere. Es war längst keine Beziehung mehr auf Augenhöhe. Dorothea hatte Ende 1944 – die Theater waren bereits geschlossen, alle Schauspielerinnen waren zum Arbeitsdienst einberufen worden – zudem eine andere Frau kennen und lieben gelernt: Eva Zilcher, ebenfalls Schauspielerin,

war damals am Theater in der Josefstadt engagiert. Beide waren dazu abkommandiert worden, Uniformhemden zu nähen, während die Modedesignerin und Näherin Lilli Wolff weiterhin in der Wohnung in der Annagasse eingesperrt war. Dorothea weihte auch Eva Zilcher bald in ihr Geheimnis ein, auch sie half fortan, Lilli zu schützen. Nach 1946 trafen sich Dorothea Neff und Lilli Wolff nie wieder persönlich, blieben aber zeitlebens in regelmäßigem Briefkontakt.

*Sie ist in Amerika nun so beheimatet, dass, wenn sie mir schreibt, ich oft meine Eva bitten muss, mir den englischen Satz, der ihr hineinfließt in die Plauderei ihrer Briefe, zu übersetzen,* erzählte Dorothea Neff über 30 Jahre später in ihrer Radiosendung.

Was sie zu diesem Zeitpunkt mit keinem Wort erwähnte: Lilli Wolff war nicht allein ausgewandert, sondern gemeinsam mit ihrer ehemaligen Partnerin und „Schwester“ Mati Driessen. Die beiden Frauen bauten sich in Texas ein neues Leben auf, gründeten einen neuen Modesalon in Dallas und führten ihn gemeinsam sehr erfolgreich.

## Das Ende des Tabus

Homosexualität war in Österreich zwar seit 1971 nicht mehr strafbar, gesellschaftlich aber dennoch weiterhin ein großes Tabuthema und bei Bekanntwerden dazu geeignet, Karrieren und Leben zu zerstören. Dementsprechend vorsichtig waren Dorothea Neff und die anderen, wenn sie sich öffentlich über ihre Freundschaften und Beziehungen äußerten. Jahrzehntlang sprachen sie kein Wort über ihre Erlebnisse und ihre mutigen Taten während der NS-Zeit und verzichteten so auch auf die ihnen gebührende Anerkennung.

Erst als die Journalistin Nadine Hauer im Jahr 1978 in den USA zufällig auf die Holocaust-Überlebende Lilli Wolff stieß und über ihre dramatische Rettung in der österreichischen Wochenzeitschrift „Die Furche“ berichtete, wurde die Rettungsaktion bekannt. Ein Teil der Geschichte wurde allerdings nach wie vor nicht thematisiert: die Beziehung der Heldinnen. Als Jüdin musste sich Lilli Wolff zwar nicht mehr verstecken, als lesbische Frau aber sehr wohl, genau wie auch Dorothea Neff und Eva Zilcher.



*Mati Driessen und Lilli Wolff, 1982 © United States Holocaust Memorial Museum*

*Dorothea Neff pflanzt mit Eva Zilcher (im Hosenanzug) einen Baum in der Allee der Gerechten, Yad Vashem 1980 © Yad Vashem Photo Collection*





Lilli Wolff und Mati Driessen, 1939 © United States Holocaust Memorial Museum

Dennoch war es Lilli nach Bekanntwerden ihrer Geschichte besonders wichtig, dass auch ihre Freundinnen Mati Driessen und Meta Schmitt gewürdigt wurden. Sie hatten ebenfalls großen Anteil an ihrer Rettung. Meta Schmitt allerdings konnte nicht mehr miterleben, dass auch ihr Name in die ehrwürdige Liste der „Gerechten unter den Völkern“ in Yad Vashem aufgenommen wurde. Sie war bereits 1951 in Köln verstorben.

Obwohl es ihnen nie möglich war, über ihre Liebe zu sprechen oder sie gar öffentlich zu zeigen, haben sich Dorothea Neff und Eva Zilcher dennoch nie wieder gestellt oder gar verleugnet, was einmal mehr von ihrer großen Widerstandskraft und Charakterstärke zeugt. Als Dorothea Neff die Ehre zuteil wurde, einen Baum in der „Allee der Gerechten“ im Garten der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem zu pflanzen, war Eva Zilcher – vor allen Kameras und Fotografen, die das Ereignis dokumentierten – dabei und half, die Schaufel zu führen.

Kurz danach waren sie gemeinsam in der beliebten Fernsehserie „Die liebe Familie“ zu sehen und unterrichteten darüber hinaus als Paar jahrelang zusammen ausgewählte Schauspielschülerinnen.

*Es fällt mir nicht ganz leicht, von mir zu reden. Der Grund ist wahrscheinlich das zurückgezogene Leben, das ich führe. Ich bin 76 Jahre alt und völlig blind. (...) Diese Tatsache war für mich natürlich ein Schlag, an dem ich, ich kann sagen zwei Jahre, wirklich so tief gelitten habe, dass ich an Selbstmord gedacht habe. Aber Eva Zilcher hat mir mit ihrer unendlich tiefen Freundschaft unter die Arme gegriffen und mich wieder hochgehoben.*

Erst als die queere Aktivistin Ines Rieder und der Historiker Andreas Brunner – der gemeinsam mit Hannes Sulzenbacher das Forschungszentrum „QWien – Zentrum für queere Geschichte“ gründete – in den frühen 1990er Jahren damit begannen, queere Geschichten wissenschaftlich aufzuarbeiten und zu publizieren, konnte auch dieser wichtige Teil im Leben von Dorothea Neff, Eva Zilcher, Lilli Wolff und vieler anderer queerer Heldinnen und Helden dem Vergessen entrissen werden.

So wissen wir heute auch, dass Dorothea Neff und Eva Zilcher im privaten Umfeld immer schon sehr viel offener mit ihrer Liebe umgegangen sind.

Auch wenn es ihnen Zeit ihres Lebens verboten war zu heiraten – die Ehe für Alle wurde in Österreich erst 2019 erlaubt –, lebten sie doch 42 Jahre lang wie ein Ehepaar. Die eine war ohne die andere nicht vorstellbar, bis der Tod sie schied. Dorothea Neff starb im Jahr 1986 im Alter von 83 Jahren und wurde in einem Ehrengrab der Stadt Wien beigesetzt. Im Jahr 1994 starb auch Eva Zilcher und ruht im Grab neben ihrer Frau am Wiener Zentralfriedhof.

Nicht nur die Wissenschaft, auch die LGBTQIA+ Community selbst, hat erst vor wenigen Jahren erkannt, dass es eine queere Vergangenheit gibt, auf der sich das Leben heutiger queerer Menschen und ihre Kultur begründet. Nach und nach werden immer mehr queere Geschichten ausgegraben. Persönlichkeiten, Heldinnen und Helden sowie Opfer erhalten langsam ihre Namen und ihre Gesichter zurück. Sie werden zu Vorbildern, die ihren Platz auch in der Erinnerung der Mehrheitsgesellschaft finden und endlich sichtbar werden müssen.

## Anmerkungen

- 1 Zitiert nach Andreas Brunner, *Mutig für zwei Leben*. Wien Museum Magazin, 2023: [magazin.wienmuseum.at/wie-dorothea-neff-ihre-freundin-lilli-wolff-vor-den-nazis-versteckte](http://magazin.wienmuseum.at/wie-dorothea-neff-ihre-freundin-lilli-wolff-vor-den-nazis-versteckte) [25. 3. 2024]. Zum gesamten Artikel siehe auch die Publikation Jürgen Pettinger, *Dorothea. Queere Heldin unterm Hakenkreuz*. Wien 2023.
- 2 Nadine Hauer, „Nein: Du tauchst bei mir unter!“ In: *Die Furche* Nr. 45/10. 11. 1978, S. 6: [www.furche.at/meinung/nein-du-tauchst-bei-mir-unter-6876440](http://www.furche.at/meinung/nein-du-tauchst-bei-mir-unter-6876440) [25. 3. 2024].
- 3 ORF Radio Wien, *Plauderei um Drei*, 1980. Das genaue Sendedatum ist nicht bekannt.
- 4 Ebda.
- 5 Vgl. *Testimony of Lilli Wolff*, *Yad Vashem online*, 1979: [www.yadvashem.org/righteous/stories/neff/lilli-wolff-testimony.html](http://www.yadvashem.org/righteous/stories/neff/lilli-wolff-testimony.html) [25. 3. 2024]. Übersetzung durch den Autor.
- 6 Erwin Ringel, *Zur Gesundung der österreichischen Seele*. Wien 1987, S. 235f.
- 7 Erwin Ringel, „Epilog“. In: Peter Kunze, *Dorothea Neff. Mut zum Leben*. Wien 1983, S. 161.

# Zwischen See



Vorarlberg ist ein weltoffenes, kunstsinniges Land am Bodensee im äußersten Westen Österreichs. Alpenidylle und pulsierendes Kulturzentrum zugleich. Das ausgezeichnete Netz an öffentlichen Verkehrsmitteln, Rad- und Wanderwegen macht umweltschonende Erkundungen in den erstaunlich vielfältigen Landschaftsräumen leicht. Sanft zeigt sich das Land an den Ufern des Bodensees, eindrucksvoll alpin in der Bergwelt von Arlberg, Silvretta und Rätikon. In dieser facettenreichen Konstellation lädt Vorarlberg seine Besucher ein, neue Wege zu gehen und besondere Momente zu erleben. Bei hochkarätigen Kulturveranstaltungen. Bei Begegnungen mit Kunst, Design und der überraschend modernen Baukultur. In Gesprächen mit den aufmerksamen Gastgebern. Beim Genießen der kreativ-regionalen Küche in den vielen ausgezeichneten Restaurants und Wirtshäusern. Und auch bei Ausflügen in die Natur. Charmant: In Vorarlberg führen die Wanderwege nicht einfach nur auf Berge hinauf – einige sind künstlerisch inszeniert und erzählen Wissenswertes über die Geschichte, die Lebenskultur und das Leben mit der Natur, auf deren Pflege und Schutz die Vorarlberger großen Wert legen.

# und Berg: So grün! So Vorarlberg!

**Vorarlberg Tourismus**  
 Poststraße 11, 6850 Dornbirn  
 Tel. + 43 (0)5572 377033-0  
 info@vorarlberg.travel  
 www.vorarlberg.travel  
 Social Media: #visitvorarlberg

*Links: Blick auf die Alpe Oberüberlut  
 und das Große Walsertal © Helmut  
 Düringer/Vorarlberg Tourismus GmbH  
 Rechts: "A Place of Our Own" © Iris Hassid*



## Jüdisches Museum Hohenems

Eingerichtet in der 1864 erbauten Villa Heimann-Rosenthal spannt das Museum den Bogen vom 17. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Die Dauerausstellung thematisiert Vergangenheit und Gegenwart zwischen Migration und Heimat, Tradition und Veränderung. Das Museum bietet mehrsprachige Audioguides und eine Kinderausstellung für Kinder ab 6 Jahren. Im Museumscafé werden die Besucher mit jüdischem Hochzeitskuchen und Kaffee, Bagels und koscherem Wein verwöhnt.

## Öffnungszeiten Museum und Café

**Di-So und an Feiertagen 10.00–17.00 Uhr**  
 Jüdisches Museum Hohenems  
 Schweizer Straße 5, 6845 Hohenems  
 Telefon + 43 (0)5576 73989-0  
 office@jm-hohenems.at | www.jm-hohenems.at

## Aktuelle Ausstellung: „A Place of Our Own“

Vier junge Palästinenserinnen in Tel Aviv

Von Iris Hassid, bis 25. August 2024

Im Mittelpunkt der Ausstellung „A Place of Our Own“ steht das Leben von vier jungen palästinensischen Frauen. Sie sind israelische Staatsbürgerinnen, leben und studieren in Tel Aviv und machen sich von dort auf den Weg in ihr Berufsleben, in Israel und anderswo. Die israelische Fotografin Iris Hassid (\*1965) begann 2014, sie zu fotografieren und mit ihnen über ihre Ambitionen, Freundschaften, Familien und ihr politisch-soziales Engagement zu sprechen.

Diese Ausstellung wurde in Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum Amsterdam organisiert.

**Begleitprogramm und öffentliche Führungen unter:**  
 www.jm-hohenems.at

**Führungen für Gruppen:** Voranmeldung erforderlich  
 office@jm-hohenems.at | +43 (0)5576 73989-0

# Vom Schweigen

## Ungeklärte Schicksale

Anita Lackenberger



**E**s gibt diese seltsamen Ereignisse, die scheinbar nicht zusammengehören und sich dann doch zu einer Geschichte zusammenfügen. In meinem Leben ist eine davon die Geschichte der Gehörlosengemeinschaft von St. Pölten und mit ihr die Schicksale der Schülerinnen und Schüler des hiesigen Taubstummeninstituts, welches im Juni 1938 aufgelöst wurde.

Auslöser der Geschichte war eine Notiz, die ich im Nachlass von Bischof Michael Memelauer fand, der sich gegen die Auflösung der Schule verwehrt hatte – erfolglos.

Die Geschichte einer Gehörlosengemeinschaft in St. Pölten war mir bis zu diesem Zeitpunkt (2020) unbekannt. Taubheit, Gehörlosigkeit war und ist nicht ein Schicksal Einzelner, sondern das Schicksal Vieler. Und es ist ein

# der Gehörlosengemeinschaft in St. Pölten

## Ein persönliches Essay

*Treffen von Gehörlosen bei Familie  
Bamberger © Bildprivatarchiv  
Renate Bamberger, Mautern*

kontroversielles Thema, denn Taubheit – bleiben wir bei diesem Wort – wird von der Community selbst nicht zwangsläufig als Einschränkung betrachtet, sondern als eine andere Form von Sprachfähigkeit. Die seit 2005 anerkannte Sprache ist die Gebärdensprache, die allerdings, wie auch andere Sprachen von Minderheiten, über viele Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte, als Sprache nicht anerkannt war. Diese in der jüngsten Vergangenheit erfolgte Festlegung als anerkannte Sprache war in der Zeit des Nationalsozialismus und auch in den Jahrzehnten davor keine Diskussionsgrundlage.

### Nicht „erbggesund“

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland 1933 wurde das nationalsozialistische Rassenhygieneprogramm in Kraft gesetzt. Die Bevölkerung sollte sich gemäß der NS-Rassenlehre entwickeln, dementsprechend sollte nur „erbgesunder“ und „arischer“ Nachwuchs den deutschen Staat sichern. Gehörlose Menschen entsprachen nicht der Kategorie „erbggesund“ und wurden daher verfolgt. Oft erfolgten Sterilisationen und medizinische Eingriffe ohne Wissen der

Betroffenen. Das Gesetz zur „Verhütung von erbkrankem Nachwuchs“ hatte auf das Familienleben von Gehörlosen schwere Auswirkungen. Wollten gehörlose Menschen heiraten, so mussten sich einer oder beide Partner sterilisieren lassen. Die Betroffenen lebten ein ganzes Leben lang mit diesem Schmerz.

Weitere gesetzliche Schritte trennten die Gehörlosen in zwei Gruppen: Diejenigen, in deren Familien bereits Gehörlosigkeit aufgetreten war, waren gezielter Verfolgung ausgesetzt, sie wurden systematisch auf „erbliche“ Belastung untersucht. In den Schulen wurden „Sippenbögen“ angelegt, um zu erheben, ob es weitere gehörlose Familienmitglieder gab. Als Grundlage für diese „Sippenbögen“ wurden die Elternfragebögen der Jahre vor 1938 herangezogen. Waren dies ursprünglich harmlose oder zumindest folgenlose Unterlagen, entschieden sie im nationalsozialistischen Regime über Leben, Einschränkung und Tod.

Die zweite Gruppe umfasste diejenigen, die während ihres Lebens ertaubten und keine gehörlosen Vorfahren hatten – sie wurden nicht verfolgt. Dies führte zu einer Spaltung innerhalb der gehörlosen Gemeinschaft.

Als im März 1938 der „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich vollzogen wurde, waren auch die Rassegesetze Bestandteil der neuen Gesetzeslage. Vererbare Taubheit galt nun als „Erbkrankheit“, deren Weitergabe verhindert werden musste.



## Die Gehörlosengemeinschaft in St. Pölten

Leider sind bis jetzt nur Bruchstücke zur Geschichte der Gehörlosengemeinschaft in St. Pölten bekannt, die nur kleine Einblicke in das Leben, das Überleben und die Verfolgung dieser Gruppe von St. Pöltnerinnen und St. Pöltnern ermöglichen.

Das „Bischöfliche Taubstummeninstitut“ war im 19. Jahrhundert gegründet worden und hatte bis in die 1930er Jahre eine wechselvolle Geschichte. Die Judenauer „Armen Schulschwestern vom 3. Orden des hl. Franziskus“ führten ab 1905 die Schule. In den 1930er Jahren erlebte das Institut in St. Pölten einen Aufschwung, insbesondere nach der Übernahme von Schülerinnen und Schülern aus der aufgelösten Wiener Neustädter Landestaubstummenanstalt. Die Oberin der Schwestern wurde zur Direktorin und die Schule wurde erweitert.

Diese positive Entwicklung wurde mit dem „Anschluss“ 1938 schlagartig unterbrochen. Bereits am 15. März 1938 erschienen die beiden letzten Lehrer des Wiener Neustädter Taubstummeninstituts, Hans Zeller und Max Mürbe. Max Mürbe übernahm die kommissarische Leitung in St. Pölten. Die Schulschwestern mussten unter seiner Leitung unterrichten, alle Bücher und

Dokumente mussten ausgehändigt werden. Bereits am 10. Juni 1938 kam die telefonische Mitteilung, dass die Anstalt aufgelöst werden sollte, bereits drei Tage später wurden die Kinder in die Wiener Anstalt in der Speisinger Strasse überstellt. Zu diesem Zeitpunkt lernten noch 42 Kinder in der Schule. Die Zeit war zu kurz, um das Institut noch zu retten.

## Die Schließung der Anstalt

Bischof Michael Memelauer legte durch den Kanzler des Ordinariats, Michael Distelberger, Protest gegen die Schließung ein. Er untersagte der Oberin und früheren Schulleiterin Schwester Regina Rockenbauer und ihren Schwestern jede Beihilfe zum Abtransport der Kinder. Auch das Packen der persönlichen Habe der Kinder erlaubte er nicht.

Die Kinder wurden im Auftrag der neuen Schulleitung vom Hausarzt Dr. Wilhelm Steingötter – nach dem 2. Weltkrieg Bürgermeister von St. Pölten – vor dem Abtransport untersucht, der keine Infektionskrankheiten feststellt. Trotz Memelauers Eingreifen mussten sie am Montag, dem 13. Juni 1938, ihre Sachen packen und die Schule verlassen.



Linke Seite. Treffen von Gehörlosen in St. Pölten 1958 © Bildprivatarchiv Renate Bamberger, Mautern

Das Gehörloseninstitut in St. Pölten, etwa 1937/38 © Diözese St. Pölten/ Schulschwestern

Was wohl in den Kindern vorgegangen ist, in ihrer letzten Nacht in der Schule? Was wussten ihre Eltern über den Abtransport? Waren diese überhaupt informiert? Haben sich alle gefügt oder hat der eine oder andere versucht zu entkommen? All das wissen wir nicht!

Um elf Uhr gingen die Kinder noch einmal zu Tisch. Dann versammelten sie sich im Turnsaal und wurden gemeinsam mit dem Lehrpersonal von Max Möbe informiert. Die Busse – es ist nicht geklärt, ob einer oder zwei – warteten bereits vor dem Eingang. Zur Anzahl gibt es unterschiedliche Angaben, eine Zeitzeugin spricht von zwei Bussen, wobei einer nicht in Speising angekommen sein soll. Am frühen Nachmittag war der „Abtransport“ erledigt.

Viele weinten, einige konnten es nicht glauben. Die Kinder wussten nicht, wohin sie gebracht würden.<sup>1</sup> Auch die Schwestern wussten nicht, wie es für sie weitergehen würde. Einige mussten das Institut in der Klostersgasse verlassen, andere konnten bleiben. Die Schwestern, die blieben, leisteten während des Krieges Arbeiten für Lazarette und Krankenhäuser in der Stadt. Die Schule hatte 1846 mit sieben Kindern begonnen und schloss mit der Auflösung 1938. Das Taubstummeninstitut wurde nach dem 2. Weltkrieg nicht mehr aufgebaut.

**EVN**

## Radieschen, Spinat, Strom: alles aus eigenem Anbau.

Auf die Zukunft schauen.



evn.at

Am Tag nach der Schulschließung wurde zur Überstellung der Zöglinge nach Wien ein Bericht<sup>2</sup> verfasst, denn der Aufruhr der kirchlichen Stellen hatte seine Spuren hinterlassen. Daraus geht hervor, dass beim Abtransport die Zuhilfenahme der Staatspolizei notwendig geworden war, da sich die Oberin der Anstalt über Weisung des Kanzlers des Bischöflichen Ordinariats weigerte, die Zöglinge und deren Ausstattung freiwillig auszufolgen. Der Abtransport ging erst durch die Unterstützung der NS-Frauenschaft klaglos vor sich.

Mit der Schließung der Schule ging ein Raunen durch St. Pölten. Eine Institution hatte ein Ende gefunden. Würde es die letzte kirchliche Institution oder eine der ersten sein, die ihre Existenz verlor? Bischof Memelauer konnte vom Dombezirk aus das Ende des Taubstummeninstituts verfolgen. Sein Einsatz, seine Schreiben<sup>3</sup> an die nationalsozialistischen Behörden konnten die Geschehnisse nicht aufhalten.

## Das Schicksal der Kinder

Mit dem Abtransport der Kinder verloren sich ihre Spuren: einige überlebten, andere waren dem nationalsozialistischen Regime ausgeliefert und damit möglicherweise medizinischen Experimenten, Sterilisation, Kastration und manche auch der Vernichtung ausgesetzt. Die meisten Lebensgeschichten der betroffenen Kinder sind verloren, wurden nie geschrieben, niemand kann mehr darüber berichten.

Lukas Huber schilderte 2022 in Gebärdensprache, was er über die Schicksale der Kinder herausfand und wer den Krieg überlebt haben könnte:

*Meine vorläufig abschließenden Recherchen haben ergeben, dass von 43 Kindern der Verbleib von 17 Personen gesichert und von weiteren 12 Personen teilweise gesichert ist. Das bedeutet, diese können nach dem*

*Werkunterricht für Buben in der Schule, etwa 1937/38 © Diözese St. Pölten/Schulschwwestern*





*Die Mädchen des Gehörloseninstituts knapp vor dessen Auflösung 1938 © Diözese St. Pölten/ Schulschwestern*

*Zweiten Weltkrieg noch gelebt haben. Über den Verbleib der restlichen 14 Personen liegen derzeit keine gesicherten Erkenntnisse vor.*

*Im Zuge der Aufarbeitung der Ereignisse in einem Schulfilmprojekt gemeinsam mit der NMS Viehofen gab es einige Ungereimtheiten, die ans Tageslicht kamen. Zum einen wurden durchaus von kompetenter Seite Informationen [gegeben], dass alle Kinder der Euthanasie zum Opfer gefallen wären. Dem konnte ich keinen Glauben schenken und schon bei oberflächlicher Recherche ergab sich das eine oder andere Schicksal, welches ein Überleben nach dem Krieg zeigte.<sup>4</sup>*

Direkt bei der Premiere des von mir gedrehten Dokumentarfilms „Der Wert des Lebens“<sup>5</sup> über die Schicksale der Kinder war es möglich, mit der Gehörlosen-Community Kontakt aufzunehmen, die überraschend zur Veranstaltung gekommen war. Bei meinem Nachfragen, was man über den Verbleib der Kinder wusste und ob alle

„tot“ wären, wurde mir klar und bedrückend von zwei Personen im Publikum – ein Mann und eine Frau – in Gebärdensprache, die auch für mich leicht und erschreckend verständlich war, erzählt: der Mann machte über seinen Geschlechtsteilen einen Querstrich und die Frau ein Kreuz über ihrem Bauch: *Tot*, ließ mir der Mann von der Gebärdendolmetscherin übersetzen, *ist eine Sache. Aber so zu leben eine andere*. Es war mehr als klar, dass damit das Thema Sterilisation (Zwangssterilisation) und Kastration im Raum standen. Ein Thema, welches auch von der inzwischen pensionierten Gebärdendolmetscherin – hörende Tochter von zwei gehörlosen Elternteilen – angesprochen wurde. Als sich in den frühen 1960er Jahren die Gehörlosenverbände formierten, vielfach auch am Küchentisch ihrer Eltern und später auch an ihrem eigenen Küchentisch, wunderte sie sich, warum sie das einzige Kind war. Erst spät, als junge Erwachsene, erfuhr sie, dass es nur wenige taube Menschen gab, die nicht von den Folgen dieser Eingriffe betroffen waren. Obwohl Renate Bamberger, langjährige Gebärdendolmetscherin und im Gehörlosenverband Niederösterreich aktiv, für taube Menschen zahlreiche soziale, wirtschaftliche und auch gesundheitliche Fragen klären konnte, war gerade

dieses Thema ein großes Tabu. Diese Eingriffe werden, wenn überhaupt, nur im engsten Kreis besprochen und in manchem Fall wird auch „diskutiert“, dass es *eh ganz gut war*, keine Kinder zu bekommen. Es herrscht ein beklemmendes und tiefes Schweigen zu diesen Verbrechen, die die Schicksale der betroffenen Menschen grausam prägten.

## Meine Betroffenheit

Dieses Schweigen macht mich sprachlos. Es sind die kleinen Grausamkeiten des täglichen Lebens, denen taube Menschen ausgesetzt waren und sind. Es ist der Begriff des „Stummerls“, den viele für taube Menschen verwenden und mit dem Menschen herabgewürdigt wurden und werden.

Es gibt Dinge, so denke ich, die es nicht geben dürfte, wie ein Gespräch zweier „feiner“ Damen in Krems, die Renate Bamberger beim Gebärden zusahen und sie deshalb für gehörlos hielten. Sie meinten: *Wie die werken, die wären unter dem Hitler vergast worden!*

Es ist beklemmend, vor allem ist diese Stille beklemmend, die die Menschen hinterlassen haben, die von einem verbrecherischen Regime für ihr Leben verstümmelt wurden. Nach und nach findet sich der eine oder andere Name aus St. Pölten, Menschen, die noch Jahrzehnte nach dem Krieg unter uns gelebt haben und die mit ihrem Schicksal weitgehend alleine gelassen wurden. Es herrschte, wie in vielem anderen auch, eine Kultur des Wegschauens und des Nicht-Wissen-Wollens und in einem oder anderen Fall wohl auch victim blaming, welches die Menschen noch zusätzlich verstummen ließ.

*Unten: Die Burschen des Gehörloseninstituts, etwa 1937/38 © Diözese St. Pölten/Schulschwwestern*

*Rechte Seite oben: Bildnerische Erziehung für Buben, etwa 1937/38 © Diözese St. Pölten/Schulschwwestern*

*Rechte Seite unten: Werkunterricht für Mädchen, etwa 1937/38 © Diözese St. Pölten/Schulschwwestern*







*Buben in einer Klasse, etwa 1937/38*  
© Diözese St. Pölten/Schulschwestern

Zum Abschluss noch kleine Splitter, die mich beschäftigen. So erzählte Lukas Huber aus Berichten von Überlebenden, wenn Gehörlose ins KZ kamen, zum Beispiel nach Auschwitz, dann wurden Menschen, die die Gebärdensprache benutzten, sofort ins Gas geschickt.

Helene Jarmer's Mutter entkam der Sterilisation nur wegen eines Bombentreffers am Gebäude, wo der Eingriff stattfinden hätte sollen. Sie konnte nach Hause gehen.

Frauen, die sterilisiert wurden, hatten eine lange Bauchnarbe. Es war ein schmerzhafter Eingriff: meistens wurden die beiden Eileiter teilweise entfernt, gequetscht oder abgebunden. Es wurden aber auch Bestrahlungen mit Röntgen- oder Radiumstrahlen durchgeführt. Ich gehe davon aus, dass die Kastration bei Männern nicht minder schmerzhaft war.

Die Zahl, die ich gefunden habe, liegt bei etwa 6.000 Sterilisationen in der „Ostmark“ – es waren ja nicht nur Gehörlose betroffen. Schwangerschaftsabbrüche

bei „erbkrankem“ Nachwuchs konnten zwangsweise bis zum 6. Monat durchgeführt werden. Der Schmerz der betroffenen Menschen muss unendlich gewesen sein. Er muss uns Auftrag sein, ihr Schicksal zu erinnern und durch Forschung und Dokumentation zu würdigen.

### Anmerkungen

- 1 Alle Angaben finden sich in der Haus-Chronik des Instituts, Diözesanarchiv St. Pölten, Bestand Bischöfliches Taubstummeninstitut in St. Pölten.
- 2 Diözesanarchiv St. Pölten, Nachlass Bischof Michael Memelauer.
- 3 Ebda.
- 4 Aus dem Schul-Filmprojekt „1945... trotzdem Kind“. NMS Viehofen 2015. Die Autorin unterstützte als Regisseurin das Projekt.
- 5 „Der Wert des Lebens“. Drehbuch und Regie: Anita Lackenberger; Produktion: Kreativlösung Film GmbH. 2022 in Kooperation mit NÖ Media, wo der Film auch bezogen werden kann. Eine Rezension findet sich hier: [www.katholisch.at/aktuelles/138778/filmprojekt-zeigt-schicksal-des-st.-poeltner-taubstummen-instituts-1938](http://www.katholisch.at/aktuelles/138778/filmprojekt-zeigt-schicksal-des-st.-poeltner-taubstummen-instituts-1938) [31. 3. 2024].

# Bilder aus Theresienstadt

Das gezeichnete Tagebuch von Gisela Rottonara



61 Bleistiftzeichnungen aus Theresienstadt zeigen, was die Künstlerin in ihrer unmittelbaren Umgebung sah: Häuser, Höfe, die Festung – Ansichten einer scheinbar idyllischen Kleinstadt. Doch die Gesichter der Menschen offenbaren Entbehrung und Todesnähe.

Hrsg. von Benjamin Grilj im Auftrag des Instituts für jüdische Geschichte Österreichs

112 Seiten, 24x30, Hardcover, € 20,-  
Wien 2024, Mandelbaum Verlag  
ISBN 978-3-99136-056-8  
Zu bestellen bei [www.mandelbaum.at](http://www.mandelbaum.at)

## Dinge bewegen



Ehemalige  
Synagoge  
St. Pölten

Gegenstände und ihre  
jüdischen Geschichten  
**Ausstellung**

Sieben Dinge aus jüdischem Besitz erzählen von freiwilligen und erzwungenen Reisen, Frömmigkeit und Entweihung, Kreativität und Zerstörung, Verlust und Erinnerung.

**17. Mai bis 10. November 2024**  
Di–Fr, 10.00–17.00  
Sa, So, Feiertag 10.00–18.00

**Ehemalige Synagoge St. Pölten**  
Dr. Karl Renner-Promenade 22  
[ehemalige-synagoge.at](http://ehemalige-synagoge.at)

Haus der  
Geschichte



# Erinnerungsbedarf

## Die Wiedereröffnung

Martha Keil



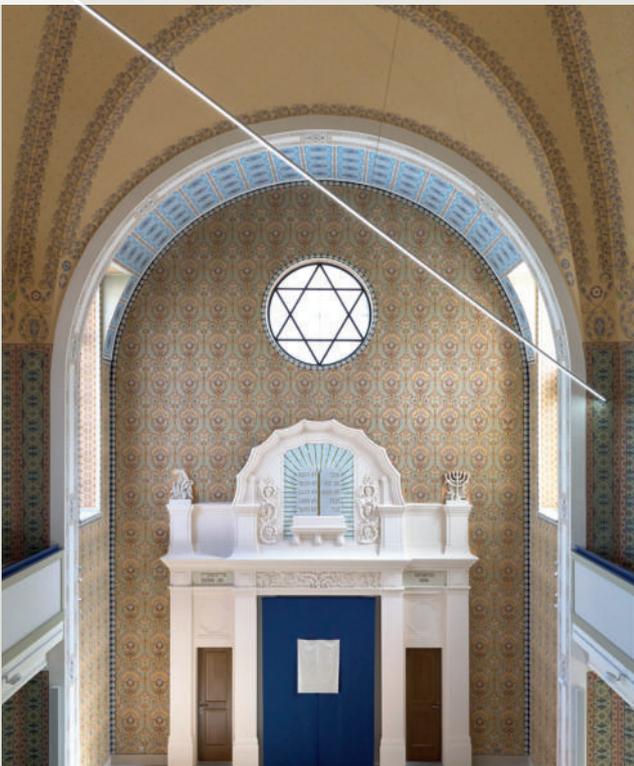
*Die Ehemalige Synagoge  
St. Pölten, April 2024  
© Ernesto Gelles*

*Innenraum der Ehemaligen  
Synagoge St. Pölten mit  
Lichtskulptur © NÖ Museum  
Betriebs GmbH, Foto Daniel  
Hinterramskogler*

**W**ozu für 4, 6 Millionen Euro eine Synagoge renovieren und adaptieren, die keiner Gemeinde mehr als Gotteshaus dienen kann, eine Synagoge in einer „Stadt ohne Juden“? Aus Erinnerungsbedarf an Vernichtung und Verbrechen? Oder aus dem Bedürfnis des klaren Bekenntnisses, aus der Geschichte gelernt zu haben und fortan die auf einen Bruchteil der Vorkriegszahl dezimierten jüdische Bevölkerung Österreichs zu schützen und zu ehren?

Nach fast drei Jahren intensiver Planungs- und Renovierungstätigkeit wurde die Ehemalige Synagoge St. Pölten am 18. April 2024 feierlich wiedereröffnet. Dieses Ereignis ist für die wechselvolle Geschichte des Hauses in drei Aspekten bedeutsam: Auf rein baulicher Ebene verspricht es nichts weniger als Schutz und Sicherheit: Vor allem die Renovierung des Kuppeldaches erfolgte buchstäblich fünf vor Zwölf – einige Dachbalken waren bereits durchgemorscht, ihr Einbrechen hätte wohl die

# der Ehemaligen Synagoge St. Pölten



Schließung bedeutet. Die Verantwortlichkeit der NÖ Kulturbetriebe GesmbH garantiert durch regelmäßige fachliche Kontrolle und bei Bedarf durch rasches Eingreifen den Schutz vor Verfall durch Witterungsschäden und Feuchtigkeit. Somit bleibt das Gebäude als denkmalgeschütztes niederösterreichisches und jüdisches Kulturgut erhalten, als seltenes Zeugnis eines Sakralbaus des Jugendstils, der durch seine Kuppel und den Innenraum mit den prächtigen farbigen Wandmale-

rien beeindruckt – die durch Feuchtigkeit in den letzten Jahren entstandenen Schäden wurden durch das Team akademischer Restauratorinnen in liebevoller Sorgfalt ausgebessert.

Die materielle Instandhaltung des Synagogengebäudes ist wesentlich für den zweiten Bedeutungsaspekt dieser Renovierung: Sie ermöglicht das Weitertragen einer Geschichte, nämlich die Geschichte einer jüdischen Gemeinde, die nach anfänglich schwierigem Fußfassen mit dem Neubau eines repräsentativen Gotteshauses ihr Angekommen-Sein, ihre Zukunftshoffnung in St. Pölten zum Ausdruck brachte. Das mit so viel Optimismus in der neuen, prächtigen Synagoge begonnene Gemeindeleben währte allerdings nur etwas mehr als 25 Jahre. Der hasserfüllten Zerstörung, Verwüstung und Plünderung des Synagogenraums folgte die Beraubung, Vertreibung und schließlich Deportation und Ermordung der Gemeindeglieder, die sich nicht rechtzeitig durch Flucht retten konnten – 321 offiziell, etwa 200 weitere Menschen, die in einem Naheverhältnis zur jüdischen Gemeinde St. Pöltens standen. Zwar kehrten einige wenige jüdische St. Pöltnerinnen und St. Pöltner aus der Emigration zurück, doch eine Gemeinde konnte sich nicht mehr etablieren. Der dritte Aspekt betrifft die Gegenwart und Zukunft: Die Adaptierung als Kulturstätte mit dieser besonderen Geschichte gibt Menschen aller Altersgruppen und unterschiedlicher Herkunft, Religion und politischer Ausrichtung den Raum und die Gelegenheit, einander kennenzulernen und in Anerkennung und Wertschätzung ins Gespräch zu kommen.



*Dauerpräsentation „Die Synagoge und ihre Gemeinde“ auf der Frauenempore. Die Objekte sind Geschenke von Hans Morgenstern an das Injoest.  
© NÖ Museum Betriebs GmbH,  
Foto Daniel Hinterramskogler*

*Rechte Seite: Aufgang zur Frauenempore © Ernesto Gelles*

In meiner Rede zur Eröffnungsfeier, umrahmt von dem Gebet „Ma tovu“ („Wie gut, wie schön sind deine Zelte, Ja'akov“) – gesungen von Kantor Paul Heller aus London, Urenkel der Familien Glaser und Heller aus Böhmeimkirchen –, den anerkennenden Worten von IKG Präsident Oskar Deutsch und den interessanten Erläuterungen zum Status einer ehemaligen Synagoge von Oberrabbiner Jaron Engelmayer, stellte ich das Konzept meiner Dauerpräsentation auf der Frauenempore vor und versuchte, die Ambivalenzen, die mich anlässlich der Wiedereröffnung bewegten, in Worte zu fassen. Hier ein Ausschnitt:

„Die Dauerpräsentation baut auf der jahrzehntelangen Arbeit des Instituts für jüdische Geschichte Österreichs auf, seiner Forschung und seinem Brückenbau zu den Nachkommen. Fundament und Anker des Gedenkens an die vernichtete jüdische Gemeinde St. Pölten war Dr. Hans Morgenstern, der sich selbst, leider zu Recht, als ‚der letzte Jude St. Pöltens‘ bezeichnet hat. Sie können auf der Frauenempore sein Fotoalbum im Faksimile durchblättern, in dem er bereits 1985 den in der Shoah Ermordeten einen Namen und ein Gesicht gegeben hat.

Hans ist am 24. November 2023 von uns gegangen, begraben am eben renovierten jüdischen Friedhof, sein Andenken möge uns und diesem Haus zum Segen sein!

Ohne Hans Morgensterns Geschenke besäßen wir kaum Zeugnisse des religiösen Lebens. Papierene Unterlagen zum Gemeindeleben sind in größerer Zahl vorhanden, weil die Israelitische Kultusgemeinde St. Pölten ihre Drucksorten bei der Druckerei Sommer drucken ließ – wie übrigens auch die NSDAP. Was ich allerdings nicht wollte: Durch angekaufte oder geliehene Torarollen, Toraschmuck, Leuchter und andere sakrale Objekte den Anschein zu erwecken, als wäre dieser Gemeinde auch nur der winzigste Rest ihres Eigentums geblieben. Bei dem Raubüberfall am 10. November 1938 wurden am helllichten Tag sämtliche Ritualgegenstände zerstört oder gestohlen. Sie wurden von Privatpersonen geraubt und blieben verschwunden, kein einziger wurde zurückgegeben, mit Ausnahme von völlig zerfledderten und verschmutzten Fragmenten zweier kleiner Bücher, die ein damals 18-jähriges Mitglied der Hitlerjugend 1998, 60 Jahre, nachdem er sie aus dem Synagogengarten mitgenommen hatte, wieder zurückbringen ließ. So sind die Fakten, und sie sollen nicht durch Ersatzobjekte



beschönigt werden. Die wenigen nach dem Überfall an das Stadtmuseum gelangten Objekte und Bücher werden derzeit an die IKG Wien restituiert und fünf auf der Frauenempore ausgestellte Objekte als Dauerleihgabe rechtmäßig zurückkehren. Wenn Sie also erwarten, hier prächtigen Toraschmuck zu sehen, muss ich Sie enttäuschen und Sie an das Jüdische Museum Wien verweisen.

Enttäuschen muss und will ich auch die Erwartung, hier werde ‚das‘ Judentum erklärt und sämtliche Inhalte der jüdischen Religion, Feiertage, Gebote, Bräuche, Koschergesetze etc. detailliert vermittelt. Nein, das ist nicht möglich, das steht jedenfalls mir nicht zu. Jüdische Identität und jüdische Lebenspraxis sind so vielfältig wie die Menschen, die sich zum Judentum bekennen. Richtschnur und Orientierung für die Prä-

sentation ist der Synagogenraum, *seine* Merkmale geben den Inhalt vor. Demnach beginnt die Ausstellung auf der Frauenempore mit den tüchtigen und engagierten Frauen, den Gemeindemüttern. Mit ihren Spenden finanzierten sie den Toraschrein und damit das Fundament des heiligen Dienstes, der ihnen selbst verwehrt war, und sie taten dies auch selbstbewusst kund: ‚Gespendet vom Frauenverein St. Pölten‘ ist auf Deutsch in hebräischen Buchstaben an beiden Seitenelementen zu lesen. Der Toraschrein selbst erzählt selbstverständlich von heiligen Dingen und Gottesdiensten – und auch dazu erklingt das *Ma tovu*, gesungen von Oberkantor Shmuel Barzilai.

Die Geschichten zum religiösen und sozialen Leben, zur engagierten jüdischen Jugend, ja sogar zur Erbauung dieser Synagoge müssen jedoch immer wieder brutal auf die Shoah verweisen. Das Gemeindeleben in dieser Synagoge blühte nur 25 Jahre und drei Monate lang – keine einzige Biographie kann ohne Hinweis auf Ermordung, Beraubung, Vertreibung und Verlust von Angehörigen geschrieben werden. Erinnerungen an „Anschluss“, Flucht und Überleben sind in Audiostationen zu hören, und wo die Menschen nicht mehr selbst sprechen konnten, haben ihnen Nadja Kayali und Albert Hosp ihre Stimmen geliehen, meinen großen Dank dafür.

Da der *Raum* im Fokus steht, habe ich die Verletzungen, die diesem durch die Brutalität der Nationalsozialisten, aber auch im Zuge der Renovierung 1980 bis 1984 zugefügt wurden, sichtbar gemacht. Am Modell ‚Wunden und Leerstellen‘ können Sie diese Eingriffe, die insbesondere den sakralen Charakter betrafen, wie z. B. die Entfernung der Stufen vor dem Toraschrein oder der rituellen Handwaschbecken im Vorraum, durch Fotos nachvollziehen. Die letzten Vitrinen und Medien sind den Nachkommen der vernichteten jüdischen Gemeinde St. Pölten gewidmet, ihrer Spurensuche in Niederösterreich, ihren kleinen Geschenken und Briefen, die die wieder aufgenommene Beziehung zur Heimat ihrer Großeltern zum Ausdruck bringen. Stellvertretend für diese Gruppe darf ich eine Botschaft von Karin Rivollet und Nina Moldauer aus Genf vorlesen, den Enkelinnen von Irma Löw, deren vor der Deportation an ihre Tochter geschickten Briefe Sie in der Dauerpräsentation hören können:

*„My sister Nina and I don't have many good memories of St Pölten. Our mother Edith Löw survived the annihilation of the Jewish community of St. Pölten by being sent to Palestine with a group of children in July 1939. Her parents, our grandparents, never made it and were killed in 1943. During the Meeting of Descendants in 2016 we learned that this is where our grandmother Irma Tichler married Hermann Löw in May 1923. Their former apartment in the Kloostergasse, from which they were expelled, will remain a shadow. But the lovely Art nouveau synagogue which is reopened today after renovations, is a bright memory. So we look forward to the next meeting of the descendants this coming September, to see this lovely building and enjoy the company of our fellow descendants. The story we will pass on to our children will be complete and it will be their choice to remember our family's roots.'"*

Gerade heute und nach dem Vorlesen dieser Botschaft ist es mir wichtig, eine Tatsache zu wiederholen, die ich bereits in meiner Rede bei der ersten Einladung der Vertriebenen im November 1998 betont habe: Wir alle – Politik, NÖ Kulturwirtschaft GesmbH, Museum NÖ, Injoest, viele von Ihnen und nicht zuletzt ich selbst, nutzen dieses Haus zwar auf angemessene Weise – aber wir bleiben doch die Nutznießer eines Verbrechens, eines Genozids, der beinahe gelungenen Auslöschung jüdischer Existenz. Das dürfen wir niemals vergessen, auch nicht beim schönsten Konzert der Jewish Weekends, bei der interessantesten Veranstaltung, in der freudigsten Feierstunde. Die anfangs angesprochene Ambivalenz ist dem Raum eingeschrieben: Als einstiges Gotteshaus der Kultusgemeinde St. Pölten ist die Ehemalige Synagoge ein Teil des sogenannten jüdischen Kulturerbes, zu dessen Erhalt und Förderung sich die Regierung des Landes NÖ verpflichtet hat.

Was bedeutet hier Erbe? Dieser Erbgang folgte keinem natürlichen Tod und keiner freiwilligen letzten Verfügung. Was bedeutet es, 2024, 84 Jahre nach der gewaltsamen Auflösung der 15 Kultusgemeinden in Niederösterreich, deren Erbe zu pflegen? Erben geht immer mit der Übernahme der gesamten Erbmasse,



inklusive der Schulden, einher, man kann sich nicht nur die unbelasteten Güter herauspicken. Wer Erbe antritt, übernimmt auch Verpflichtung. Gegenüber der jüdischen Bevölkerung hat sich die Haltung der österreichischen Politik glücklicherweise geändert. Wurden Jahrhunderte lang Verachtung und Verfolgung mit der angeblich jüdischen Andersartigkeit und Halsstarrigkeit gegenüber der herrschenden Religion begründet, so werden die jüdischen Gemeinden heute wertgeschätzt und nach Kräften geschützt. Doch die Lehre aus Entmenschlichung, Vernichtungsversuch, Einsicht und Besserung muss universaler sein: Sie lädt die Verantwortung für den Schutz *aller* von Gewalt, Verfolgung und Diskriminierung betroffenen Menschen auf!

Und ein zweiter Gedanke: Dass ein Besuch in diesem Haus indoktrinierte, fanatisierte oder einfach unwissende Menschen jeder politischen und religiösen Richtung von ihrem Antisemitismus heilen kann, wird wohl niemand ernsthaft erwarten. Die Puzzlesteine an Kennenlernen, Nachdenken, Erkenntnis, Empathie und Einsicht, die wir eventuell anregen können, werden rasch verpuffen, wenn sie nicht in ein großes Ganzes



*Linke Seite: Monica Scott, Urenkelin des Synagogenarchitekten Theodor Schreier, und Martha Keil. Monica Scott spielte an diesem Abend eine Eigenkomposition für Cello solo. © NÖ Museum Betriebs GmbH, Foto Theo Kust*

*Zum Abschluss der Eröffnung dirigierte Dorothy Kahdem-Missagh das Adagietto aus der 5. Symphonie von Gustav Mahler. © NÖ Museum Betriebs GmbH, Foto Theo Kust*

eingebettet werden, in eine Politik und Gesellschaft, die vorbehaltlos für Demokratie und Menschenrechte eintritt und die Diversität als Bereicherung begreift. Ein Bet Knesset, ein Haus der Versammlung, in dem Menschen einander in Respekt begegnen und voneinander lernen wollen, ist dafür ein gutes Übungsfeld. Ma tovu, ohalecha – wie gut sind deine Zelte, Ja'akov!“

Der enorme Andrang am darauffolgenden Wochenende – mehr als 2.000 Besucherinnen und Besucher – war erstaunlich, erfreulich und hoffentlich nicht nur dem freien Eintritt und dem schlechten Wetter zu verdanken. Neugierde ist ein gutes Motiv, Interesse an der Technik der Wandmalereien oder die Deutung der die Kuppel durchdringende Lichtskulptur sind eine gute „Einflugschneise“, um sich nach gebührender Bewunderung der Schönheit des Innenraums auch mit dessen Inhalten zu beschäftigen. Besteht Erinnerungsbedarf? Offensichtlich bei vielen! Kann sich daraus ein Miteinander in Anerkennung und Empathie und eine demokratiebewusste Grundhaltung entwickeln? Es ist zu hoffen und zu wünschen.



## Ehemalige Synagoge St. Pölten

Dienstag – Freitag 10.00 – 17.00 Uhr  
Samstag, Sonntag & Feiertag 10.00 – 18.00 Uhr  
Montag geschlossen

Dr. Karl Renner-Promenade 22, 3100 St. Pölten  
[www.ehemalige-synagoge.at](http://www.ehemalige-synagoge.at)  
[info@ehemalige-synagoge.at](mailto:info@ehemalige-synagoge.at)  
+43 2742 90 80 90-972

# Inhalt

Sabine Hödl	Editorial	1
Ursula Mindler-Steiner	Gedenken an den Genozid an der Romani-Bevölkerung	2
Horst Schreiber	Die Jenischen Eine vergessene Opfergruppe des Nationalsozialismus	10
Brigitte Entner	Impressionen zu einem schwierigen Erinnern	20
Helge Stromberger	Verscharrt und vergessen Rotarmisten in deutscher Gefangenschaft	30
Harald Walser	Verspätetes Gedenken Die Zeugen Jehovas und die österreichische Erinnerungskultur	40
Marius Weigl-Burnautzki	NS-Zwangsarbeit und kulturelle Gedächtnislücken im öffentlichen Raum	50
Jürgen Pettinger	Liebe ist alles. Die Entdeckung queerer Geschichte	60
Anita Lackenberger	Vom Schweigen. Ungeklärte Schicksale der Gehörlosengemeinschaft in St. Pölten Ein persönliches Essay	72
Martha Keil	Erinnerungsbedarf Die Wiedereröffnung der Ehemaligen Synagoge St. Pölten	82

*Impressum: Juden in Mitteleuropa. Erscheint jährlich. Zweck: Information über jüdische Geschichte und Kultur. Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Institut für jüdische Geschichte Österreichs, Lederergasse 12, A-3100 St. Pölten, +43 2742 77171, office@injoest.ac.at, www.injoest.ac.at. Chefredaktion, PR-Verwaltung: Dr. Sabine Hödl. Design: Atelier Renate Stockreiter. Lithografie: pixelstorm, Wien. Druck: Medienfabrik Graz*

*© Institut für jüdische Geschichte Österreichs. Alle Rechte vorbehalten. Trotz intensiver Bemühungen ist es uns nicht in allen Fällen gelungen, die Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen. Bitte wenden Sie sich zwecks Abgeltung allfälliger Ansprüche an das Institut für jüdische Geschichte Österreichs.*

 Bundeskanzleramt

Wir danken dem Bundeskanzleramt, der Wirtschaftskammer Österreich und der Erzdiözese Wien für die Unterstützung der Zeitschrift.